

saarbrücker hefte

*Die saarländische Zeitschrift
für Kultur und Gesellschaft*

123

*Sommer
2021
Euro 9,90*

Das System Ulrich Grüner Sumpf an der Saar

Der Saubermann – Uwe Conradt

Fünf Jahre danach – Chronik der
Zerstörung des Botanischen Gartens

Fußball – Der Kamerad Neuberger

Galerie – Volker Schütz



saarbrücker hefte Nr. 123, Sommer 2021

Herausgeber:

Verein Saarbrücker Hefte e.V.

Redaktion:

Bernhard Dahm, Klaus Gietinger, Sadija Kavgić, Dietmar Schmitz, Wilfried Voigt,
Laura Weidig, Reinhard Wilhelm.

Redaktionsadresse:

Saarbrücker Hefte
Hohe Wacht 21
66119 Saarbrücken
E-Mail: info@saarbrueckerhefte.de

Internet:

www.saarbrueckerhefte.de

Verlag:

Blattlaus Verlag, Ludwigstraße 29, 66115 Saarbrücken
Telefon: (0681) 37 21 75, E-Mail: druck@blattlausverlag.de
www.blattlausverlag.de | www.blattlaus.org

Herstellung:

Blattlaus GmbH, Saarbrücken

Layout: Ruth Santos

Verkaufspreis:

Einzelheft EUR 9,90

Die Zeitschrift ist im Buchhandel erhältlich.

Einsendungen von Manuskripten per E-Mail an: info@saarbrueckerhefte.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Isabelle Bastuck, Jonas Boos, Klara-Katharina Bost, Bernhard Dahm, Bülent Gündüz,
Johanna Henkel, Marina Hetheier, Sadija Kavgić, Anne Lehnert, Werner Ried, Ekkehart Schmidt,
Ralph Schock, Volker Schütz, Gertrud Selzer, Oliver Siebisch, Erich Später, Jan Thul,
Wilfried Voigt, Laura Weidig, Reinhard Wilhelm.

Titelabbildung: BeckerBredel, Montage: Ruth Santos

ISSN 0036-2115

ISBN 978-3-945996-46-1

saarbrücker hefte

*Die saarländische Zeitschrift
für Kultur und Gesellschaft* 123

Inhalt

Editorial	5	<i>Sadija Kavgić</i>
Titel	7	<i>Wilfried Voigt</i> »Geschämt, Grüne zu sein« – Bizarres Spektakel auf dem Parkdeck »Es war wie eine Invasion – wir sollten gekapert werden«
Zeitgeschehen	19	<i>Laura Weidig</i> Mordfall Samuel Yeboah – Neue Entwicklungen
	23	<i>Dennis Kundrus und Laura Weidig</i> Der Saubermann Ein Kommentar zu plakativen Reinigungsaktionen
	29	<i>Sadija Kavgić</i> Fahren Schulkinder jetzt nach Metz? Chronik der Zerstörung des Botanischen Gartens in Saarbrücken
	34	<i>Bernhard Dahm</i> Abschiebung nach Lebach Überraschender Umzug der Ausländerbehörde
	36	<i>Gertrud Selzer</i> Fairer Handel im Saarland Ist eine bessere Welt käuflich?
	40	<i>Werner Ried</i> »Einfach der schönere Tesla!«
	42	<i>Laura Weidig</i> Geste der Entschlossenheit Vor 75 Jahren gründete sich die Synagogengemeinde Saar neu
Geschichte	46	<i>Erich Später</i> Der Kamerad Neuberger
	52	<i>Ralph Schock</i> ... Der Tod war näher Ein Saarbrücker NS-Prozess vor 50 Jahren
	53	<i>Johanna Henkel</i> Der Gebauer-Prozess
	57	<i>Oliver Siebisch</i> Jazzpionier Borchard auf der Anklagebank

Feminismus	60	<i>Isabelle Bastuck</i> Mystikerinnen im Feminismus In Saarbrücken grassiert der spirituelle Feminismus. Zwei Fallbeispiele.
Kultur	63	<i>Reinhard Wilhelm</i> Einer von 80 Millionen SR2-Hörern beschwert sich
	66	<i>Bülent Gündüz</i> Sagt ihre Namen! Mit #saytheirnames erinnerte die deutsch-iranische Künstlerin Natascha Sadr Haghighian an die Opfer rechter Gewalt in Deutschland.
	69	<i>Reinhard Wilhelm</i> Skifahren im Saarland
	71	<i>Ekkehart Schmidt</i> Von Wehrden in den Warndt Dorfkneipen in Zeiten der Pandemie
Galerie	76	<i>Marina Hetheier</i> Zu Besuch bei Volker Schütz Der Mann mit der Game-Boy-Kamera
Literatur	83	<i>Jan Thul</i> Rituale
Rezensionen	87	<i>Klara-Katharina Bost</i> Ursache und Wirkung: Ein kleines, aber feines Detail »Gestern war ein sehr schwerer Tag für uns hier in St. Ingbert«, Hg. Heidemarie Ertle
	89	<i>Anne Lehnert</i> Von der Kunst stehen zu bleiben »Prager Hinterhöfe im Frühling«, Hg. Alena Wagnerová
	91	<i>Jonas Boos</i> Immer im Wandel! Ständig in der Krise? »Die Strukturkrise an der Saar und ihr langer Schatten«, Hg. Dr. Hans-Christian Herrmann
Autorinnen und Autoren	95	

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

There's life in the old dog yet – so klingt es auf Englisch, wenn die Rede ist von den *Totgesagten, die länger leben*. Beide Sprichwörter beschreiben zutreffend den momentanen Zustand der *Saarbrücker Hefte*. Wie Sie bereits wissen, haben im Jahr 2020 der Saarbrücker Oberbürgermeister Uwe Conradt und die Stadtratskoalition aus CDU, Grünen und FDP die städtische Förderung der Saarbrücker Hefte eingestellt.

Die ominösen Pläne für ein Gutachten, das nach 65 Jahren klären sollte, ob die *Hefte* überhaupt zur Kultur gehören und aus dem Kulturetat der Stadt gefördert werden können, haben sich in Luft aufgelöst. Tatsächlich hatte Torsten Reif, der bei der Wahl am 8. Juni 2021 gescheiterte Grünen-Kandidat für das Amt des Kulturdezernenten der Landeshauptstadt, im Frühjahr 2021 signalisiert, dass ein Weg gefunden würde, den Druckkostenzuschuss für die *Hefte* in Höhe von 10 000 Euro zumindest für ein weiteres Jahr zu übernehmen. Nichts da. Stattdessen haben die Grünen bereits zweimal gegen die Unterstützung der *Saarbrücker Hefte* aus dem städtischen Etat gestimmt und gemeinsam mit CDU und FDP beschlossen, ein stadteigenes Amtsblatt für 180.000 Euro im Jahr zu finanzieren. Mit diesem Geld wäre die Existenz der *Saarbrücker Hefte* für weitere 18 Jahre gesichert. Ist sie leider nicht.

So bleiben die LeserInnen der *Saarbrücker Hefte* die wichtigste Stütze der Zeitschrift. Ein Abonnement oder eine Spende für eine informative und anregende Lektüre – so erhalten Sie unabhängigen Journalismus.

In der 123. Ausgabe der Saarbrücker Hefte widmet sich unser Redakteur Wilfried Voigt dem sich zuspitzenden Konflikt bei den Grünen an der Saar. Im Mittelpunkt der parteiinternen Auseinandersetzungen steht – wieder einmal – Hubert Ulrich, der seit 30 Jahren die Partei dominiert. Im Gespräch mit den Saarbrücker Heften greift ihn Grünen-Vorstandsmitglied Marita Mayers scharf an. Sie wirft ihm »strukturelle und soziale Gewalt« gegen einzelne Personen und kleine Gruppen in der Partei vor. Kritik gibt es auch vom Bundesvorstand. Der erwartet von den Saar-Grünen, wie ein Sprecher gegenüber den Heften erklärte, dass sie »bei den kommenden Listenaufstellungen« endlich das Frauenstatut umsetzen und beanstandet, dass die Mitgliedsbeiträge im bundesweiten Vergleich viel zu gering seien.

Im Fall des durch einen rassistischen Brandanschlag 1991 in Saarlouis ermordeten Samuel Kofi Yeboah, mit dem wir uns im Heft 122 ausführlich beschäftigt haben, gibt es endlich ernsthafte Ermittlungen und einen Tatverdächtigen. Auch die Stadt hat die neonazistischen Gründe der Tat anerkannt.

Von Saarlouis nach Saarbrücken. Hier hat der Oberbürgermeister Uwe Conradt einen Feldzug gegen Aufkleber auf Laternen und Stromkasten gestartet. Darüber haben sich Laura Weidig und Dennis Kundruz Gedanken gemacht und fragen »Wem gehört die Stadt?«

Das Saarland und seine Landeshauptstadt sind in vielem einmalig – das verkünden oft die Landesregierung und ihre PR-Strategen. Das stimmt. Es gibt kein zweites Bundesland, das keinen Botanischen Garten hat. Der 1952 gegründete Jardin Botanique de la Sarre wurde vor fünf Jahren trotz bundesweiter Proteste geschlossen. Einmalig ist vermutlich auch, dass sich die einzige Ausländerbehörde im Land nicht mehr in der Landeshauptstadt befindet, sondern in die schwer erreichbare saarländische Provinz verlegt wurde. Die *Hefte* beschreiben die fatalen Abläufe und ihre Folgen für die SaarländerInnen.

Unser Autor Erich Später widmet sich dem langjährigen Präsidenten des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und Erfinder des Sportachtels im Saarland Hermann Neuberger. Wieso wird dieser Mann, dem die gute Laune bei einem Fußballfreundschaftsspiel wichtiger war als das Leben der damals 30-jährigen Elisabeth Käsemann, deren mögliche Rettung aus der Folterkammer der argentinischen Militärjunta er verweigerte, im Saarland geehrt? Er ist Namensgeber diverser Preise, Straßen, Turnhallen, einer Sportschule und sogar einer Gesamtschule in seiner Geburtsstadt Völklingen.

Von Völklingen aus über Wehrden in den Warndt führt uns diesmal unser »Lokalredakteur« Ekkehart Schmidt. Er beschreibt, wie die aufgesuchten Lokale die Pandemie überstanden haben. Oder auch nicht. Wir decken auf, ob sich das Lokal »Zum Kraftwerk« bald in »Zum Amazon-Verteilzentrum« umbenennen wird, folgen ihm morgens in eine vermutete »rotlichtige Spelunke« und entdecken in einem anderen Lokal das Originalgraffiti aus dem Jahr 1793 »Vive la République«.

Es war das nach 1945 entstandene autonome Saarland, das überlebenden Juden das Angebot und Mut machte, in diesem Land eine alte oder neue Heimat zu finden. Bereits 1951 wurde die neu erbaute Synagoge eingeweiht. Dies war der erste Neubau einer Synagoge im deutschsprachigen Raum nach der Shoah. Laura Weidig beschreibt Stationen aus der Geschichte der Synagogengemeinde bis in die Gegenwart.

Unser Autor Ralph Schock erinnert an den vor 50 Jahren in Saarbrücken abgehaltenen NS-Prozess gegen den KZ-Kommandanten Fritz Gebauer wegen mehrfachen Mords. Und Oliver Siebisch rekonstruiert den gegen den Jazzpionier Eric Borchard vor 90 Jahren vor dem Landgericht Saarbrücken geführten Prozess wegen fahrlässiger Tötung. Sie dürfen raten, wer von den beiden seine Strafe im Gefängnis absitzen musste.

Die Galerie in diesem Heft gehört einem Künstler der besonderen Art – Volker Schütz. Besonders beliebt ist er durch seine Serie der zaubervollen Pilze geworden, die plötzlich in den Wäldern erschienen, nachdem der Künstler dort seine Sporen hinterlassen hatte. Was er mit seiner Körperteilverlängerungsmaschine angestellt hat und in welcher Form sich auch ein Virus in seinem Atelier ausbreitet, sehen sie ab Seite 76.

Um auf die Lebensweisheiten vom Anfang des Textes zurückzukommen: Wir planen weiter. Die nächste Ausgabe der *Saarbrücker Hefte* möchten wir vor Weihnachten dieses Jahres herausbringen. Für Ihre Unterstützung, Ihren Zuspruch und Ihre Kritik danke ich Ihnen im Namen der Redaktion.

Sadija Kavgić

»» »Geschämt, Grüne zu sein«

Bizarres Spektakel auf dem Parkdeck

Von Wilfried Voigt

Während die Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock die Grünen-Träume von der politischen Macht in Berlin beflügelt und Einigkeit in der früher oft heftig streitenden Partei auf Bundesebene plötzlich als neuer grüner Markenkern stilisiert wird, ist im Saarland offen ein erbittert geführter innerparteilicher Machtkampf entbrannt. Möglicherweise mit negativen Folgen für die Grünen bei der Bundestagswahl im September.

Tina Schöpfer und Markus Tressel, Vorsitzende/r der saarländischen Grünen, waren ganz beglückt, als Annalena Baerbock am 19. April 2021 von Robert Habeck als Kanzlerkandidatin ausgerufen wurde. Sie freuten sich, dass das Grünen-Dreamteam in Berlin diese wichtige Entscheidung »mit einem klaren Zeitplan professionell und vor allem freundschaftlich und im respektvollen Miteinander gelöst hat«. Das »tolle Spitzenduo« habe gezeigt, »dass man die K-Frage auch menschlich, freundschaftlich und mit dem Blick fürs Ganze lösen kann«. Dieser Politikstil »sollte Schule machen«. Er sei »Ausdruck einer hervorragenden politischen Kultur, die uns stolz auf unsere Partei macht«.

Gerade mal vier Wochen später war es jäh vorbei mit der guten innerparteilichen Laune an der deutsch-französischen Grenze. Plötzlich hallten Begriffe der Empörung durchs kleine Land: »Illiberale Demokratie«, »Einschüchterung«, »Nepotismus« und »ich schäme mich, Grüne zu sein« hieß es da.

Wer hatte den Aufruhr ausgelöst, was war geschehen? Es war der »Panzer«. Der heißt mit bürgerlichem Namen Hubert Ulrich (63). Das Attribut haftet ihm wegen seiner brachialen Art an, mit der er seit gut drei Jahrzehnten durchs politische Saarland pflügt, meistens unterwegs, seine innerparteiliche Macht zu festigen oder auszubauen. Seine Hauptbastion ist die Garnisonsstadt Saarlouis mit ihrer hohen Gastronomiedichte. Ulrichs politischer Aufstieg ist der Grünen-Legende nach untrennbar mit der Kultkneipe »Humpen« verbunden. Dort wurde die Aufnahme vieler neuer Parteimitglieder begossen, etliche mussten

sich dafür angeblich gar nicht bewegen – sie waren gerade erst im Lokal angeworben worden, von Hubert Ulrich.

Der gelernte Werkzeugmacher und studierte Wirtschaftsingenieur, der sein Wirkungsfeld weniger in der Industrie als in der Politik suchte, startete seine lokale Karriere bereits 1982, zwei Jahre nach Gründung der Grünen. Neun Jahre später, am 16. Juni 1991, wurde er erstmals zum Landesvorsitzenden gewählt. Den Saarlouiser Ortsverband baute Ulrich – gemessen an der Einwohnerzahl – zu einem der größten bundesweit aus. Rund 720 Bewohner der etwa 35.000 Einwohner zählenden Kleinstadt haben heute ein grünes Parteibuch. Zum Vergleich: In Bremen mit 570.000 Einwohnern sind es nur etwas mehr als 1.000.

Hubert Ulrich – Mitgliederwerbung in der Kneipe
Foto: Andreas Engel



Just an Ulrichs lokalem Machtzentrum entzündete sich der jüngste innerparteiliche Konflikt, der den Grünen an der Saar bis zur Bundestagswahl im September noch erhebliche Probleme bereiten und, bei einem erwarteten sehr knappen Wahlausgang, der Partei auf Bundesebene im schlimmsten Fall sogar den Weg ins Kanzleramt verbauen könnte.

Die letzte dramatische Niederlage der chronisch am politischen Hungertuch nagenden Landes-Grünen liegt vier Jahre zurück. Im Frühjahr 2017 flogen sie aus dem Saar-Parlament. Mit desaströsen vier Prozent belegten sie im bundesweiten Vergleich der Landtagswahlen damals den letzten Platz. Selbst in der Grünen-Diaspora Mecklenburg-Vorpommern hatte die Partei 2016 immerhin 4,8 Prozent erreicht.

Lokalmatador Ulrich übernahm pro forma die Verantwortung für die Schmach und zog sich einstweilen in die Saarlouiser Kommunalpolitik zurück. Tina Schöpfer und der Bundestagsabgeordnete Markus Tressel besetzten als Duo die Vorstandsposten im Landesverband. Vier Jahre später preist die seit 2020 amtierende Saarbrücker Grünen-Bürgermeisterin und Finanzdezernentin Barbara Meyer-Gluche, der Ambitionen für die Landtagswahl 2022 nachgesagt werden, dies als positiven Neustart. Ihr Ex-Chef Hubert Ulrich, für den sie bis 2017 im Landtag als wissenschaftliche Mitarbeiterin gearbeitet hat, habe damals »den Generationswechsel in der Partei eingeleitet«. Auch seine künftige Rolle, erklärte sie der *Saarbrücker Zeitung*, »sollte sich darüber definieren, den Erneuerungsprozess in der Partei weiter zu unterstützen«. Als hätte er das je ernsthaft getan. Seine Strategie ist eher das Gegenteil: immer weiter so wie vor dreißig Jahren. Meyer-Gluche gilt als Ulrich-Verbündete. Bei der Landtagswahl 2017 bildete sie mit ihm das Spitzenduo. Nach dem politischen Absturz auf Landesebene wurde sie gut aufgefangen: als Referatsleiterin im CDU-geführten saarländischen Finanzministerium.

Jene in der Partei, die damals aufatmeten und hofften, die saarländischen Grünen würden Ulrichs rabiatischen Führungsstil endgültig abschütteln, wurden spätestens am 16. Mai 2021 heftig überrascht und ebenso enttäuscht. Der »Panzer« war zurück. Er hatte offenbar nur auf einen günstigen Zeitpunkt gewartet, um wie eh und je durch die Ortsverbände zu rumoren. Seitdem Demoskopen

im Gefolge des Baerbock-Habeck-Hypes sogar den auf Landesebene notorisch schwachen Grünen beachtliche Zuwächse voraussagen, wenn auch deutlich unter dem Bundestrend, keimt Hoffnung auf, noch einmal richtig mitmischen zu können. Ulrich inszenierte an diesem Mai-Sonntag in Saarlouis ein bizarres Spektakel, um die Weichen für den Landesparteitag am 20. Juni zu stellen, bei dem über den neuen Landesvorstand und über die Spitzenkandidatur für den Bundestag abgestimmt wird. Gegen ihn, so Ulrichs Maxime, darf nichts Wesentliches geschehen.

Grüne Dystopie im Parkhaus

Obwohl er erst wenige Wochen zuvor wegen einer kleineren Präsenzveranstaltung der Grünen im Saarlouiser Theater am Ring für Negativschlagzeilen gesorgt hatte, weil ein Teilnehmer mit Corona infiziert war und damit alle Beteiligten in Quarantäne zwang, lud Ulrich auf ein zugiges, dunkles und kaltes Parkdeck des örtlichen Kaufhauses Pieper ein. An die 130 Mitglieder, darunter wenig junge, verharnten stundenlang auf weißen Plastikstühlen, eingehüllt in Decken oder dicke Windjacken. Da für sie keine Mikrofone vorhanden waren und sie wegen Corona in großen Abständen fast über das gesamte Parkdeck verteilt waren, kamen keine Diskussionen zustande, was offensichtlich so gewollt war. Eine Szene wie in einer schwarzen Satire über das Ende der ehemals bunten und streitbaren grünen Basis. Eine kleine Lautsprecheranlage war nur am Vorstandstisch installiert, von dem aus zwei Parteigänger aus Saarbrücken die Veranstaltung moderierten. Monoton verlasen sie Namenslisten, auf denen die vom Vorstand ausgewählten Kandidaten handschriftlich eingetragen werden mussten.

Während manche sich verärgert wunderten, dass für die Versammlungsleitung keine Saarlouiser Grünen eingesetzt wurden, hatten Mitglieder, die schon länger dabei sind, ein Aha-Erlebnis: Einer der Moderatoren im Pieper-Parkhaus spielte mal für die FDP eine prominente Rolle: Sebastian Pini. In der im März 2012 von CDU-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer aufgelösten Jamaika-Koalition war er Gesundheitsstaatssekretär. Nach dem Scheitern, für das Kramp-Karrenbauer vor allem die Freien

Demokraten verantwortlich machte, trat er in die SPD ein. Nun tauchte er – für viele überraschend – bei den Grünen auf. Pini war bis 2015 Vizepräsident beim 1. FC Saarbrücken. Nach heftigen internen Querelen gab er das Amt in dem Verein auf, in dem sein früherer liberaler Parteifreund Hartmut Ostermann noch immer Präsident ist. Ostermann betreibt neben einer Reihe von Hotels (Victors) rund 120 Senioren- und Pflegeheime in Deutschland (Pro Seniore, rund 9.000 Beschäftigte).

Vor der Landtagswahl 2009 spendierte er den saarländischen Grünen 47.500 Euro, im Jahr davor waren es 9.500 Euro. Auf Betreiben von Ulrich entschied sich die Partei gegen eine (mögliche) rot-rot-grüne Koalition und für Jamaika. Seine Ablehnung eines links-grünen Bündnisses begründete er mit dem Hinweis auf die angeblich mangelnde Verlässlichkeit von Oskar Lafontaine.

Später kam heraus, dass der Grünen-Chef von 2001 bis 2009 auf der Gehaltsliste der Saarbrücker IT-Beratungsfirma think and solve mbH stand, an der damals auch Pflegeheim-Mogul Ostermann mit 25 Prozent beteiligt war. Hochgerechnet erhielt Ulrich von der Firma in dieser Zeit insgesamt rund 235.000 Euro brutto.¹

Alte Geschichten.

Neue Männerfreundschaften?

Das Bündnis zwischen Hubert Ulrich und dem noch bis 20. Juni amtierenden Landesvorsitzenden und Grünen-Bundestagsabgeordneten Markus Tressel, der lange als »Ulrich-Mann« galt, ist jedenfalls zu Ende. Tressel kündigte im Februar 2021 überraschend an, er werde nicht wieder für das Parlament und den Vorstandsposten kandidieren. Er wolle mehr Zeit für die Familie haben, die sei in den zwölf Jahren Bundestag zu kurz gekommen. So lautete die offizielle Begründung.

Dass offenbar auch Konflikte in der Führungsriege eine Rolle spielten, wurde deutlich, als auch sein Bruder Thomas Tressel, Geschäftsführer des Grünen-Landesverbandes, aufgab und kündigte. Ende April begründete er seine Entscheidung in einer internen Mail damit, »das Klima, die Kommunikationskultur und der zwischenmenschliche Umgang im Lavo (Landesvorstand, Anm. d. Verf.) und zum Teil auch darüber hinaus haben sich bedauerlicherweise verschlechtert«.

So hätten »sage und schreibe 9!« Vorstandsmitglieder einen Brief an Markus Tressel unterschrieben, in dem es um die »Klärung einer

Grüne Saarlouis – frierend auf dem Parkdeck. Foto: Wilfried Voigt



völlig belanglosen Terminfrage« gegangen sei. Die VorständlerInnen hatten nach Informationen der *Saarbrücker Hefte* unter anderem moniert, dass Tressel als Bundestagsabgeordneter ohne Absprache mit den Saarbrücker Grünen Verabredungen mit Personen außerhalb der Partei vereinbart habe. Der Ex-Geschäftsführer: »Ich sage das nicht öffentlich, aber hier in diesem Kreis deutlich: Wenn wir anfangen, uns für Banalitäten Briefe im engsten Führungskreis der Partei zu schreiben, dann ist das mehr als ein Alarmsignal!« Die Art und Weise dieser Kommunikation sage »sehr viel aus darüber, was da möglicherweise zukünftig zu erwarten ist«.

Wie schnell Ulrich ehemalige Bündnispartner fallen lässt, demonstrierte er mit der von ihm vorgegebenen Delegiertenliste für den Landesparteitag. Der Noch-Vorsitzende Markus Tressel stand nicht darauf, ein Affront und bitterer Abgang für einen der einst wichtigsten Grünen im Land. »Das sagt alles«, reagierte er pikiert.

Wegen des Bundes-Frauenstatuts hätte Tressel allerdings diesmal ohnehin keine Chance gehabt, noch einmal als Kandidat aufgestellt zu werden. Denn das Bundesschiedsgericht der Partei hatte im Oktober 2019 entschieden, dass 2017 an seiner Stelle eigentlich eine Frau auf Platz eins für die Bundestagswahl hätte gesetzt werden müssen. Damals bewarb sich Andrea Schrickel für diese Position. Der Landesparteitag ignorierte jedoch die Bundessatzung und wählte Tressel, auch mit den Stimmen vieler Frauen.

Angesichts dieser turbulenten Vorgeschichte kommt für die Bundestagswahl im September nur eine Frau an der Spitze der Liste infrage. Ihren Anspruch darauf hat die derzeitige Co-Landesvorsitzende Tina Schöpfer angemeldet. In der Partei kursierten in den letzten Wochen Spekulationen darüber, was Ulrich vorhat. Über eigene Pläne wollte er sich »derzeit« nicht äußern. Insider halten es für möglich, dass er in letzter Minute eine Frau aus seinem Ortsverband Saarlouis gegen Schöpfer in Stellung bringen wird.

Frauen, die ihn kritisieren, müssen damit rechnen, von ihm gemobbt zu werden. Schroff behandelt wurden am Parkdeck-Sonntag Marita Mayers, Mitglied des Landesvorstandes, und Andrea Konter vom Grünen-Kreisvorstand Saarlouis. Als sie Zutritt zu der Versammlung wollten, wies Ulrich sie

wegen angeblicher Corona-Sicherheitsvorschriften brüsk zurück. Insider gehen davon aus, er habe sie gestoppt, weil sie nicht zu seinem Lager gehören. Konfidenten aus Saarbrücken wie Sebastian Pini, die als Verbündete bei Parteitagen nützlich werden könnten, waren dagegen willkommen.

Ulrich bremst Journalisten aus

Draußen bleiben sollte auch die Presse. Ebenfalls mit Hinweis auf die Corona-Verordnung. Als die Reporter nachhaken, sah der Chef des Saarlouiser Ordnungsamtes, der am Eingang des Parkhauses Stellung bezogen hatte, dagegen keinen zwingenden Hinderungsgrund (sofern der Veranstalter dem zustimme). Von ihm aus könnten die Reporter rein. Nach längerem Hin und Her ließ Ulrich die Versammlung darüber entscheiden. Bis die Journalisten endlich Zugang bekamen, war mehr als eine Stunde verstrichen, und die mit Spannung erwarteten Punkte Frauenstatut und Wahl eines neuen Saarlouiser Ortsverbandsvorstandes waren von der Tagesordnung abgesetzt worden. Wegen der stundenlangen Abstimmungen über die Delegierten-Listen blieb keine Zeit mehr dafür.

Sein Hauptziel hatte Hubert Ulrich an diesem Tag dennoch erreicht. Er brachte die Delegiertenliste durch. Wie ein Getriebener patrouillierte er zwischen den Mitgliedern. Wer Fragen hatte, und das war häufig der Fall, dem eilte er flugs zu Hilfe. So agierte Ulrich schon vor Jahrzehnten. Bei einer digitalen Konferenz, wie sie von einigen Mitgliedern beantragt wurde, wäre diese spezielle persönliche »Betreuung« nicht möglich gewesen. Er hätte dann keine direkte Kontrolle mehr über das Abstimmungsverhalten gehabt.

Schon zu Beginn der 1990er-Jahre hatte es wegen Ulrichs Mitglieder-Akquise und -Betreuung heftige Diskussionen gegeben. Viele wundern sich bis heute, wie eine so große Mitgliederzahl in einer so kleinen Stadt zustande kommt, und beklagen fehlende Transparenz. Woher kommen all diese Parteigänger, wie viele zahlen überhaupt Beiträge, wie groß ist der Anteil derjenigen, die gar nichts aufbringen müssen. Auf eine schriftliche Anfrage der *Saarbrücker Hefte* unter anderem zur Mitgliederzahl und zur Beitragssituation in Saarlouis reagierte er nicht.

Im Vorfeld der Vorstandswahl 1991, bei der er erstmals zum Landesvorsitzenden gewählt wurde, monierte die damalige Vorstandssprecherin Ulrike Voltmer, dass in Saarlouis 22 Beitrittserklärungen »nicht rechtens« seien, da die neuen Mitglieder gar nicht dort wohnten. Ulrich habe außerdem darauf gedrängt, »dass 57 neue Mitglieder anerkannt werden«. Auch die Delegiertenwahl in der Ulrich-Hochburg sei »nicht rechtmäßig gewesen, weil dort Nicht-Mitglieder abgestimmt« hätten und sogar als Delegierte gewählt worden seien. Die brisante Geschichte wurde laut internem Protokoll unter Verschluss gehalten: »Gegenüber der Presse sollen organisatorische Gründe für die Verschiebung der LDK (Landesdelegiertenkonferenz, Anm. d. Verf.) angegeben werden. Es sollen keine Interna nach außen dringen.«

Trotz solcher fragwürdigen Aktionen und der massiven Kritik an seinen Methoden kassierte Ulrich bereits zu D-Mark-Zeiten eine deutlich höhere Aufwandsentschädigung für seine Vorstandsarbeit als die anderen Mitglieder dieses Gremiums. Während sie 200 D-Mark monatlich erhielten, gestand die Partei ihm 1.000 D-Mark zu: nicht zuletzt wegen seiner hohen Erfolgsquote bei der Mitgliederwerbung.

Ulrich war gerade mal sechs Monate Parteichef, da kam es zum Eklat. Die damalige Co-Vorsitzende Christa Jenal erklärte am 10. Dezember 1991 ihren Rücktritt – wegen seines Macho-Verhaltens. In ihrer langjährigen Arbeit als Lehrerin an einem Gymnasium, bei der sie »öfter problematischen Menschen begegnet« sei, habe sie niemand »derart unqualifiziert angepöbelt und permanent unterbrochen« wie der Saarlouiser Grüne. Dabei sei es gerade Ulrich gewesen, der sie »vor meiner Wahl wegen eines anfänglichen Zögerns mehrmals zu Hause sowie auf dem Kinderspielplatz aufgesucht hat, um mich zu überzeugen, dass die Grünen Saar ohne meine Kandidatur für den Landesvorstand ›verloren‹ seien, gerade wegen meines pragmatischen Politikverständnisses«.

Wenn er etwas wolle, könne er »durchaus charmant« sein, beschreibt eine Angehörige des Saarlouiser Grünen-Ortsverbandes den Zampano. Kaum habe er sein Ziel erreicht, schlage die Stimmung schnell in Missachtung um.

Nur einmal war eine Frau seit den 1990er-Jahren bei Landtagswahlen als Spitzenkandidatin erfolgreich für die Saar-Grünen: Die frühere Umweltministerin Simone Peter. Gemeinsam mit Hubert Ulrich zog sie 2012,

Barbara Meyer-Gluche (rechts) mit Torsten Reif: Karriere in der Partei. Foto: Sadija Kavgic



nach der wegen des Scheiterns der Jamaika-Koalition vorgezogenen Landtagswahl, mit fünf Prozent ins Landesparlament ein. Aber auch sie hielt es nicht lang an seiner Seite aus: Im September 2013 wurde Peter neben Cem Özdemir zur Vorsitzenden der Bundespartei gewählt und entschwand nach Berlin. Für sie rückte ein Mann nach: Klaus Kessler aus Saarlouis, lange Jahre Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Saarland und in der Jamaika-Koalition Bildungsminister.

Zu jener Zeit profitierte Kessler noch von Ulrichs Unterstützung. Jetzt liegt auch dieses ehemalige Zweckbündnis in Trümmern. Nach der Parkhaus-Aufführung ging der frühere Weggefährte endgültig auf Distanz und griff Ulrich in der *Saarbrücker Zeitung* massiv an: »Mich stört das Demokratieverständnis von Hubert Ulrich.« Scharf kritisierte er, dass kein Versuch unternommen wurde, aus den 720 Mitgliedern des Ortsverbandes eine Versammlungsleitung zu rekrutieren: »Das war wohl notwendig, damit das abgekartete Spiel auch glattläuft.« Kessler: »Ich will nicht die Ulrich-Partei sein.«

Zu den unerschrockenen internen Kritikerinnen von Ulrich gehört Petra Port, Beisitzerin im Landesvorstand und Mitglied in der Landesarbeitsgemeinschaft Feminismus und Gleichstellung. Sie bewarb sich im Parkhaus vergeblich um einen Delegiertenplatz für den Landesparteitag. In einer Mail an den Grünen-Bundesgeschäftsführer Michael Kellner beklagte sie sich kurz darauf: »Die Vorgehensweise eines Hubert Ulrich hat neue Dimensionen erreicht.« Bei Wahlen seien »überwiegend Neumitglieder anwesend«, die »er dann beeinflussen kann«. Petra Port: »Was für ein Desaster. Ich habe mich geschämt, Grüne zu sein!«

Es war nicht das erste Mal, dass sie mit Ulrich aneinandergeriet. Im November 2019 trat Petra Port direkt gegen ihn an und bewarb sich als Ortsverbandsvorsitzende in Saarlouis. Erfolglos. Ulrich setzte sich wieder einmal durch. Dabei hätte er nach Ansicht von Juristen erst kandidieren dürfen, wenn sie nicht gewählt worden und auch keine andere Frau angetreten wäre. Das von ihr angestrebte Parteischiedsverfahren kommt jedoch nicht voran. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts ist zugleich Anwalt von Hubert Ulrich. Deshalb erklärte er sich für befangen. Seitdem ist

nichts passiert. Der Fall ist brisant: Sollte Petra Port sich durchsetzen und würde Ulrichs Wahl aufgehoben, wären eventuell auch Entscheidungen, die seit 2019 im größten Ortsverband des Saarlandes getroffen wurden, unwirksam.

»Landesverband im Würgegriff«

Protest gegen Ulrich kam auch aus dem Saarbrücker Grünen-Ortsverband Halberg, wo einige der prononciertesten Kritiker von Ulrich zu Hause sind. Der Jurist Stephan Körner, während der Jamaika-Koalition unter Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer Staatssekretär im Kultusministerium, richtete in einer E-Mail am Abend der Parkhaus-Inszenierung eine lakonische Frage an den Grünen-Bundesgeschäftsführer Michael Kellner: »Wie lange sieht sich der Bundesverband dieses Lehrstück einer sog. illiberalen Demokratie noch an?«

Und sein Halberger Parteifreund Frank Lichtlein beklagte, »die obskure Figur« habe es geschafft, dass in der Saarlouiser Mitgliederkartei rund 720 Namen stehen: »Niemand kann davon ausgehen, dass das mit rechten Dingen zugeht.« Aber mit der »daraus abgeleiteten Delegiertenzahl hat er den saarländischen Landesverband fest im Würgegriff«. Die »Machenschaften im saarländischen Landesverband« seien geeignet, »schweren Schaden für die Gesamtpartei zu verursachen«. Lichtlein: »Das Erfolgsrezept ist ein ausgeprägter Nepotismus. Aktuelles Beispiel sei die geplante Besetzung der Dezernentenstelle für Kultur und Bildung in Saarbrücken mit einem »völlig ungeeigneten Menschen«.

Gemeint war Torsten Reif, der Grünen-Kandidat für das Kulturdezernat in der Landeshauptstadt. Reif ist ein Weggefährte aus alten Tagen. Während des kurzen Intermezzos von Ulrich im Bundestag war er von 2003 bis 2004 in dessen Wahlkreisbüro eingesetzt, von 2004 bis 2017 arbeitete er in der Grünen-Landtagsfraktion. Verbunden sind die beiden auch über die Saarland Hurricanes, einen American-Football Club, bei dem Reif lange General Manager war. Seit Mai 2017 leitete er gemeinsam mit Yvonne Brück, einer sehr engen Vertrauten von Ulrich, die Grünen-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken. Ohne den Saarlouiser Strippenzieher

Josef Dörr – Hilfe für Hubert Ulrich

Heide Rühle, ehemalige Sprecherin des Bundesvorstandes und Politische Geschäftsführerin der Grünen, hatte es im Juli 1993 satt, sich länger mit dem saarländischen Landesverband der Partei herumzuschlagen. Die »Querelen« dort hätten die Parteispitze »notgedrungenermaßen seit gut zwei Jahren« beschäftigt. Es ging, wie öfter in der regionalen Machtsphäre von Hubert Ulrich, um intransparente Mitgliederstrukturen, finanzielle Ungereimtheiten, vermutete Manipulationen. Die Lage war zu jener Zeit dermaßen eskaliert, dass der Länderrat der Grünen, das zweithöchste Parteigremium, kurz zuvor beschlossen hatte, einen Bundeszuschuss der Partei an die Saarländer in Höhe von 100.000 D-Mark erst mal zu sperren. Neben einer transparenten Etatgestaltung müsse auch ein »personeller Neuanfang bei der Wahl des Landesvorstandes« erfolgen. Falls dies alles nicht geschehe, solle der Bundesvorstand das Bundesschiedsgericht »mit der Amtsenthebung [...] beauftragen«. Dramatischer geht's nicht.

Auf der Landesdelegiertenkonferenz am 11. Juli 1993 in Saarlouis kam dann aber doch alles ganz anders. Die Drohungen der Bundesspitze liefen ins Leere. Hubert Ulrich erhielt 114 von 170 Stimmen. Zur Seite sprang ihm Josef Dörr, zu jener Zeit Landesschatzmeister der Grünen. Er half Ulrich mit einem dubiosen Verfahrenstrick, Zeit zu gewinnen. Anstatt einen seit Längerem angekündigten Bericht eines Wirtschaftsprüfers endlich vorzulegen, las Dörr ihn nur vor. Damit hatten die Kritiker erst mal nichts in der Hand, an dem sie ansetzen konnten.

Inge Gottstein, Rechnungsprüferin der Partei, beklagte sich nur einen Tag danach in einem Brief an die Mitglieder des Bundesfinanzrates und des Bundesvorstandes über den aus ihrer Sicht gespenstisch verlaufenen Parteitag. Lediglich aufgrund der von Schatzmeister Dörr vorgetragenen »Fragmente« sei der Versammlung »die Entlastung des Vorstandes abverlangt« worden. Gremien der Bundespartei seien laufend »diffamiert« worden. Gottstein fand es »erschreckend, wie in diesem Landesverband Demokratie mit Füßen getreten wird«. Etwa ein Drittel der Delegierten sei »permanent niedergestimmt« worden.

Einst ein enges Gespann: Landesschatzmeister Josef Dörr (links), Parteivorsitzender Hubert Ulrich beim Landesparteitag der Grünen im November 1995. Foto: Andreas Engel

Die Intention des Bundesvorstandes, das fragwürdige Gebaren von Hubert Ulrich und seiner Entourage zumindest aufzudecken oder gar abzustellen, hatte – wieder einmal – keine Folgen. Der Saarlouiser blieb noch lange im Amt, und finanzielle Mittel der Partei flossen weiter an die Saar. Die 100.000 D-Mark wurden schließlich freigegeben.

Josef Dörr gehörte viele Jahre – auch als Schatzmeister des Landesverbandes – zum engen Kreis um Hubert Ulrich und half ihm, seine Position zu festigen. Bevor er zu den Grünen stieß, war der Pädagoge und ehemalige Vorsitzende des Saarländischen Esperantobundes etwa zwanzig Jahre lang CDU-Mitglied. Als Franz-Josef Strauß mit der bundesweiten Ausdehnung der CSU spielte, gründete Dörr 1979 die Christlich Soziale Wählerunion (CSWU) im Saarland. Nachdem die Expansionsidee von Strauß im Archiv gelandet war, wechselte er 1984 zu den Grünen, 2013 trat er in die AfD ein, wo er dem extrem rechten Flügel zugerechnet wird. Bei der letzten Landtagswahl 2017 errang er ein Landtagsmandat und wurde zum Vorsitzenden der AfD-Fraktion gewählt. Im März 2020 setzte der AfD-Bundesvorstand die gesamte Führungsriege der Saar-AfD wegen »schwerwiegender Verstöße gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei« ab. Der Landesvorstand der Partei habe etwa Mitgliederaufnahmen »manipuliert«. Außerdem seien »zielgerichtet Delegiertenwahlen in den Kreisverbänden« beeinflusst worden. Dörr wies die Vorwürfe als »absolut hirnrissig« zurück.



und Delegierten-Flüsterer läuft angeblich auch bei den Grünen im Ortsverband Saarbrücken-Mitte wenig. Ein grüner Insider: »Ulrich ist dort schon seit Jahren absolut dominierend.« Das Agieren auch außerhalb von Saarlouis wurde ihm sehr erleichtert, nachdem ihn der Landesvorstand zum Kommunalbeauftragten ernannte. Diese Funktion ermöglicht ihm Zugang zu allen Parteigliederungen.

Dass die rot-rot-grüne Rathauskoalition in Saarbrücken nach der Kommunalwahl 2019 beendet wurde, wird auch auf Ulrichs Einfluss zurückgeführt, auch wenn Grünen-Sprecher Björn Heib gegenüber den *Saarbrücker Hefte* auf Nachfrage behauptete: »Eine Neuaufgabe der Rot-Rot-Grünen-Koalition wurde auf Intervention der SPD hin gar nicht erst sondiert.« Die Sozialdemokraten sahen darin offenbar wenig Sinn, nachdem sich herausgeschält hatte, dass die Grünen vor allem mit

den Linken nicht mehr koalieren wollten. Das passte Ulrich offenbar gut in seine Jamaika-Strategie. Der überraschende Sieg des Christdemokraten Uwe Conradt bei der Oberbürgermeisterstichwahl am 9. Juni 2019 – er setzte sich mit einem sehr knappen Vorsprung gegen die sozialdemokratische Amtsinhaberin Charlotte Britz durch – begünstigte den eingeschlagenen Weg der Grünen in eine bürgerliche Koalition. Nur in dieser Konstellation konnten sie ihren Anspruch auf die zweitwichtigste Position im Rathaus durchsetzen: das Bürgermeisteramt, das zuvor mit dem Sozialdemokraten Ralf Latz besetzt war. Die SPD hatte klar signalisiert, dass sie darauf nicht verzichten würde.

Auf die Frage der *Saarbrücker Hefte*, welche Projekte nur gemeinsam mit CDU und FDP statt mit SPD und Linken zu realisieren seien, nannten Yvonne Brück und Torsten Reif kein

Die Dienstwagenaffäre: Schnäppchenpreise für den Fraktionschef

Den wohl schwersten Einschnitt in seiner Parteikarriere erlebte Hubert Ulrich 1999. Im Februar berichteten der *Spiegel* und die *Saarbrücker Zeitung* über merkwürdige Autodeals in der Grünen-Landtagsfraktion. Ulrich hatte demnach seit März 1995 vier Ford Mondeos zu Sonderkonditionen erworben und dabei einen Vorteil genutzt, den der Autokonzern damals den Fraktionen eingeräumt hatte. Sie erhielten Rabatte bis zu 30 Prozent. Voraussetzung: Die Fahrzeuge mussten mindestens sechs Monate auf die Fraktionen zugelassen sein und durften in dieser Zeit nicht weiterverkauft werden.

Daran hielt sich die Fraktion aber nicht und verkaufte die Wagen ohne Aufpreis direkt an den Vorsitzenden. Ein gutes Geschäft für Ulrich. Er profitierte nicht nur von dem Rabatt, sondern hatte zwei weitere Vorteile: Er erhielt zu dieser Zeit monatlich eine Kilometerpauschale von rund 800 D-Mark. Die hätte er laut *Spiegel* nicht bekommen, wenn er die Mondeos als Dienstwagen genutzt hätte. Außerdem musste er für den geldwerten Vorteil keine Steuern zahlen, da die Autos auf ihn privat zugelassen waren. Ulrich fand nichts dabei. Diese Einkaufspraxis sei mit dem Landesrechnungshof und dem Konzern abge-

sprochen gewesen. Beide bestritten das. Ulrich trat zwar als Landesvorsitzender der Grünen zurück, behielt aber sein lukratives Landtagsmandat – und sorgte dafür, dass ein Gefolgsmann übergangsweise Sprecher des Landesvorstandes wurde: Christian Molitor. Mit dem Volkswirt hatte Ulrich sieben Jahre zuvor ein konservatives Positionspapier zur Ansiedlungspolitik im Saarland vorgelegt. Der Realo, zeitweise gut bezahlter wissenschaftlicher Mitarbeiter der Grünen-Landtagsfraktion und Mitglied in Ulrichs Ortsverband Saarlouis, outete sich Anfang der 1990er-Jahre als wirtschaftspolitischer Hardliner. Er plädierte beispielsweise dafür, die Löhne an der Saar müssten mindestens zehn Prozent unter dem durchschnittlichen Niveau in anderen Regionen Westdeutschlands liegen. Nur so sei die Konkurrenzfähigkeit etwa zum benachbarten Lothringen gegeben. Molitor ist heute Geschäftsführer der Finanzgruppe Sparkassenverband Saar. Im Herbst 1999 flogen die Grünen aus dem Landtag, sie erreichten nur katastrophale 3,2 Prozent. Ulrich wurde 2001 politischer Geschäftsführer der Saar-Grünen, im Mai 2002 wählten ihn die Grünen erneut zum Landesvorsitzenden. Die Staatsanwaltschaft hatte zuvor ein gegen ihn gerichtetes Ermittlungsverfahren eingestellt. Ulrich war wieder ganz oben – als sei nichts geschehen.

einziges konkretes Beispiel. Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Rathaus, Sascha Zehner, reagierte nicht auf Fragen, bestätigte nicht einmal deren Eingang. FDP-Fraktionschef Helmut Isringhaus dagegen nannte gegenüber den *Saarbrücker Heften* zwei aus seiner Sicht akute Themen: Die Beseitigung der Immobilien-Leerstände in Saarbrücken und eine Verstärkung des kulturellen Angebotes in der Stadt. Isringhaus: Gerade jetzt in der Pandemie, in der insbesondere Künstler durch den fast hundertprozentigen Ausfall von Auftrittsmöglichkeiten »wirtschaftlich extrem belastet« seien, brauche es für das Kulturdezernat »einen besonders kundigen Bewerber, der der städtischen Kulturpolitik eine fundierte Perspektive geben kann«.

Bei der Ausschreibung für die 8.000-Euro-Stelle wurde allerdings, auch mit den Stimmen der FDP, ausgerechnet auf besondere Fachkenntnisse für dieses Amt verzichtet. Einen Antrag der SPD, die besondere Qualifikation als wichtigstes Kriterium in die Ausschreibung aufzunehmen, lehnten die Jamaika-Fraktionen ab. Ein deutliches Indiz dafür, dass sie auf den Grünen-Bewerber Torsten Reif zugeschnitten wurde, der sich als Kommunalpolitiker bisher kaum mit dem Thema Kultur und Bildung befasst hat. Die Grünen beharrten dennoch stur auf der Kandidatur von Ulrichs altem Kumpel Torsten Reif.

Im städtischen Ausschuss für Personal und Recht wurde wenige Tage vor der Abstimmung im Stadtrat plötzlich Uneinigkeit in der Jamaika-Riege sichtbar: FDP-Fraktionsvorsitzender Helmut Isringhaus beantragte überraschend die Absetzung der Wahl. Dabei hatte man noch im Mai nach außen Einigkeit demonstriert. Die wurde nun nur noch von CDU und Grünen beschworen, die geschlossen die Wahl des Kandidaten Torsten Reif befürworteten.

Der frühere CDU-Kulturpolitiker Stefan Weszkalnys, der für die Christdemokraten einst im Stadtrat saß und Sachverständiger im Kulturausschuss war, warnte seine Partei in der *Saarbrücker Zeitung* vor der Wahl des Grünen. Torsten Reif solle offenbar »mit Druck des grünen Diktators Ulrich aus Saarlouis« in das hochdotierte und anspruchsvolle Amt des Kulturdezernenten einer Landeshaupt- und Universitätsstadt gehievt werden – »zum Schaden des Ansehens unserer Stadt und aller Steuerzahler und Steuerzahlerinnen«.

Aber es kam ganz anders. Bereits im ersten Wahlgang scheiterte Torsten Reif am 8. Juni. Er bekam nur 27 von 32 Stimmen der schwarz-grünen Rumpfkohalition. FDP-Fraktionschef Helmut Isringhaus hatte sich zuvor offen gegen den Grünen und für die von der SPD vorgeschlagene parteilose Politikwissenschaftlerin Sabine Dengel ausgesprochen. Sie erreichte bereits im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit von 32 Stimmen. Eine Sensation. Dies war nur möglich, weil es (anonyme) Abweichler bei den Grünen und / oder Christdemokraten gab.

CDU-Oberbürgermeister Uwe Conradt war konsterniert. Das Scheitern von Torsten Reif ist auch eine herbe Niederlage für den Rathausschef. Denn er stand bei den Grünen im Wort. Die haben schließlich bisher im Stadtrat brav alles abgenickt. So unterstützten sie etwa den demonstrativ zur Schau gestellten Reinheitskurs des Rathausschefs. Hauseigentümer sollen laut Koalitionsvertrag durch ein Förderprogramm zum »Schutz vor Schmierereien« und »illegalen Graffiti« zu »mehr Sauberkeit« motiviert werden. Der Kampagnentitel lautet: »Sauberkeit ist schöner« (Siehe Seite 23). Außerdem stimmten die Grünen für eine von Conradt initiierte neue Rathausgazette, die künftig 14-tägig an alle Saarbrücker Haushalte verteilt werden soll und mindestens 180.000 Euro jährlich verschlingen wird.

Nun erwarteten die Grünen den Lohn für ihre Anpassung: die Wahl von Torsten Reif zum Dezernenten für Bildung und Kultur. Für den alten Spezi von Ulrich brach am 8. Juni 2021 seine politische Welt zusammen. Er steht erst mal vor dem Nichts. Weil er sich nicht selbst wählen durfte, verzichtete er auf sein Mandat und katapultierte sich damit selber ins politische Aus. Ein Schock nicht nur für ihn, sondern auch für Jamaika-Fan Hubert Ulrich. Indirekt ist es eine seiner schwersten politischen Niederlagen im Saarland, wo er bei den Grünen bisher weitgehend schalten und walten konnte, wie er wollte – trotz erbärmlicher Ergebnisse bei Landtagswahlen. Dieser schwere Schlag, den ihm jetzt einige anonyme Abweichler versetzten, könnte auch Auswirkungen auf den Landesparteitag am 20. Juni in Saarbrücken haben. Der Ortsverband Saarbrücken-Halberg forderte schon wenige Stunden nach dem Desaster einen politischen Neuanfang und den Rücktritt der Ulrich-Vertrauten Yvonne Brück. Sie sei



Markus Tressel
Foto: Erik Marquardt



Tina Schöpfer
Foto: Erik Marquardt



Michael Kellner
Foto: Rasmus Tanck

nicht nur »mit dafür verantwortlich, dass ihr Co-Vorsitzender Torsten Reif jetzt wohl dauerhaft politisch verbrannt ist«. Sie habe mit ihrer »Brachial-Strategie auch die Jamaika-Koalition an die kommunalpolitische Wand gefahren und die Saarbrücker Grünen ins politische Aus befördert«.

Eine brenzlige Lage für Ulrich. Denn obwohl sein Ortsverband Saarlouis mit Abstand die meisten Mitglieder aller saarländischen Kommunen zählt und damit auch einen Großteil der Delegierten auf Parteitag stellt (derzeit 54 von 161), benötigt Ulrich für eine Mehrheit gerade die Hilfe vom Ortsverband Saarbrücken-Mitte. Der schickt 23 Delegierte zum Parteitag. Gemeinsam mit ihnen fehlen Ulrich nur vier Stimmen zur absoluten Mehrheit von 81 Delegierten.

Coup gegen Grüne Jugend

Eine robuste Mitstreiterin bei der Stimmenbeschaffung ist unterdessen auch seine Tochter Eva Tina. Sie kandidierte am 15. Mai 2021 im Ortsverband Saarbrücken-Mitte ausgerechnet gegen die Sprecherin der Grünen-Jugend im Saarland, Jeanne Dillschneider – und gewann. Ein herber Schlag für die Nachwuchsorganisation der Partei, zumal Dillschneider auch im Landesvorstand sitzt und der Grünen-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken angehört. Der Überraschungscoup konnte nach Ansicht von Insidern nur gelingen, weil Mitglieder zur Versammlung auftauchten, die bis dahin niemand kannte.

Das gab es immer wieder in der Ära Ulrich: häufiges Wechseln von Mitgliedern zwischen

den Ortsverbänden. Seine Gegner kritisierten das schon Anfang der 1990er-Jahre als Einsätze »fliegender Verbände«. So baue sich der Oberstrippenzieher aus Saarlouis schnell passende Mehrheiten zusammen.

Bei Facebook verhöhnte Eva Tina Ulrich ihre unterlegene innerparteiliche Konkurrentin Dillschneider und deren Verbündete von der Grünen Jugend: »Der Kniff bei einer Demokratie ist aber der, dass man tatsächlich auch gewählt werden muss von den restlichen Mitgliedern. Das scheint ihr nicht ganz zu verstehen. Ihr müsst bei einer Kandidatur den Leuten klarmachen, warum sie euch wählen, das habt ihr mal wieder nicht geschafft. Falls ihr ein sehr aktuelles Beispiel braucht, wie das mit dem Kandidieren und Gewähltwerden funktioniert, fragt doch Jeanne. Ich habe am Samstag spontan gegen sie kandidiert und habe es geschafft, die Menschen davon zu überzeugen, mich zu wählen anstatt sie.«

Johannes Klein von der Grünen Jugend konterte auf dem Social-Media-Kanal: »Ich erlebe hier seit Jahren, dass irgendwelche Bekannten von deinem Vater stolz und ohne Scham SMS rumzeigen, in denen drinsteht, wen sie zu wählen haben, während mit der Grünen Jugend gar nicht erst darüber geredet wird.«

Ohne Ulrich namentlich zu erwähnen, kritisierte der Landesvorstand der Grünen Jugend Saar: »Wir sehen mit großer Besorgnis, dass einige AkteurInnen im Grünen Landesverband nicht integrierend und konstruktiv agieren.« Mehrheiten dienten offenbar nur dazu, »sich Machtverhältnisse zu sichern, und nicht dazu, die Vielfalt der Partei und die geleistete Arbeit abzubilden [...] Ein Klima der Einschüchterungen lehnen wir ab«.

Auf die Alarmmeldungen aus dem Saarland reagierte der Bundesvorstand intern bisher sehr zurückhaltend. Man sei »bereits aktiv«, könne aber derzeit nicht mehr dazu sagen. Dabei war Bundesgeschäftsführer Michael Kellner schon vor Jahren umfassend über die brennenden Probleme in der Provinz informiert. In einem internen Schreiben vom 13. April 2017 an den Landesvorstand wies er unter anderem auf ein gewaltiges Finanzloch hin: »In Bezug auf die Mitgliedsbeiträge zeigt sich nach wie vor eine große Abweichung. Während im Schnitt der Mitgliedsbeitrag im Monat 2016 bundesweit bei rund 12 Euro lag, liegt er im Saarland bei rund nur 6 Euro. Da scheint größeres Potential nach oben zu sein.« Der Bundesvorstand werde »gern mit Rat und Tat zur Seite« stehen.

Darauf haben die saarländischen Grünen offenbar verzichtet. An den finanziellen Verhältnissen hat sich grundsätzlich nichts geändert. Gegenüber den *Saarbrücker Heften* nannte ein Sprecher des Bundesvorstandes am 10. Juni brisante Zahlen. Während Grünen-Mitglieder auf Bundesebene im Monat unterdessen durchschnittlich 12,92 Euro abführen (Stand Dezember 2019), sind es im

Kreisverband Saarlouis im Vergleichszeitraum gerade mal 6,33 Euro. Auf Landesebene sieht es kaum besser aus. Da zahlen Grüne bescheidene 6,89 Euro.

Noch wichtiger aber als die Verbesserung der Finanzen wäre es, so Kellner in seinem Schreiben 2017, »wenn der Landesverband endlich das Frauenstatut als Teil unserer Regeln umsetzt«. Auf Nachfrage betonte der Sprecher: »Wir erwarten, dass der Landesverband dem Schiedsgericht folgen wird und bei den kommenden Listenaufstellungen entsprechend handeln wird.« Auf Bestrebungen, »diesen Neuanfang infrage zu stellen, blicken wir mit großer Sorge«.

Hubert Ulrich reagierte dagegen nicht auf eine Anfrage der *Saarbrücker Hefte* zur Mitglieder- und Finanzstruktur in seinem Ortsverband und zu seiner Rolle in der Saarbrücker Kommunalpolitik.

Am Tag der Pressefreiheit forderte die Grünen-Landesvorsitzende Tina Schöpfer Anfang Mai 2021 im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes »einen verbesserten Informationszugang für Journalistinnen und Journalisten im Saarland«. Vielleicht sollte sie zuerst mit Hubert Ulrich darüber reden.

»Es war wie eine Invasion – wir sollten gekapert werden«

In einem Gespräch mit den *Saarbrücker Hefte*n erhebt Grünen-Vorstandsmitglied Marita Mayers schwere Vorwürfe gegen Hubert Ulrich.

Die Dipl.-Sozialpädagogin trat 2017 in die Partei Bündnis90/Die Grünen ein, nachdem Hubert Ulrich nach der verlorenen Landtagswahl als Landesvorsitzender zurückgetreten war. Sie ist Mitglied des Kreisvorstandes in Merzig-Wadern, gehört dem Landesvorstand an und ist seit Januar 2018 eine der beiden Sprecherinnen der Landesarbeitsgemeinschaft Feminismus und Gleichstellung.

Marita Mayers: »Ich dachte damals, Hubert Ulrich spiele keine Rolle mehr und sei nur noch im Hintergrund aktiv. Bei uns im Kreis tauchte er in den letzten Jahren auch nicht auf. Wir konnten frei und unabhängig unsere grünen Themen und Maßnahmen

nach vorne bringen. Der Grünen-Kreisverband Merzig-Wadern hat ca. 100 Mitglieder. Wir waren und sind machstrategisch offenbar nicht relevant.«

Für Freitag, 21. Mai 2021, hatte die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Feminismus eine digitale Sitzung über Zoom vorbereitet, an der auch Männer teilnehmen konnten, und in der Einladung dazu angekündigt, dass zwei neue Sprecherinnen gewählt werden sollten. Sie müssen Mitglied der Partei sein.

Marita Mayers: »Wir rechneten am 21. Mai mit höchstens 15 Frauen. Bei den Treffen bisher nahm maximal ein Dutzend Frauen teil. Als wir das Meeting um 17.45 Uhr eröffneten,



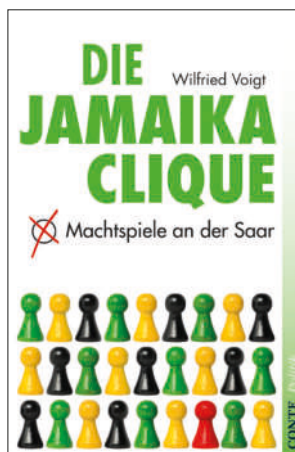
Marita Mayers, Foto: Privat.

waren wir sehr überrascht: Innerhalb von ein paar Minuten zählten wir etwa 42 Frauen und Männer im Zoom-Meeting. Viele kannten wir gar nicht, weder vom Frauenstammtisch noch von der LAG noch vom Frauenkongress. Als wir darum baten, sich namentlich zu identifizieren, taten dies nicht alle. Es waren geschätzt höchstens 18 Frauen, die der bisherigen LAG Feminismus zuzuordnen waren. Da der übrige Personenkreis völlig unübersichtlich war und wir auch nicht klären konnten, wer überhaupt Parteimitglied ist, haben wir spontan entschieden, die Wahl der Sprecherinnen zu vertagen. Soweit wir am 21. Mai 2021 feststellen konnten, kamen viele TeilnehmerInnen aus den Ortsverbänden Saarlouis und Saarbrücken-Mitte und viele waren dem Umfeld von Hubert Ulrich zuzuordnen. Es war wie ein Überfall, eine Invasion. Wir sollten gekapert werden, das war ein richtiges Piratenstück. Das ist wohl ein strategischer Vorgeschmack auf das, was uns beim Landesparteitag bevorstehen könnte. Ich finde das Machtgebaren und das System Ulrich entsetzlich, das kann uns als Partei atomisieren. Das ist strukturelle und soziale Gewalt, die da ausgeübt wird. Es wird versucht, das Verhalten Einzelner und kleiner Gruppen zu beeinflussen und gegen ihren Willen vorzugehen, sie zu überrollen und zu überstimmen. Ich kannte solche Übernahme Geschichten bisher nur vom Hörensagen und dachte, das sei alles Geschichte und sehr lange vorbei. Nun habe ich die Aggression selbst miterlebt.«

Die Landesarbeitsgemeinschaft Feminismus und Gleichstellung ist nach Einschätzung von Marita Mayers so lange stillgelegt, bis die Verhältnisse geklärt sind. Zunächst müsse festgestellt werden, wer die Beteiligten sind und ob die Neuen überhaupt stimmberechtigt sind. Nur fünf Tage zuvor hatte die engagierte Grüne eine für sie verstörende direkte Begegnung mit Hubert Ulrich.

Marita Mayers: »Am Rande der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Saarlouis am 16. Mai im Pieper-Kaufhaus wurde ich mit dem brachialen Stil von Hubert Ulrich konfrontiert. Obwohl ich Mitglied des Landesvorstandes bin, durfte ich nicht als neutrale Beobachterin teilnehmen. Ulrich blockte mich ab und verwehrte mir den Zugang, angeblich wegen Corona-Vorschriften. Dabei sah ich einige Mitglieder vom Ortsverband Saarbrücken, die als Gäste zugelassen wurden. Später habe ich gehört, dass welche von ihnen sogar Versammlungsleiter waren. Solche Machenschaften müssen beim Namen genannt und aufgedeckt werden. Sie schaden nicht nur der Partei im Saarland, sie beschädigen alle ehrlichen und aufrechten Frauen und Männer, die sich in der Partei uneigennützig für unsere grünen Themen mit Leidenschaft, Herzblut und viel freier Zeit ehrenamtlich einbringen. Wir alle brauchen nicht die grüne Partei, die Grünen im Saarland brauchen uns!«

- 1 Quelle: Voigt, Wilfried: Die Jamaika Clique, Conte Verlag 2011



» Mordfall Samuel Yeboah – Neue Entwicklungen

Von Laura Weidig

Knapp 30 Jahre ist es her, dass Samuel Kofi Yeboah in Saarlouis ermordet wurde. Er starb durch einen rassistischen Brandanschlag. Die Saarbrücker Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen nach nur einem Jahr ergebnislos ein. In Saarlouis, wo es zu dieser Zeit eine starke Neonazi-Szene gab, stritt man den rassistischen Hintergrund der Tat über Jahrzehnte ab. Dabei brannte nicht einmal 24 Stunden nach dem tödlichen Anschlag bereits die nächste Asylbewerberunterkunft – im wenige Kilometer entfernten Saarwellingen. Im August 2020 wurde bekannt, dass die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe, verantwortlich für die Verfolgung terroristischer Straftaten, wegen »gravierender Anhaltspunkte für einen rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Hintergrund des Anschlages« die Zuständigkeit für den Mordfall Samuel Yeboah übernimmt. Wir berichteten ausführlich in Ausgabe 122.

Inzwischen gibt es einen Verdächtigen: den heute 49-jährigen Peter Werner Sch., eine der damaligen Führungsfiguren der örtlichen Nazi-Szene. Zu einer Festnahme kam es nicht. Neben seiner Wohnung und seinem Arbeitsplatz wurden im Raum Saarlouis auch die Wohnungen von vier weiteren »nicht verdächtigen« Personen durchsucht. Wie die Generalbundesanwaltschaft uns mitteilte, dauern die Mord-Ermittlungen weiter an. Ein Anfangsverdacht auf Gründung einer terroristischen Vereinigung, einem Verfahren nach Paragraph 129 oder 129a, habe sich bislang nicht ergeben.

Stadtrat beschließt Gedenken und Aufarbeitung

Am 18. März beschloss der Saarlouiser Stadtrat einstimmig: Ein Paket verschiedener Maßnahmen soll an die Opfer des Anschlages erinnern, sich kritisch mit dem historischen Kontext auseinandersetzen und zur demokratischen Aufklärungsarbeit beitragen. An zentraler Stelle, wo genau, steht noch nicht fest, ist ein Mahnmal für die Opfer von Hass, Diskriminierung und Gewalt geplant. Das erinnern nicht spezifisch an Samuel Yeboah, solle aber in dem Kontext gesehen werden. Hierfür soll ein Künstlerwettbewerb ausgeschrieben werden.

In Fraulautern, in der Nähe des damaligen Tatorts, ist eine Informationstafel vorgesehen, die mit Text- und Bildmaterial die Geschichte des Anschlages aufarbeiten soll. »Neben dem Todesopfer Samuel Yeboah soll die Tafel die übrigen Opfer sichtbar machen und an ihr Schicksal erinnern«, teilte Sascha Schmidt, Pressesprecher der Stadt, mit.

Weiter soll ein Arbeitskreis entstehen, der die Aktivitäten der extrem rechten Szene in Saarlouis und deren Entwicklung von Anfang der 1990er-Jahre bis heute kritisch aufarbeitet und veröffentlicht. Die Zusammensetzung dieses Arbeitskreises ist noch nicht abschließend festgelegt. Mögliche Teilnehmer sind Akteure aus der Verwaltung, die mit dem Thema befasst sind, Akteure der Stadtpolitik sowie Vertreter aus Schulen und Zivilgesellschaft.

Emotionale Debatte

Eingebracht wurden die Vorschläge auf Initiative des städtischen Integrationsbeirats. Dem Beschluss sollen rege, teils emotionale Diskussionen im Stadtrat vorangegangen sein. Ein Protokoll der entsprechenden Sitzung vom 18. März konnte die Pressestelle bis Redaktionsschluss noch nicht vorlegen.

Für die CDU-Fraktion sprach Alexandra Feldgen. In Gedanken sei man bei dem Verstorbenen, der Familie und den Freunden. Die Fraktion spricht sich »gegen Hass und Extremismus in jeder Form« aus, und lobt das vorliegende Konzept, insbesondere dessen präventive und pädagogische Anteile.

Hakan Gündüz, der für die SPD sprach, sagte, er sei froh, dass man in der Gesellschaft mittlerweile einen Konsens habe und dazu stehe, was in Saarlouis seinerzeit geschehen sei. Auch Fehler der eigenen Partei wurden thematisiert: die zeitweise Zusammenarbeit der SPD mit den extrem rechten Republikanern. Oder dass im Rahmen sogenannter »akzeptierender Sozialarbeit« dem extrem rechten Milieu Räume und Infrastruktur zur Verfügung gestellt wurden.

FDP und Linke im Stadtrat gaben an, lediglich mitgestimmt, sich aber nicht zur Angelegenheit geäußert zu haben. Die Grünen machten gegenüber den *Saarbrücker Heften* keine Angaben über den Inhalt ihrer Debattenbeiträge. Insgesamt, so Pressestelle und Oberbürgermeister der Stadt übereinstimmend, habe es einen politischen Konsens gegeben, ein gemeinsames demokratisches Interesse, sich für Gedenken und konsequente Aufklärung einzusetzen.

Wegen dieser Gedenktafel, die Aktivisten 2001 am Rathaus anbrachten, prozessierte die Stadt vier Jahre lang. Ergebnis: 134,50 EUR Schadenersatz. Foto: Antifa Saar / Projekt AK



Die fragwürdige Rolle der Grünen

Das war nicht immer so. Sowohl die Stadt Saarlouis als auch die Polizei leugnen lange, dass sich in Saarlouis eine militante rechte Szene etabliert hatte, deren Vertreter bereits 1986 in einem Interview mit dem *Stern* ankündigten, auch Morde begehen zu wollen.

Im aktuellen Stadtrat sind mit Hubert Ulrich und Gabriel Mahren zwei Mitglieder vertreten, die zur Verharmlosung der damaligen Nazi-Szene sogar aktiv beitrugen.

»Dass Skinheads mal einen Penner im Park zusammengeschlagen haben«, ja, »aber das ist Ewigkeiten her.« Von einer rechten Szene in Saarlouis wisse er nichts, so Hubert Ulrich laut *taz* nur wenige Tage nach dem Mord. In der gleichen Ausgabe wird Albert Fuß (SPD), der damalige Oberbürgermeister, mit den Worten zitiert: »Eine richtige Szene gibt es hier nicht.« Und weiter: »Natürlich« würden die vielen Asylbewerber in der Bevölkerung nicht gern gesehen. Auch Skinheads gebe es ein paar, aber ausländerfeindlich sei man ganz bestimmt nicht. Kommunalwahlergebnisse von über 10 Prozent für die extrem rechten Republikaner, fünf Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte seit 1987 und Bürger, die gegen entsprechende Wohnheime agitieren, sprechen indes eine andere Sprache.

Jahre später, 1997, entpolitisiert man das Nazi-Problem in Saarlouis noch immer. Bedrohungen, Übergriffe und Anschläge durch Neonazis werden als unpolitische Streitigkeiten unter Jugendlichen missinterpretiert. Gabriel Mahren, seinerseits Jugend-Beigeordneter, externalisiert die Verantwortung und befindet: »Das ist ein Problem, das Saarlouis von außen aufgedrückt wird. Da waren kaum Saarlouiser dabei.«

Den AntifaschistInnen hingegen kreidet Mahren ihre »fehlende Bereitschaft zum Dialog« mit den Skins an. Mehrfach drängt ein Mitarbeiter des Jugend- und Kommunikationszentrums KOMM darauf, die Antifa solle mit den Neonazis und den Ordnungsbehörden in Kontakt treten. Ein brisantes Detail: In den entsprechenden Briefen wird auf die angebliche Kompromissbereitschaft der Neonazis und deren vertrauensvolles Verhältnis zur Polizei verwiesen.

Eine von der Antifa Saarlouis im Juli 1997 geplante Informationsveranstaltung über Aktivitäten der rechten Szene wurde vom Vorstand des KOMM untersagt. Aus Furcht vor Auseinandersetzungen, hieß es. Statt Veranstaltungen im eigenen Haus vor Neonazi-Übergriffen zu schützen, sorgte Hubert Ulrich, damals im Vorstand des KOMM, mit dafür, dass der von der Antifa im damaligen Kultur- und Kommunikationszentrum KOMM betriebene Info-Laden »Bambule« geschlossen wurde.

Nach dem Mord an Samuel Yeboah, während einer sich fortsetzenden Reihe von Brandanschlägen auf Asylbewerberunterkünfte, während Neonazis, insbesondere die Kameradschaft »Horst Wessel-Saarlautern«, die im Kameradschaftsspektrum Südwestdeutschlands eine nicht unbedeutende Rolle spielte, vermeintliche »Ausländer« oder politische GegnerInnen terrorisierten, sahen die Verwaltung und der grüne Vorstand des Jugend- und Kommunikationszentrums KOMM offenbar antifaschistisches Engagement als das drängendere Problem an.

Paradigmenwechsel nach jahrzehntelanger Verleugnung?

Inzwischen räumt die Stadtverwaltung ein, dass es in Saarlouis durchaus eine extreme Rechte, Kameradschaften, diverse Anschläge gegeben habe. Man müsse aber differenzieren, sagt Pressesprecher Sascha Schmidt im Gespräch mit den *Saarbrücker Heften*. Bevor die Generalbundesanwaltschaft anderweitiges festgestellt habe, habe es keine konkreten Hinweise zu einer Verbindung zwischen dem tödlichen Brandanschlag und dem rechtem Milieu gegeben – weder Bekennerschreiben, Zeugen, Beweise. Zum redlichen Gedenken gehöre, eine Tat nicht rechtsextrem oder rassistisch zu nennen, wenn man es nicht genau wisse.

Mehrere Initiativen weisen, teils seit Jahrzehnten, auf den rassistischen Hintergrund der Tat und extrem rechte Zusammenhänge hin und fordern ein würdiges Gedenken an Samuel Yeboah. Darunter der saarländische Flüchtlingsrat, die Aktion 3. Welt Saar und die Antifa Saar/Projekt AK. Die Folge bislang: Diffamierung und Repression. Inzwischen, nach 30-jähriger Blockadehaltung, übernimmt die

Stadt den Großteil dessen, was die genannten Initiativen lange forderten, unterstellt ihnen aber implizit Unredlichkeit.

Roland Röder vom saarländischen Flüchtlingsrat dazu: »Die Stadt war und ist kein neutraler Akteur, sondern hat 30 Jahre lang rechte Gewalt vertuscht und verharmlost. Sie leugnet ihr eigenes Leugnen. Ein redliches wie ehrliches Erinnern muss das eigene Wegschauen aufarbeiten und darf ein politisches Problem nicht pädagogisieren.«

Auch die Antifa Saar/Projekt AK zeigt sich wenig überzeugt von dem vermeintlichen Kurswechsel: »Sich nach 30 Jahren darüber zu freuen, dass in Saarlouis zumindest unter vorgehaltener Hand der rassistische Hintergrund des Mordes an Samuel Yeboah nicht mehr gelehnet wird, wäre fast zynisch. Aus Opfern neonazistischer Gewalt nun Opfer von Hass und Extremismus im Allgemeinen zu machen, knüpft nahtlos an die jahrzehntelange Leugnungsstrategie der Stadt an.«

Lehren aus dem NSU-Komplex?

An aufrichtiger Aufarbeitung scheinen bis heute nicht alle Akteure ein Interesse zu haben. Alexander Funk, CDU-Fraktionschef im saarländischen Landtag, sagte mit Hinblick auf mögliche Pannen bei Polizei und Verfassungsschutz, man müsse jetzt nicht groß auf Fehlersuche gehen. Die Aufbewahrungsfrist vieler der ungeklärte Brandanschläge betreffenden Akten läuft gegenwärtig ab. Als Dennis Lander (Linke) im Innenausschuss des Landtags darauf hinwies, dass das Schreddern der Dokumente tunlichst zu unterbinden sei, wurde ihm vom saarländischen Verfassungsschutz eine Klage angedroht.

Dabei gibt es gerade hinsichtlich der damaligen Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz noch viel aufzuarbeiten. Wohl auch deshalb werden Forderungen nach der Einsetzung eines öffentlichen Untersuchungsausschusses und die Offenlegung der Akten im Fall Samuel Yeboah laut – bereits im August 2020 stellte die Antifa Saar/Projekt AK in einer Pressemitteilung fest: »Bei den jetzigen Verlautbarungen der saarländischen Behörden handelt es sich um Floskeln, die uns bereits aus dem NSU-Skandal bekannt sind. Dort dienten diese dazu, Verstrickungen von Polizei und Geheimdiensten mit terroristisch agierenden

rechten Gruppierungen zu verschleiern.« Dass Sicherheitsbehörden den Schutz ihrer Quellen und Informanten offenbar über die Strafverfolgung stellen – auch bei Mord –, das hat sich spätestens im NSU-Prozess herausgestellt. Die versprochene »lückenlose Aufklärung« im NSU-Komplex blieb bekanntermaßen bis heute aus.

In der öffentlichen Auseinandersetzung spielte zudem die Perspektive der Betroffenen kaum eine Rolle. Im Saarland wird es sich, das deutet sich an, ähnlich verhalten. Die Angehörigen Samuel Yeboahs oder die überlebenden Opfer werden in die Planung der Gedenk- und Mahnmale erst gar nicht miteinbezogen. Weder zu den einen noch zu den anderen hat die Stadt Saarlouis noch Kontakt.

Auch ist unklar, ob die Familie und die Überlebenden des Brandanschlags über die Wiederaufnahme der Ermittlungen überhaupt informiert wurden. Zur Korrespondenz mit Zeugen, Betroffenen oder Verdächtigen könne man grundsätzlich keine Auskunft geben, so Markus Schmitt, Sprecher der Bundesanwaltschaft.

Quellen:

- »Rassismus in der »Festungsstadt«, *taz* vom 26.09.1991.
- »Radikale Jugendliche demolieren Polizeiauto«, *Saarbrücker Zeitung* vom 16. Juli 1997.
- »Klima der Angst«, *Saarbrücker Hefte* 122.

saarbrücker hefte *Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft*

Mit einem Abonnement oder einer Spende an die Saarbrücker Hefte unterstützen Sie unsere Arbeit und sorgen für Pressevielfalt in der Region!

Nach Eingang Ihrer Spende bei uns (Verein Saarbrücker Hefte e.V., IBAN DE76 5905 0101 0078 1819 14, Sparkasse Saarbrücken, Verwendungszweck: »Unterstützungsfonds«) erhalten Sie (ab 20 EUR Spende) eine Spendenquittung, die Sie dem Finanzamt vorlegen können.

Der Verein Saarbrücker Hefte e.V. ist als gemeinnützig anerkannt.



Spenden per paypal

Es entwickelt sich zum Ritual wie zur ikonischen Pose gleichermaßen: Uwe Conradt (CDU), Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, wie er sich mit größter Ernsthaftigkeit Aufklebern an Laternenmasten widmet. Uwe kratzt selbst, Uwe beobachtet städtische Angestellte beim Kratzen. Nie weit weg: Die Kamera. Auf plakative Selbstinszenierung legt der Oberbürgermeister seit Amtsantritt Wert.

Es geht indes auch ums Stadtbild. Wo Innenstädte überwiegend gleichförmig aussehen, tobt der Konkurrenzkampf: Die Schaffung einer eigenen, städtischen Identität beschäftigt viele Kommunen. Gerade in Haupt- und Großstädten dienen Kulturelemente als Unterscheidungsmerkmale: Stararchitekturen, Subkulturen, Events. Ob die derzeit propagierte »Glückswoche« diesem Ansinnen dienlich ist, darf bezweifelt werden. Erfolgsversprechender sind da Konzepte wie der Artwalk oder, auf Landesebene, die Urban Art Biennale. Der Umgang mit KünstlerInnen aber ist, wie unten ausgeführt, mindestens zweifelhaft.

Broken Windows?

»Saarbrückerinnen und Saarbrücker haben in der Dunkelheit oft Angst, gehen nur zusammen raus oder bleiben aus der City fern. Graffiti an den Wänden, Aufkleber an Laternenmasten, Kaugummis auf dem Boden, immer wieder liegt auch Müll herum.«, beklagte der jetzige OB schon im Wahlkampf und konstruiert damit einen Zusammenhang, der an die Broken Windows-Theorie erinnert. Die ist eines der populärsten kriminalpolitischen Modelle und dient vorrangig der Legitimierung von Präventionsmodellen und sogenannter

»Null-Toleranz«-Politik. Klar, dass der CDU das zusagt. Eine kaputte Fensterscheibe steht, ähnlich wie Graffiti, als Synonym für Unordnung im Stadtteil. Und Unordnung verursacht Furcht. Die zerbrochene Fensterscheibe, die sofort repariert werden müsse, um Kriminalität im Stadtteil zu verhindern, ist jedoch ein zu verkürztes Bild, das die Ansprüche einer brauchbaren Kriminalitätstheorie nicht erfüllt.

Die 1982 geprägte Annahme enthält schon im Ursprung eine Vielzahl diskriminierender normativer Aussagen. Die Fensterscheibe bildet nur ein (harmloses) Symbol für die wahren Quellen der Furcht – Menschen: Und zwar »nicht unbedingt gewalttätige oder kriminelle Personen (...), sondern solche mit schlechtem Ruf, lärmender Aufdringlich- oder Unberechenbarkeit: Bettler, Betrunkene, Süchtige, randalierende Jugendliche, Prostituierte, Herumhängende und psychisch Kranke.« Auch die aber gehören, so sehr es Uwe Conradt oder manch' Bürgerinitiative stört, zur Stadt.

Der CDU ist ein vages »Sicherheitsgefühl« traditionell wichtiger als wirkliche – auch sozioökonomisch zu begreifende – Sicherheit. Daher entgeht ihr der primäre Schwachpunkt des Broken-Windows-Ansatzes: Strukturelle Änderungen in Städten führen zwar zu einer Reduzierung von Straftaten mit materiellen Schäden, aber die Zahl der Straftaten mit Personenschaden wird durch solche Maßnahmen eben nicht verändert. Andere Kriminalitätstheorien setzen nicht auf den Faktor Unordnung, sondern auf handfestere Daten wie Wohndichte, Einkommen oder Bevölkerungsfuktuation. Entscheidend, so der Konsens, scheint soziale Kontrolle zu sein: Wichtig sei, dass die Menschen sich mit ihrem Stadtteil identifizierten und ihn selbst kontrollierten.



Wem gehört die Stadt?

Zurück zu den Aufklebern. Sind sie Zeichen des Verfalls? Oder vielmehr eine Spielart nicht-durchkommerzialisierter, städtischer Partizipation? Für zweiteres spricht: Die Broken-Windows-Theorie besteht aus einem Dreischritt. Unordnung – Kriminalitätsfurcht – Kriminalitätsflucht. Der Stadtteil Sankt Johann, meist bereits wenige Tage nach den Anstrengungen städtischer Laternenreinigung wieder mit bunten Stickern dekoriert, steht keineswegs im Verdacht der Wohnflucht, sondern ist hinsichtlich des Wohnraums vielmehr von einem Nachfrageüberhang gekennzeichnet.

Saarbrücken, gerade der innerstädtische Bereich, gentrifiziert sich. Mietpreise steigen, unerschwingliche Eigentumswohnungen sprießen aus dem Boden, der Einzelhandel verändert sich Richtung Holzspielzeug, überteuerter »Backmanufaktur« und Keramik-Bemalung, sozialer Wohnungsbau im Saarland ist seit Jahrzehnten tot. Zwar gibt es einzelne Initiativen, die diese Entwicklung kritisieren, aber niemand stellt die Frage, wem die Stadt nun eigentlich gehört, derart unverblümt wie die, die deren kreative Gestaltung ungefragt in die eigene Hand nehmen. Und das, ohne auf das Image der cleanen Einkaufsstadt, wie sie Conradt vorschwebt, Rücksicht zu nehmen.

Nicht nur Aufkleber und Graffiti, auch bestimmte Personen und Personengruppen stören. Im Wahlkampf um das Bürgermeisteramt wollte sich Uwe Conradt gegenüber der Saarbrücker Zeitung als pragmatischer Macher inszenieren, schlug vor, die Warteunterstände an der Saarbahnhaltestelle Johanneskirche abzumontieren. Wie man 15 Jahre aus dem Bürofenster auf die Szene der sogenannten Randständigen schauen und nicht verstehen könne, dass man einfach diese Unterstände abmontieren müsse, statt nach mehr Polizei zu rufen, ätzte er gegen die damalige Amtsinhaberin Charlotte Britz (SPD).

Inzwischen ist Conradt im Amt, die Unterstände sind noch da, das prekäre Milieu auch. Also alles wie immer? Nicht ganz. Die Szenerie lässt sich jetzt nicht mehr nur beim Blick aus dem Fenster, sondern auch durch das Auge

Weder sauber, noch schöner.
Foto: Laura Weidig

der ausufernden Videoüberwachung beobachten, die auf Betreiben des saarländischen Innenministeriums angebracht wurde. Neu ist auch, dass sich der Unmut örtlicher Bürgerinitiativen jetzt gegen eine CDU-Verwaltungsspitze richtet.

Image ist alles

Der saarländische Lokalpatriotismus blendet unangenehme Phänomene gerne aus: Armut, Drogenmissbrauch, Prostitution, soziale Segregation. Das zeigt sich so reflex- wie beispielhaft, als Spiegel-TV 2019 eine Reportage über »Saarbrooklyn« sendete. Die Stadt, damals vertreten durch Charlotte Britz, legte Programmbeschwerde ein: die Autorin habe keinen Vertreter der Stadt mit den Vorwürfen konfrontiert und journalistische Grundsätze verletzt. Stil und Inszenierung des Beitrags, die exponierte Darstellung erkennbar Suchtkranker lassen sich kritisieren, die gezeigten Probleme aber sind real. Auf sich sitzen lassen wollte man das dennoch nicht: Zur Verteidigung der Landesehre schwang sich die Initiative »I love SB« auf, um mit Buttons ein identitätsstiftendes Zeichen zu setzen – dagegen, dass »ein Privatsender meint, uns im Rest der Republik bashen zu müssen.« Die aus verletztem Heimatstolz generierten Erlöse wurden dem Kältebus und der Tafel gespendet. Immerhin. Zusätzlich erarbeitete man einen eigenen Film, als Kontrapunkt, um Saarbrücken in ein besseres Licht zu rücken. Einer der führenden Köpfe hinter der Kampagne ist Marisa Winter, Mitarbeiterin der Landeshauptstadt und lange Jahre im Stadtmarketing tätig. Ein Imagefilm für die Stadt sei »The other side of Saarbrooklyn« aber keineswegs, versicherte sie dem SR.

Politik für die ganze Stadt?

Wenige Phrasen werden in Bürgermeisterwahlkämpfen häufiger bemüht als die des Bürgermeisters »für die ganze Stadt«. Dennoch dürften sich alle Kandidierenden für derlei Ämter im Klaren darüber sein, wo sich ihr Wahl-Klientel befindet und wie dessen Interessen gelagert sind. Schaut man sich die Wahlergebnisse der Oberbürgermeisterwahlen 2019 an, wird dabei in Bezug auf Aufkleber

und Graffiti eines deutlich: Die Gebiete der Stadt, die vorrangig von der Thematik betroffen sind, das Nauwieser Viertel oder Malstatt und Burbach, sind nicht gerade der Wohnsitz der CDU-Wählerschaft. Die findet sich eher in den dörflich geprägten Außenwahlbezirken, in denen die Laternenmasten das ganze Jahr über so glänzen, dass Spaziergänger fast davon geblendet werden: in Güdingen oder Bübingen etwa.

Im Nauwieser Viertel dürfte das Interesse an der Entfernung von Aufklebern und Graffiti eher gering ausfallen. Genau dort führt die Stadt es aber durch. Der CDU geht es mehr um die konservative dörflich geprägte Wählerschaft, die sich gelegentlich zum Shoppen in die Innenstadt verirrt und sich dort über »Schmierereien« und »Dreck« beklagt. Am Ende vergeht dabei noch die Lust am Einkaufen. Und das ist schlecht. Fürs Geschäft und die nächsten Wahlen.

Offener politischer Widerstand ist kaum zu erwarten

Öffentliche Kritik gibt es kaum. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit, unzählige kommunale Arbeitsstunden dafür aufzuwenden, Aufkleber von Laternenmasten abzukratzen – von Reinigung kann indes nicht einmal die Rede sein, sind die bleibenden Rückstände doch wesentlich unansehnlicher als die bunten Sticker selbst – wurde bislang von den Stadtratsfraktionen nicht gestellt. Auch nicht von SPD und Linken, die sonst regelmäßig die Jamaika-Koalition und die Conradt'sche Amtsführung kritisieren. Lediglich für »Die PARTEI«, bietet die Politik Conradts eine Steilvorlage für satirische Bearbeitung. Auf Anfrage der Saarbrücker Hefte sagt Stadtrat Michael Franke: »Regelmäßig eine Armee loszuschicken, um Laternen von Stickern zu befreien, im Wissen, dass sie kurze Zeit später sowieso wieder beklebt werden, ist offenbar eine Anspielung auf die sagenhafte Figur Sisyphus.«

Im Viertel stimmt man derweil mit den Händen ab: Oft sind die Laternenmasten schon wenige Tage nach der aufwendigen Abkratzen-Behandlung durch städtische Reinigungskolonnen wieder ordentlich bebildert. Was will also das Rathaus mit einer Politik, die so befreit scheint von jeglicher Nachhaltigkeit, bezwecken?

Reine Symbolpolitik

Symbolpolitik muss nichts grundsätzlich Falsches oder reine Pseudo-Politik sein. Das His-sen einer Regenbogenflagge zum Christopher Street Day vor dem Rathaus etwa ist Symbol-politik, für deren Beibehaltung man eintreten sollte. Es stellt sich immer die Frage, welche Botschaften damit verknüpft sind – im Fal-le der Regenbogenfahne Offenheit, Toleranz und ein loses Versprechen auf Schutz und För-derung.

Die Symbolpolitik der Masten-Reinigung hingegen trägt das CDU-Wahlkampfmo-tto »Sicherheit beginnt mit Sauberkeit« vor sich her: Die Stadt demonstriert die Kontrol-le städtischer Institutionen über den öffent-lichen Raum. Allerdings geht es hier um ein Phänomen, das man als Möglichkeit unkom-merzieller Partizipation bezeichnen könnte. Das entspricht nicht unbedingt dem poli-tischen Kurs der CDU. Die Politik richtet sich, durchaus gezielt, gegen eine sichtbare

kreative Szene, die nicht nur auf legitimierte »Freiflächen« zurückgreift, sondern sich auch ohne Zustimmung Uwe Conrads den Raum für ihre Kunst nimmt. Wie sich gezeigt hat, sind nicht einmal dezidierte Freiflächen vor der Intervention durch die CDU sicher.

Dabei hat die CDU einen Koalitionspartner im Stadtrat, der derlei Politik als nicht beson-ders gelungen erachten dürfte, sind doch die BewohnerInnen des Viertels größtenteils ge-nau ihr Wählerklientel: Die Grünen. Die hal-ten sich zum Thema bisher zurück, unterstüt-zen die Linie der Stadt aber zumindest durch Nichtstun. Nur bei der Entfernung der Graf-fiti an der Wilhelm-Heinrich-Brücke war Kri-tik zu vernehmen: Jeanne Dillschneider, Grü-nen-Stadträtin, wagte sich hervor (berief sich dabei allerdings auf ihre Funktion als Spreche-rin der Grünen Jugend) und bezeichnete den Vorgang als »regelrechten Skandal«.

Waterwoman, Foto: *petit comité paris*





Ambivalentes Verhältnis zu Urban Art

Worum ging es? Unter der Wilhelm-Heinrich-Brücke, an den Säulen neben der Berliner Promenade, waren seit 2019 die *waterwomen* der Künstlerin *petit comité paris* zu bewundern. Als eines der ersten explizit feministischen Kunstwerke im städtischen Raum war das Werk exponiert, die weißen, figurativen Malereien ein gern fotografiertes Motiv. Sie entstanden mit ausdrücklicher Billigung der Stadt.

Im November 2020 hat das Straßenbauamt der Landeshauptstadt die legalen Graffiti-Flächen unvermittelt grau überstrichen, nachdem das Innenministerium darauf hingewiesen hatte, dass die Freigabe der Flächen nicht mit den zugrundeliegenden Förderbedingungen übereinstimme. Die Vorgaben der EU erforderten zur Verhinderung von Angsträumen Beleuchtung und helle Bemalung, so die fadenscheinige Begründung. Dabei wurde der dunkle Ort durch die Silhouetten, die wie leichte transparente Kreidezeichnungen anmuteten, erst hell und freundlich. Und Saarbrücken hat sich selbst eines Kunstwerkes beraubt.

Beton, es kommt drauf an was man draus macht.
Foto: Ruth Santos

»In vielen Städten wird Graffiti als ein rein krimineller Akt gesehen, dem nur durch rigorose Verbote zu begegnen ist. Wir sind überzeugt, dass Toleranz und eine von allen Seiten getragene Diskussion der bessere Weg sind«, verkündet die Webseite der Stadt. Davon hat die betroffene Künstlerin, deren Werk ohne jegliche Rücksprache vernichtet wurde, nichts gemerkt. Entwürdigend sei das. Und auch nicht nachvollziehbar: »Es wäre sehr einfach gewesen, mit mir über das Vorhaben zu sprechen, statt mich respektlos zu übermalen«, so *petit comité paris* auf Anfrage der Saarbrücker Hefte.

Dillschneider forderte in dem Zusammenhang, mehr Freiflächen »unbürokratisch« zur Verfügung zu stellen. Und damit begeben sich die Grünen doch wieder auf das Terrain der CDU: Auch die hat – formal – nichts gegen legale Graffiti (von grauer Farbe abgesehen), und will nun prüfen, ob alternative Freiflächen angeboten werden können.

»Urban art« wird im Saarland gerne als Faktor des Tourismusmarketings beworben. Was

aber sagt es über die Kunstkompetenz der Politik, oder die Wertschätzung gegenüber urbaner Kunst generell, wenn einerseits kapitalistisch verwertbare Erscheinungsformen im quasi-musealen Kontext gehypt, hochgelobt und als Tourismusfaktor inszeniert werden, andererseits das Äquivalent auf der Straße ohne Rücksprache überpinselt wird? Urban Art zu institutionalisieren wird im Saarland offenbar als Versuch der Einhegung, und weniger als Anerkennung und Etablierung gedeutet. Auch die grüne Stadträtin Dillschneider wehrt sich mit ihrer Kritik nicht gegen die Aufspaltung in kulturell wertvolle, weil legale Graffiti-Kunst und illegale »Schmierereien«, sie betreibt sie selbst. Eine wirkliche Solidarisierung mit der Saarbrücker Graffiti-Szene müsste deutlicher ausfallen und vor allem auch politische Konsequenzen haben.

Law and Order

Nach einer Sozialforschungs-Studie gehörte Saarbrücken 2018 zu den zwölf Städten mit der bundesweit massivsten sozialen Ungleichverteilung. Es stünde der Stadt gut zu Gesicht, dieses politische Problem anzugehen, statt sich mit Elan auf die bloße Imagepflege zu stürzen. Auf die Frage nach der Sinnhaftigkeit ihres Aktionismus' ließ die Stadt mitteilen, dass man mit gutem Beispiel vorangehe und ein

Bewusstsein für Sauberkeit schaffe. Die Bemühungen seien »auch in Form von Sauberkeitskampagnen nicht zeitlich begrenzt, sondern als eine Daueraufgabe der Kommunen zu sehen,« so die Stadt. Nun kann man sich fragen, weshalb um eine gängige kommunale Aufgabe ein derartiges Gewese veranstaltet wird. Auch die öffentliche Selbstinszenierung zahlen die SteuerzahlerInnen. Wie teuer die von Uwe Conradt veranlassten Aufkleber- und Graffitientfernungen sind, konnte die ZKE zuständigkeitsbedingt nicht mitteilen.

Mit seinem Putzfaible stilisiert sich der Oberbürgermeister als Law-and-Order-Mann, der urbaner Subkultur zugunsten einer gleichförmigen und auf Konsum und Kommerz ausgerichteten Stadt den Kampf ansagt. Damit setzt die Stadtregierung Saarbrückens, einer Stadt, die bereits vor der Corona-Pandemie massive soziale Probleme hatte, einen typisch konservativen und neoliberalen politischen Schwerpunkt. Die Opposition innerhalb und außerhalb des Stadtrates, KünstlerInnen und AktivistInnen werden es in Zukunft nicht leicht haben mit dieser Jamaika-Koalition, in der die Grünen willfährig die Politik der CDU mitbetreiben.

Kunst auf Beton und Papier. Foto: Ruth Santos



Fahren Schulkinder jetzt nach Metz?

Chronik der Zerstörung des Botanischen Gartens in Saarbrücken

Von Sadija Kavgić

Vor fünf Jahren wurde auf Betreiben der saarländischen Politiker von CDU und SPD der Botanische Garten in Saarbrücken zerstört. Dass sie mit ihrer Ignoranz eine wichtige Bildungsstätte und ein Kulturgut des Landes ausradiert haben, begreifen viele bis heute nicht.

Die Tourismuszentrale des Saarlandes hat keinen Zweifel: Ein Botanischer Garten gehört zu den Top-Attraktionen, mit denen sie für einen Urlaub im Saarland werben will. Selbst wenn dieser Garten gar nicht im Saarland, sondern rund 80 Kilometer von der Landeshauptstadt Saarbrücken entfernt in Frankreich liegt. Daher lädt das »Land der grenzenlosen Erlebnisse« die Besucher seiner Tourismus-Webseite dazu ein, die Gewächshäuser, das Rosarium und die Zierteiche des Botanischen Gartens von Metz zu besuchen. So ein schöner Garten ist aber nicht nur für Touristen interessant. Er erfüllt viele andere Funktionen, die mit unserer Ernährung, der Ökologie, dem Artensterben, dem Klimawandel und vielem mehr zusammenhängen. Für saarländische Schulkinder, Studierende und Menschen mit geringem Einkommen ist Metz allerdings schwer zu erreichen.

Der *Jardin Botanique* von Metz spielte für das Saarland schon einmal eine wichtige Rolle. Nach der Gründung der damals zweisprachigen Universität des Saarlandes (UdS) im Jahr 1948 spendeten die Botanischen Gärten der Städte Metz, Nancy und Strasbourg je einen Teil ihrer Pflanzen als Grundstock für den *Jardin Botanique de la Sarre*. Dafür sorgte Professor Claude Arnal, erster Lehrstuhl-Inhaber für Botanik an der UdS. Weil nämlich eine Universität, die etwas von sich hält, auch einen Botanischen Garten unterhält. So ein Garten wird wissenschaftlich geführt – Pflanzen werden mit lateinischen und einheimischen Namen beschildert. Sie werden katalogisiert, und ihre Herkunft wird protokolliert. Historisch gesehen sind botanische Gärten die Keimzelle der Universitäten; einer

der ältesten Uni-Gärten der Welt veredelt seit fast 500 Jahren die Stadt Leipzig und beherbergt auf einer Fläche von 3,5 Hektar etwa 10.000 verschiedene Pflanzenarten.



Jardin Botanique de la Sarre

Der saarländische Botanische Garten befand sich am Rande des Stadtwaldes von Saarbrücken und zierte den Eingangsbereich der Universität des Saarlandes. Auf einer Fläche von 3,2 Hektar lebten mehr als 5.000 zum Teil gefährdete, teils auch geschützte Arten. Um die romantische Teichanlage, das Alpinum, Rosarium und Arboretum sowie die Gewächshausanlage kümmerten sich in Hochzeiten zwei wissenschaftlichen Mitarbeiter, acht Gärtner und einige Hilfskräfte (üblich sind sechs Gärtner pro Hektar). Primär diente der Garten den Lehr- und Forschungszwecken des botanischen Instituts der Uni. Zusätzlich wurde ein Veranstaltungsprogramm für

alle interessierte Menschen, vor allem Schüler und Lehrer angeboten. Vermittelt wurde Wissen aus Botanik und verwandten Fachgebieten wie Geografie, Pharmazie, Ernährungslehre. Besonders mit Wolfgang Stein als Direktor bereicherte dieser Garten das Leben in der Region. Menschen jeden Alters besuchten Veranstaltungen mit so schönen Namen wie »Frühlingsfest mit tropischen Orchideen«. Die Kinder konnten sehen, wie Reis und Vanille wachsen, erfahren, ob eine fleischfressende Pflanze tatsächlich beißen kann und dass Kakao nicht süß ist. GartenfreundInnen konnten live den sonst nur in Nordamerika wachsenden Mammutbaum und das als ausgestorben geltende Rotholz bestaunen. Auch Beratung und praktische Hilfe beim Umtopfen und sogar »Ärztendienst« für kranke Pflanzen wurden angeboten. Keine andere Einrichtung der UdS wurde so oft in der Presse positiv dargestellt: »Dschungelfieber im Gewächshaus«, »Paradiesische Fair-Führung« titelte etwa die Saarbrücker Zeitung.

Masterplan Umweltstandort Reden

Anfang 1997 beschloss die SPD-Landesregierung unter Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine Haushaltskürzungen für die Universität. Es war klar, dass der Botanische Garten nicht mehr aus dem Uni-Etat unterhalten werden konnte. Anstatt aber die Finanzierung dieser einzigartigen Bildungsstätte im Landeshaushalt abzusichern und auszubauen, begann eines der schlimmsten Kapitel saarländischer Sparpolitik. Der Kampf um die Rettung des Gartens sollte fast 20 Jahren dauern.

In dieser Zeit verlor der Botanische Garten sein wissenschaftliches Umfeld. Der für die Erforschung der Pflanzenlehre entscheidende Lehrstuhl der Botanik wurde Ende der 1990er Jahre geschlossen. Die noch existierenden Studiengänge der Bioinformatik, Biologie und Biophysik befassen sich nur am Rande mit der Pflanzenwelt. Gefährdet wurde durch diese Entwicklung nicht nur der Botanische Garten, sondern auch das im weltweiten Index Herbariorum unter der Bezeichnung »SAAR« aufgeführte Herbarium, das Arzneipflanzenmuseum und andere biogeografische und zoologische Sammlungen.

Unter dem Ministerpräsidenten Peter Müller (CDU) entsteht ab Anfang der 2000er

Jahre der »Masterplan Umweltstandort Reden«. Verantwortlich hierfür zeichnet der neue Umweltminister Stefan Mörsdorf. Zusammen mit dem Biologen Andreas Bettinger und anderen Professoren, die in der Arbeitsgemeinschaft für Tier und pflanzengeografische Heimatforschung »Delattinia« versammelt sind, schmiedet Mörsdorf den fantastischen Plan, einen »Leuchtturm saarländischer Natur- und Umweltaktivitäten« zu errichten. In Landsweiler-Reden soll ein Zentrum für Biodokumentation (ZfB) mit angeschlossenem »botanischen Garten mit Wissenschaftscharakter« entstehen.

Anfang 2001 wird Andreas Bettinger als Planer im Umweltministerium angestellt. Zwei Jahre später werden die Uni-eigenen naturkundlichen Sammlungen nach Reden verlagert. Im Jahr 2005 übernimmt das ZfB die Sammlungen des nun aufgelösten Geologischen Museums der Deutschen Steinkohle AG in Saarbrücken.

»Dort entsteht ein planloses Sammelsurium wirrer Ideen rund um vertrocknete Kräuter



und ausgestopfte Rebhühner, garniert mit ein bisschen Ehrenamt an Biomasse-Soße«, kritisiert der umweltpolitische Sprecher der oppositionellen SPD-Landtagsfraktion Ulrich Commerçon das Vorhaben. Er wirft Mörsdorf vor, dieses Zentrum diene nur dem Zweck, »ein gemeinsames Hobby des Ministers mit seinem ehemaligen Geschäfts-Kompagnon aus dem Steuertopf zu finanzieren und gleichzeitig den Ex-Kollegen mit einem gut dotierten Job im Landesdienst zu versorgen«.

Als »unqualifizierte Äußerungen« bezeichnete Professor Rüdiger Mues, der Vorsitzende des Vereins »Delattinia« diese Fundamentalkritik von Commerçon. Die Geschäftsstelle des »Delattinia« befindet sich heute noch im ZfB. Die Verantwortung für das Projekt hat auch unter dem SPD-Umweltminister Reinhold Jost nach wie vor der »Geschäftskompagnon« Bettinger.

Und was passierte mit dem Botanischen Garten?

Auch Wolfgang Stein, der Direktor des Botanischen Gartens, wollte sich an den Planungen zum Naturkunde-Zentrum in Renden beteiligen. Schließlich sollten bald sein und der Arbeitsplatz seiner Mitarbeiter dort hin ausgelagert werden. Erwartet wurden dort 200.000 Besucher pro Jahr.

»[D]ie Idee war ja nicht unbedingt schlecht«, erinnert sich Stein, »auch für uns. Einen noch größeren und besseren Garten? Warum nicht? [...] Also bat ich um Teilnahme in diesem Planungsgremium. Aber hoppla, nein, man wolle mich nicht dabeihaben, hieß es, man wäre schon zu viele. [...] Da läuteten bei mir alle Alarmglocken!« Stein schloss daraus, dass gar kein neuer Garten geplant war, sondern vielmehr die anderen Sammlungen gerettet werden sollten – und zwar auf Kosten des Botanischen Gartens.

Ob Banane, Kaffee oder fleischfressende Kannenpflanze – für Kinder und Erwachsene gab es hier immer etwas zu entdecken und zu lernen. Fotos: Botanischer Garten



Glücklicherweise erhielt die Uni Anfang 2000 mit Margret Wintermantel eine neue Präsidentin. Sie war entschlossen, den Garten zu verteidigen.

»Es wurden uns deren Pläne zur Schließung des Botanischen Gartens an der Uni offengelegt«, so Stein über ein Treffen mit den Ministern Mörsdorf und Jürgen Schreier (Kultur) »Man wolle und brauche drei unserer Planstellen für das Naturkundemuseum in Reden. Ach, Ihr hättet sie sehen soll, wie sie aufsprang und mit wehendem Rock drei Mal um den Tisch lief und immer wieder rief: »Nein, nein, nein, wir behalten diesen Botanischen Garten an der Uni, basta«.

Nach dieser Sitzung muss der Garten trotzdem halbiert werden – Rosarium, Alpengarten und kleine Beete können überhaupt nicht mehr gepflegt werden, die Bäume im Arboretum nur notdürftig. Ein auch mit vielen SPD-Politikern besetzter Förderkreis unterstützt Stein und seine Mitarbeiter in ihrem Bemühen, den Garten zu erhalten. Erste Erfolge sind zu verzeichnen: Die Gewächshausanlage wird modernisiert, Bewässerung und Lüftung automatisiert. Der kleinste aller deutschen botanischen Gärten erfreut sich hoher Besucherzahlen. Es fehlt dem Garten allerdings eine ordentliche Infrastruktur, etwa eine gute Sanieranlage für die Besucher.

Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer und die Große Koalition

Im Saarland regiert nun seit 2012 die große Koalition, Ministerpräsidentin ist Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), Finanzminister Stephan Toscani (CDU), Umweltminister Reinhold Jost (SPD), Bildungsminister Ulrich Commerçon (SPD), Uni-Präsident Professor Volker Linneweber. Die Landesregierung beschließt weitere einschneidende Kürzungen für die Uni. Dies bedeutet im März 2016 das endgültige Aus für den Botanischen Garten.

Die öffentliche Empörung nicht nur im Saarland ist groß. 90 Botanischen Gärten aus ganz Deutschland schließen für einen Tag als Zeichen des Protests ihre Pforten. Die Linken und die Grünen im saarländischen Landtag fordern den Erhalt des Botanischen Gartens. Die SPD, die nun in der Landesregierung sitzt, hat alle ihre Versprechungen vergessen und lehnt, zusammen mit der CDU, eine weitere Finanzierung des Gartens von Seiten des Landes ab.

»Die Schließung des Botanischen Garten der Universität in Saarbrücken zum 1. April 2016«, urteilt Professor Maximilian Weigend als Präsident des Verbandes der Botanischen

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung bezeichnete die Schließung des Botanischen Gartens in Saarbrücken als »eine kultur- und wissenschaftspolitische Barbarei«, FAZ vom 23. März 2016.



Gärten Deutschlands, »ist eine Blamage für das Land, die Stadt und die Universität«.

Geschlossen wurde auch das Arzneipflanzenmuseum. Die 1.500 Heilpflanzen aus aller Welt wurden an das Museum der Firma Merck zurück gespendet. Es blieb nichts anderes übrig als Tausende an Pflanzen zu »entsorgen«. Kein anderer Botanischer Garten wollte nämlich durch die Übernahme dieser Pflanzen in die eigenen Bestände von der Schließung profitieren. Einige wertvolle Pflanzen wurden bald gestohlen. Schließlich wurde eine Versteigerung der Pflanzen organisiert. An diesem letzten Tag gab es viel Gedränge mit manchen unschönen Szenen. Das Saarland wurde nun das einzige Bundesland ohne einen Botanischen Garten.

Europa-Garten der Weltkultur

Aber Wolfgang Stein gibt nicht auf. Er hat auf Facebook einen Online-Garten erschaffen und hat zurzeit über 37.000 AbonenntInnen. Sein Anliegen: die Politiker daran erinnern, dass Bildung ein Menschenrecht und Staatsauftrag ist:

»Die Saarländer haben das Recht auf einen Botanischen Garten und es ist eine Pflicht denen das zu ermöglichen. Gerade eine Bildung über die Belange der Natur aller Klimazonen wäre in einer Zeit des großen Artensterbens und Klimawandels besonders von Nöten. Die Pflanzen sind unsere Nahrung, unsere Medizin, ohne sie können wir nicht atmen«, sagt er und betont: »In Zukunft wähle ich nur die Partei, die wirklich Acht auf die Natur gibt.«

Mit seiner FB-Community träumt er von einem neuen Botanischen Garten im Saarland. Ein Garten der Kulturen Europas, kofinanziert von der EU. Ein großes Projekt, bei dem nicht gespart wird, denn so ein Garten ist, wie man an Metz sieht, ein touristischer Magnet.

»Jedes mitwirkende Land oder Region könnte einen eigenen Gartenbereich haben, den sie selbst betreut. In einem großen zentralen Gewächshaus werden Kulturveranstaltungen gemacht, Tänze, Lesungen, Musikabende. Mittendrin viel Platz, auch für Bestuhlung, rundum tropische Pflanzen, Wasserfall, Musik, ein Sternekoche, der sich einmieten kann, Restaurant durch Glasscheibe, wo dann die Honorationen der Sparkasse dinieren

können – das wird dann sehr teuer. Und dann, mit diesem Geld dürfen die Kinder morgens kostenlos rein«, so sein Traum.

Als idealer Ort gilt der Deutsch-Französische Garten (DFG), wegen seiner Beliebtheit und seiner guten Infrastruktur. Der DFG steht unter städtischer Verwaltung und unterliegt dem Denkmalschutz. Das Gelände ist 50 Hektar groß, und ein paar Gewächshäuser würden seine Attraktivität enorm steigern. Aber auch der alte Standort an der UdS mit benachbartem Wildpark und Sportanlagen des Landessportverbandes (LSVS) bietet sich an.

Ein politisches Bekenntnis

Die Schließung des Botanischen Gartens im Jahr 2016 wurde mit Sparzwängen begründet. Eine lächerliche Ausrede angesichts der in den vergangenen 20 Jahren im Saarland großzügig ausgegebenen Millionen Euros an öffentlichen Geldern. Sei es die Fischzuchtanlage in Völklingen (20 Mio. Euro und ein Untersuchungsausschuss), der Erweiterungsbau des Saarland Museums (40 Mio. Euro und ein Untersuchungsausschuss), das Ludwigsparkstadion (bislang 46,5 Mio. Euro), die Renovierung der Scheune Neuhaus für 1,7 Mio. Euro, der LSVS und die Hermann Neuberger Sportschule (bisher 47 Mio. Euro Defizit und ein Untersuchungsausschuss). Wie viel Geld in Landsweiler-Reden schon verausgabt wurde, ist nicht bekannt.

Die Schließung des Botanischen Gartens ist ein Trauerspiel der saarländischen Politik. Ohne Not wurde ein kulturelles Erbe des Landes zerstört und die Bevölkerung um ein wichtiges Bildungs- und Freizeitangebot gebracht. Lediglich die Linke und die Piraten äußerten sich positiv auf unsere Frage an alle Parteien, ob sie einen Wiederaufbau des Botanischen Gartens befürworten. Die anderen werden wohl nach Metz fahren.

Abschiebung nach Lebach

Überraschender Umzug der Ausländerbehörde

Von Bernhard Dahm

Seit dem 1. Januar 2021 ist die Ausländerbehörde in Saarbrücken geschlossen. Stattdessen gibt es im Saarland nur noch eine einzige, in Lebach angesiedelte und für aufenthaltsrechtliche Fragen zuständige Stelle. Von Seiten des für die Schließung zuständigen Innenministeriums wird die Zusammenlegung der beiden Verwaltungseinheiten mit Effizienzsteigerung, der Optimierung von Arbeitsabläufen, dem Abbau von Doppelstrukturen und Synergieeffekten begründet. Die Maßnahme diene dazu, Ausgaben des Landeshaushaltes zu reduzieren.

Bis zum Schluss wurde von Seiten des Ministeriums und der Behörde hinsichtlich der Schließungspläne Stillschweigen gewahrt, die Maßnahme kam daher für die Betroffenen, ebenso wie für die Öffentlichkeit, vollkommen überraschend. Von einem Tag auf den anderen kamen an die Behörde gerichtete Schreiben mit dem postalischen Vermerk, der Empfänger sei unter der angegebenen Adresse nicht zu ermitteln, an den Absender zurück. Nachsendeanträge hatte die Behördenleitung nicht veranlasst. Betroffene erhielten noch Mitte Dezember 2020 Post aus Saarbrücken, mit der Aufforderung, zu einer beabsichtigten belastenden Maßnahme bis Anfang 2021 eine Stellungnahme abzugeben, ohne dass für nötig befunden wurde, mitzuteilen, dass diese Stellungnahme ab dem 1. Januar 2021 nach Lebach zu senden sei. Selbst in ständigem Kontakt mit der Behörde stehende Rechtsanwälte erhielten keine Benachrichtigung bezüglich der Änderung. Und noch bis Mitte Januar war auf der offiziellen Homepage der Behörde die Saarbrücker Adresse angegeben. Erst danach

konnte man aus den Medien erfahren, was an Tatsachen geschaffen worden war. Ende Mai versandte die Behörde noch immer Schreiben unter Angabe der Saarbrücker Adresse. Sehen so Effizienzsteigerung und die Optimierung von Arbeitsabläufen aus?

Schon 2008 war von der damaligen Saarländischen Landesregierung unter Peter Müller eine Umstrukturierung der Ausländerbehörden durchgeführt worden. Gab es bis dahin acht Behördensitze in den Landkreisen, im Regionalverband und der Landeshauptstadt Saarbrücken, waren es dann nur noch zwei, nämlich in Lebach und in Saarbrücken. Saarbrücken war für MigrantInnen aus der Landeshauptstadt, dem Regionalverband Saarbrücken sowie aus dem Saarpfalz-Kreis zuständig, wohingegen die in Lebach ansässige Behörde für die Betroffenen aus den anderen Landesteilen des Saarlandes Regelungs- und Entscheidungskompetenz bekam. Begründet wurde die damalige Maßnahme damit, dass Kosten in Höhe von 20 Prozent eingespart werden könnten. Seinerzeit gingen Kritiker davon aus, dass mit der Neustrukturierung neben Einsparungen auch die rechtspolitischen Vorstellungen der Landesregierung in ausländerrechtlichen Fragen durchgesetzt werden sollten – via Weisung des Innenministeriums zu Lasten der Betroffenen. Und in der Tat kann davon ausgegangen werden, dass der vorhandene Spielraum von MitarbeiterInnen der einzelnen Ausländerbehörden bei der Auslegung von Vorschriften ausgehebelt werden sollte. 2007/2008 wurde prognostiziert, dass es nach der Umstrukturierung für die betroffenen Menschen schwieriger werden würde,

ihre Belange wahrzunehmen, wobei, durch Aufgabe wohnortnaher Behörden, auch absehbar war, dass die Betroffenen nunmehr weite Wege auf sich nehmen müssten, um Aufenthaltsfragen abzuklären.

Bereits mit der damaligen Strukturreform entfernte sich die Saarländische Landesregierung vom Konzept einer bürgernahen Verwaltung, die es Bürgern ermöglicht, ihre Rechte effektiv wahrzunehmen. Stattdessen wurden und werden die Betroffenen mit der Zentralisierung von Behörden immer mehr zu Objekten staatlichen Handelns. Im Saarland trifft dies nicht nur für Flüchtlinge und ZuwandererInnen zu: Aus Kostenersparnisgründen wurden am 1. April 2018 die Arbeitsgerichte in Neunkirchen und Saarlouis aufgelöst und mit dem Arbeitsgericht Saarbrücken zum Arbeitsgericht Saarland mit Sitz in Saarbrücken fusioniert. Und auch die Saarländischen Amtsgerichte sind inzwischen nur noch für bestimmte Rechtsgebiete, statt bisher allgemein, zuständig. Konnte man früher Klagen wohnortnah bei Gericht einreichen, muss man heute darauf achten, dass die Klage bei dem für das betreffende Verfahren speziell zuständigen Gericht anhängig gemacht wird. Wer seine Interessen wahrnehmen will, muss im Saarland unter Umständen lange Wege auf sich nehmen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass so auch erreicht werden soll, dass so mancher Bürger in Zukunft davon absieht, eine streitige Rechtsfrage gerichtlich klären zu lassen.

So müssen denn auch in der Landeshauptstadt Saarbrücken, im Regionalverband sowie im Saarpfalz-Kreis lebende MigrantInnen in Zukunft nach Lebach fahren, um dort die für sie zuständige Behörde aufzusuchen. Allein in Saarbrücken wohnen 37.739 von insgesamt 112.000 im Saarland lebenden Einwanderern, also ca. 30 Prozent der landesweit vorhandenen Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund. An den sechs Hochschulen der Landeshauptstadt studieren 4.500 Menschen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Zudem gibt es an den Hochschulen zahlreiche WissenschaftlerInnen, die von Zeit zu Zeit ihre Aufenthaltsangelegenheiten regeln müssen. Ihnen allen wird angesonnen, hierzu nach Lebach zu fahren. Und dies mit dem im Saarland bekanntlich schlecht ausgebauten und im Übrigen teuren öffentlichen Personennahverkehr, sofern man denn nicht motorisiert ist.

Und so wird es gerade für Menschen mit geringem Einkommen zu einer finanziellen Herausforderung, die eigenen Angelegenheiten zu klären. Zumal es oftmals nicht bei einem Termin bleibt, da immer wieder die Vorlage weiterer Unterlagen verlangt wird, ohne dass erkennbar wäre, warum den Betroffenen nicht schon im Vorhinein mitgeteilt wird, welche Unterlagen insgesamt einzureichen sind. Stattdessen müssen die Betroffenen immer wieder anreisen, um die von ihnen abverlangten Belege und Unterlagen abzugeben. Noch einmal: Sehen so Effizienz und die Optimierung von Arbeitsabläufen aus?

Letztlich stellt sich die Frage, ob die Saarländische Landesregierung bzw. das hiesige Innenministerium selbst an das glauben, was sie als Begründung für ihre Schließungs- und Rationalisierungsmaßnahmen angeben. Die Bearbeitungszeiten für bei der Ausländerbehörde bzw. bei den Gerichten anhängige Verfahren werden immer länger. Überall fehlt es am erforderlichen Personal, um Verfahren zeitnah zu erledigen. Es fehlen RichterInnen ebenso wie StaatsanwältInnen, RechtspflegerInnen, Beschäftigte auf den Geschäftsstellen der Gerichte und eben auch bei der Ausländerbehörde. So liegt z.B. nach der Stellung eines Antrages bei der Ausländerbehörde nach über einem Jahr oftmals noch keine irgendwie geartete Reaktion vor, geschweige denn eine Entscheidung. Aufgrund von Personaleinsparungen und Stellenstreichungen bei Verwaltung und Gerichten zur Sanierung des Landeshaushaltes sehen sich die weiterhin Beschäftigten nicht in der Lage, anfallende Arbeit in einem vernünftigen Zeitrahmen zu erledigen. Es liegt auf der Hand: Mit Personaleinsparungen und Stellenstreichungen können keine Effizienzsteigerungen erreicht werden. Auch wenn der Staat zu einer verantwortungsbewussten Ausgabenpolitik und zur Minimierung von Schulden verpflichtet ist, darf dies nicht dazu führen, dass es zu Demokratie-Defiziten kommt. Dies aber ist der Fall, wenn es den BürgerInnen schwer gemacht wird, ihre Interessen wahrzunehmen.

Fairer Handel im Saarland

Ist eine bessere Welt käuflich?

Von Gertrud Selzer

Die Theorie ist klar: Der Faire Handel verbessert die Welt sozial und ökologisch, verschafft Menschen im globalen Süden ein besseres Auskommen und ermöglicht es im Norden allen, per Einkaufskorb mitzumachen. Einkaufen verändert die Welt; eine bessere Welt ist käuflich. Die Idee entstand Anfang der 1970er Jahre und entwickelte sich weiter. In Anlehnung an den Prager Frühling unter Alexander Dubček, der einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« anstrebte, könnte man sagen, dass der Faire Handel einen fairen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz verspricht. Während der Prager Frühling scheiterte, ist der Faire Handel noch on the road.



Foto: Aktion 3. Welt Saar e. V., Alexandra Koehler

Allerdings wirkt die Praxis eher wie eine angelaufene Brille. Manches von der Gründungs-idee ist erhalten geblieben, manches hat man als politischen Ballast entsorgt, weil es beim Kaufen stört. Dazu gehört beispielsweise die Distanz zu Gewerkschaften, wenn der Transfair e.V. etwa Lidl und Starbucks das gleichnamige Siegel gegen gutes Geld verkauft, während diese Firmen Gewerkschaften mobben, Gründungen von Betriebsräten erschweren und sich, zu Recht, den Vorwurf des Fairwashings einhandeln. Auch im Saarland gibt es verschiedene Akteure im Fairen Handel: Weltläden, Kirchengemeinden, entwicklungspolitische Gruppen, Schulen und Kommunen.

Damals, als alles begann

Prägend für das Entstehen der Fair-Handels-Bewegung waren, 1970, Bilder von hungrigen Kindern in dem heute zu Nigeria gehörenden, kurzzeitig unabhängigen Staat Biafra. Diese Bilder lösten Empathie aus, was nicht die schlechteste Eigenschaft ist. Gekoppelt mit dem 1968er Impuls, die Welt zu verändern und vor dem Hintergrund des brutalen Vietnamkrieges der USA führten kirchliche Gruppen in Westdeutschland so genannte Hungermärsche durch, mit denen Geld »für die Hungernden im Süden« gesammelt wurde. Gleichzeitig entwickelten katholische und evangelische Verbände die Idee der »Politik mit dem Einkaufskorb«. Die ersten Weltläden entstanden, sowie 1972 die nicht kirchlich geprägte Importorganisation El Puente und, 1975 aus den zwei Kirchen heraus, mit der »gepa«, die »Gesellschaft zur Partnerschaft mit der Dritten Welt«.

Der Faire Handel war geboren. Und er hatte mit Verkauf und Politik (Bildung) zwei Standbeine, wie später die Grünen, die sich als ParlamentarierInnen wie als außerparlamentarischen Opposition sahen. Bei beiden verkümmerte das zweite Standbein.

Parallel gab es in den 1970er und 1980er Jahren vier prägende Konsumkampagnen, mit denen die Welt in Gut und Böse eingeteilt wurde und die allesamt sofortige Erlösung versprochen:

1. Der Aufruf des südafrikanischen ANC (African National Congress) unter Nelson Mandela, keine Früchte der Apartheid zu kaufen.
2. Der Nestlé Boykott: Nestlé versprach afrikanischen Müttern gesunde Kinder, wenn sie diese, statt zu stillen, mit Milchpulver fütterten. Weil das zur Zubereitung nötige Wasser oft verschmutzt war, starben Babys.
3. «Jute statt Plastik»: Der Slogan wird zwar gerne als antiquiert und als das moralinsaurere Werk von Hippies abgetan, er war aber angesichts der heutigen Diskussion um Mikroplastik in den Meeren seiner Zeit voraus.
4. Nicaragua Kaffee: Die linkssozialdemokratischen Sandinisten stürzten 1979 den von den USA gesponsorten Diktator Somoza. Fortan galt »ihr« Kaffee in den 1980ern Jahren als das Aushängeschild des Fairen Handels. Dass die Befreiung »in den Staat hinein« letztlich in einem menschenrechtlichen Fiasko endete und die Sandinisten unter Daniel Ortega heute nur noch eine Karikatur ihrer selbst sind, ist bittere Realität, aber nicht dem Fairem Handel anzulasten.

Letztlich platzierte sich der Faire Handel in einem Nach-68er Umfeld, das von innerlinken Theoriedebatten und Richtungskämpfen bestimmt war, innerhalb derer ständig das »letzte Gefecht« von den »stärksten der Parteien« geführt wurde, als seriöse Alternative, aus der Mitte der Gesellschaft und in diese hinein wirkend.

Für das Saarland relevant waren:

- 1979 Gründung der gepa Regionalstelle in Saarbrücken im evangelischen Haus der Kirche, die 1991 aus Kostengründen

aufgelöst wurde. Danach existierte bis 2017 in Burbach als Genossenschaft das Fair-Handels-Zentrum Südwest, in dem Weltläden und Aktionsgruppen einkauften.

- Seit Anfang der 1980er Jahre gründeten sich Weltläden, in Dillingen, 1982 in Losheim, 1985 in Saarlouis, 1990 in Saarbrücken, 1992 in Homburg, 2009 in St. Ingbert. In einem Protokoll der »AG Regionaltreffen Aktion 3. Welt Handel« von 1984 wurden acht angegeben; 1991, in einer Broschüre des Wirtschaftsministeriums, 12.
- Seit 1981 findet der Solidaritätsbasar im VHS Zentrum Saarbrücken statt.
- 1988 bis Mitte der 1990er Jahre existierte auf Initiative der Aktion 3. Welt Saar e.V. die »Koordination der saarländischen 3. Welt Gruppen« mit 25 Gruppen. Von dort kam der Anstoß, Landesmittel für 3. Welt Gruppen im Saarhaushalt einzustellen (1989: 30.000 DM). Seit 1998 gibt es das Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland.
- Von 1998 bis 2019 fand 21-mal der Allerweltsbasar in der Fellenbergmühle Merzig statt.

»The times, they are a-changin'« (B. Dylan)

Der Faire Handel durchlief bis heute grundlegende Veränderungen: Je nach eigenem Standpunkt kann man diese lobend als Professionalisierung betrachten oder kritisch als Anpassung von Design und Produktauswahl an den europäischen Markt. Die Zahl der Weltläden stieg von 100 im Jahr 1975 auf heute 900 an, die teilweise im Weltladen-Dachverband zusammengeschlossen sind. Dieser bietet mit seiner »Konvention der Weltläden« eine Richtschnur bei der Auswahl von FH Importeuren. Auch in 30.000 Supermärkten gibt es einzelne faire Produkte. Dem voraus ging seit Anfang der 1990er Jahre eine Debatte über das Pro und Contra.

1992 trat mit Transfair e.V. eine Siegelorganisation auf den Plan, die bis heute für Diskussionen sorgt. Das Erfolgsrezept: Man verkauft ein Siegel, welches es auch Discountern ermöglicht, sich als Fair-Handels-Akteur zu präsentieren. 2019 nahm Transfair e.V. 20 Mio € Siegelgebühr ein und beschäftigt über 60 Hauptamtliche inklusive einer



Im Saarland gibt es aktuell in folgenden Orten Weltläden: Brebach, Dillingen, Homburg, Losheim am See, Saarbrücken, Saarlouis, St. Ingbert, St. Wendel. Sie sind unterschiedlich aufgestellt. Hinzu kommen noch Aktionsgruppen. Foto: Aktion 3. Welt Saar e. V., Alexandra Koehler.

PR-Abteilung. Motor des Erfolges ist die Aufweichung der Fair-Handels-Standards. Das Siegel trifft eine Aussage zum Produkt, aber keine zur Nachhaltigkeit des Unternehmens. Als Konsequenz verwenden gepa, El Puente u.a. dieses Siegel nicht mehr und verweisen auf ihre anspruchsvolleren Kriterien. Transfair e.V. tritt – vermutlich nicht unbeabsichtigt – als prägender Fair-Handels-Akteur auf und wirkt als Monopolist. Der Vorwurf des Fairwashings bezieht sich auf den Verkauf des Siegels an Starbucks und Lidl, deren ruppiger Umgang mit Gewerkschaften bekannt ist. Im Saarland ist die Fairtrade Initiative Saar offizieller Partner von Transfair e.V., der unter dem Namen Fairtrade Deutschland auftritt und Kommunen in Deutschland bei Erfüllung einiger weniger Kriterien als Fair Trade Town auszeichnet. Das »Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung« vergibt seit 2003 den Titel »Hauptstadt des Fairen Handels«, den Saarbrücken 2015 erhielt.

Auf staatlicher Ebene entwickelte sich von Bundes- über Länder- bis hinunter zur kommunalen Ebene ein ganzes Spektrum an Fair-Handels-Akteuren, für die mehrere 1.000 neue Stellen geschaffen, Förderprogramme

aufgelegt wurden, womit man dem Fairen Handel den Status eines Projektes zur Weltrettung verlieh. Problematisch dabei ist, dass sich der Staat eine eigene Zivilgesellschaft schafft, in der sich alle – einer Filterblase gleich – gegenseitig bestätigen. Hier werden nonstop Texte sowie Veranstaltungen produziert und eine einheitliche Sprache festgelegt. Ehrenamtliche in Weltläden haben es schwer, diesem Output zu folgen. Vielleicht ist auch Misstrauen angesagt, wenn Hauptamtliche langjährige Ehrenamtliche koordinieren möchten, die dies im Grunde genommen selbst tun können. Ob die Ankündigung der CDU/SPD Koalition, das Saarland zum fairen Bundesland zu machen, mit oder ohne Transfair e.V. stattfinden soll, ist strittig.

Mit zu dieser Entwicklung gehört, dass sich Fair-Handels-Akteure – von Ausnahmen abgesehen – aus politischen Konflikten heraushalten. Sie fehlen, wenn Geflüchtete gegen Abschiebungen kämpfen, sich Milchbauern und -bäuerinnen für bessere Preise einsetzen, Angestellte bei Lidl oder Starbucks für gewerkschaftliche Rechte kämpfen, sich Frauen gegen islamistische Zumutungen wehren oder sich Menschen gegen Armut in Deutschland engagieren.

Gibt es einen fairen Fairen Handel?

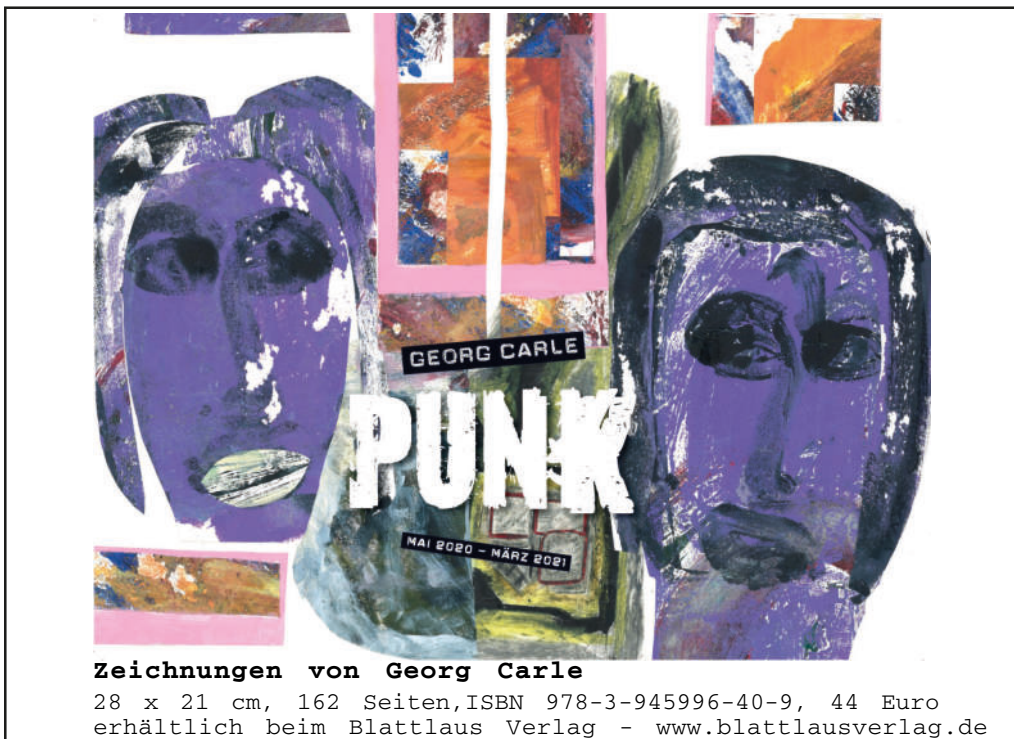
Wenn man sich von der weitverbreiteten Annahme befreit, dass eine bessere Welt durch Umsatzsteigerung käuflich ist, lassen sich in Nischen sehr wohl Impulse setzen. Für die PartnerInnen im Süden ist der Faire Handel ein individueller Weg zu einem besseren Leben. Manchmal verbleibt die Wertschöpfung nicht nur bei Kunsthandwerk im Ursprungsland, sondern auch bei innovativen Lebensmittelprojekten. Beispielsweise wenn Kaffee und Kakao im Land angebaut, verarbeitet und verpackt werden. Dazu gehört der Beschluss der WFTO (World Fair Trade Organization) von 2018, Fairen Handel auf Europa auszuweiten.

Der Faire Handel kann einigen Ausgebeuteten im Süden (und Norden) mehr Teilhabe ermöglichen. Und er macht Sinn, weil Menschen mit ihm in einer Welt der Konkurrenz, in der der Ellbogen des Ichs mehr zählt als das Wir, anderen Empathie entgegenbringen.

Was ist der Faire Handel?

Eine »Handelspartnerschaft, die auf Dialog, Transparenz und Respekt beruht und nach mehr Gerechtigkeit im Internationalen Handel strebt.« Ziel ist, dass die ProduzentInnen im Süden mehr Geld für ihre Produkte bekommen, der Zwischenhandel reduziert wird, langfristige Verträge geschlossen werden, soziale Belange berücksichtigt werden und hier informiert wird.

Ohne aber sich Gedanken zu machen, wie der Anspruch auf Gerechtigkeit politisch umzusetzen ist und ohne selbst daran »zu bauen«, bleibt der Faire Handel eine symbolische Tat. Ähnlich wie Biolandwirtschaft ist er keine Alternative jenseits des Kapitalismus und dem damit verbundenen Wachstumszwang. Eine bessere Welt und ein besseres Leben gibt es nicht im Ladenregal, sondern nur, wenn wir politische Veränderungen herbeiführen.



Zeichnungen von Georg Carle

28 x 21 cm, 162 Seiten, ISBN 978-3-945996-40-9, 44 Euro
erhältlich beim Blattlaus Verlag - www.blattlausverlag.de

»Einfach der schönere Tesla!«

Von Werner Ried

»Einfach der schönere Tesla!« So kommentierte ein Kunde aus der Warteschlange am Samstagmorgen vor der Bäckerei mein Lastenfahrzeug: Voll beladen mit Getränkekisten fahre ich mit meinem neuen Muskelkraft- und Ökostrom-Gefährt vor und geselle mich in den Reigen der überraschten Maskenträger. Doch es bleibt nicht lange bei ungläubigen Blicken auf mich und das bunte Lastenpedelec. Über die Masken hinweg entfalten sich Gespräche.

Auch unterwegs vernehme ich immer wieder Erstaunen und Kommentare: »Ist ja gar nicht der Briefträger!« In den Getränkemarkt darf ich sogar hineinfahren. Das erspart mir umständliches Umladen auf das Wägelchen, das die Pkw-Fahrer mühselig be- und entladen müssen. Überall stelle ich fest: So ein Lastenrad ist ein Sympathieträger. In Städten wie Berlin und Frankfurt ist es schon Alltag – im Saarland noch eher ein Hingucker. Das ändert sich langsam. Denn nicht nur in meinem sechsköpfigen Haushalt haben wir das Auto abgeschafft. Viele Menschen sehnen sich Umfragen zufolge nach weniger Abhängigkeit vom Auto. Sie wollen mehr Platz in den Städten, weniger Lärm, Gestank, Parkraum und dafür mehr Sicherheit, Entschleunigung und Aufenthaltsqualität im Straßenraum.

Da passt es hervorragend, dass die öffentliche Verwaltung im Saarland neue Wege beschreitet. Die Landesregierung und viele Kommunen schaffen zunehmend Alternativen zum Auto, und die BürgerInnen fangen an zu erkennen, dass der eigene Transport nicht unbedingt vom Besitz eines Pkws abhängig sein muss.

2.000 Euro Zuschuss

Allen voran bietet das saarländische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr jetzt Fördergelder. Beim Kauf eines Lastenrades können bis zu 50 Prozent Zuschuss vom Land fließen, maximal jedoch 2.000

Euro. Angesichts der »Kleinwagen-Preise« ist das für so ein elektrisch unterstütztes Lastenpedelec nicht schlecht. Diese »Förderung der nachhaltigen Mobilität im Saarland – Teilförderung Radverkehr« reicht aber noch weiter. Auch normale Pedelecs, Abstellanlagen, Reparatur- und Servicestationen und innovative Konzepte erhalten Zuschüsse.¹ Schwierig wird es aber, angesichts des Fahrradbooms, neue Räder und auch Ersatzteile zu beschaffen. Probleme in der Lieferkette und die große Nachfrage führen den Handel mit Fahrrädern vorläufig an seine Grenzen.

Auch in der Landeshauptstadt sind Fortschritte bei der Entwicklung des Radverkehrs sichtbar. Saarbrücken punktet nämlich im Nauwieser Viertel mit einer der ersten Fahrradzonen Deutschlands. Ähnlich der Fahrradstraße muss sich hier der motorisierte Verkehr unterordnen. Eine Grundregel ist weiterhin rechts vor links. Autos sind nur als Anliegerverkehr zugelassen. Sie dürfen Radfahrende weder behindern noch gefährden und müssen – wie sonst in der Stadt auch – mindestens 1,5 Meter Abstand beim Überholen von RadlerInnen einhalten. De facto bedeutet dies, dass das Überholen im Nauwieser Viertel nicht mehr möglich ist. Dafür reicht der Platz nicht aus. Auch dürfen in der Zone die Radfahrenden immer nebeneinander fahren. Das ist woanders jetzt auch explizit erlaubt, aber nur wenn es die Verkehrssituation zulässt. Neue Schilder »Fahrradzone« und die Piktogramme auf der Straße verkünden gemeinsam, dass die Verkehrswende begonnen hat. Kritisch ist in der Saarbrücker Fahrradzone noch das Umgewöhnen: Woher weiß ich als Kraftfahrer, dass hier Radfahrende Vorrang haben? Eine Beschilderung, ähnlich wie an der Grenze sollte die Newcomer entsprechend informieren. Ebenso wichtig sind die Präsenz von Ordnungskräften und Kontrollen der Geschwindigkeit. Der erste Eindruck ist, dass Pkws beispielsweise aus der Bleichstraße noch viel zu schnell ins Viertel einfahren. Handlungsbedarf gibt es auch beim ruhenden

Verkehr. Denn in den Straßen des Nauwieser Viertels beanspruchen noch immer viele Pkws den kostbaren Raum. Einige Parkplätze werden weichen müssen, um auch die neue Flotte von Fahrrädern, Lastenrädern und Pedelecs sicher abstellen zu können und die Aufenthaltsqualität zu verbessern.

Die Verkehrswende und der neue Radverkehr können tatsächlich richtig funktionieren, wenn, wie hier im Nauwieser Viertel, die Radwege mit Netz-Effekt entstehen. Das macht den Umstieg für viele BürgerInnen attraktiv. Entsprechend haben zu Corona-Zeiten die großen deutschen Städte mit ihren »Pop-up-Radwegen« reagiert, allen voran Berlin. Der Rückbau von Fahrspuren des Straßenkraftverkehrs zugunsten der RadfahrerInnen muss jetzt auch im Saarland beginnen. Dabei spielt die deutliche Sichtbarkeit von Radwegen eine große Rolle. Sie sollen RadlerInnen dazu verleiten, vom Auto auf die gesunde und lokal durchaus schnellere Fortbewegungsart umzusteigen. Eine optimale Fahrradstraße lädt ein, und sie ist klar angezeigt. Die übrigen VerkehrsteilnehmerInnen müssen das Gefühl des Bedauerns erleiden, dass sie gerade nicht auf so einer schönen Radinfrastruktur rollen ...

Fahrradzone Nauwieser Viertel Foto: Werner Ried



Irreführende Schilder

Im Saarland gibt es noch viel Durcheinander, auch bei der Beschilderung von Radwegen. Sie konkurrieren teilweise mit den touristischen Wegweisern. In St. Ingbert beispielsweise wurden Schilder aufgestellt, wonach Sulzbach in 11,5 km Raddistanz zu erreichen ist. Selbst wenn die Akteure von »Velo visavis« damit die RadlerInnen inspirieren wollten, unterwegs einen Schlenker zu spannenden touristischen Highlights vom Brennenden Berg bis zur Blaufabrik zu machen, sind solche Schilder mit falschen Angaben irreführend und unbrauchbar. Selbst im hinter Sulzbach liegenden Fischbach war ich nach nur sieben Kilometern angekommen.

Was wir benötigen, sind leicht merkbare und entsprechend ausgebaute Radnetze. So eins könnte beispielsweise der Kaiserradweg zwischen Homburg und dem Saartal via St. Ingbert werden. Es handelt sich um ein Teilstück der überregionale Radverbindung über eine historisch bedeutsame Straße. Die Römer waren hier bereits unterwegs, ebenso die deutschen Kaiser zwischen Worms und Metz und natürlich auch Napoleon. Was früher zu Pferde und zu Fuß bewältigt wurde, würden die Rad- und Umweltverbände ADFC und VCD aus St. Ingbert heute gerne zu einem musterergültigen Radnetz umbauen. Ziel ist es, vorhandene Radwege aufzuwerten, ihnen nicht nur ein Etikett, sondern auch Breite, Kreuzungsfreiheit und Schnelligkeit zu verleihen.

Einen besonderen Charme hat so ein Radnetz auch für den Tourismus. Von Saarbrücken oder Kaiserslautern kommend, erschließt sich RadfahrerInnen eine Zufahrt zum Biosphärenreservat Bliesgau mit dem städtischen Bereich von St. Ingbert und anderen Highlights des Erholungstourismus rund um Kirkel, Beeden und überregional im Glan-Blies-Tal sowie im Saartal.

Und selbstverständlich wäre ich dann aus St. Ingbert auch viel schneller und sicherer mit meinem Lastenrad beim Weinhändler in Rohrbach und auch bei der Arbeit in Limbach ...

1 Siehe www.fahrrad.saarland.

Geste der Entschlossenheit

Vor 75 Jahren gründete sich die Synagogengemeinde Saar neu

Von Laura Weidig

Vor 75 Jahren gründete sich die Neue Synagogengemeinde Saar. Fünf Jahre später konnten sie in die Neue Synagoge einziehen – bedeutende Jahrestage für die Gemeinde. Aber keine beliebigen Jubiläen, sondern solche, die im Kontext des eliminatorischen Antisemitismus, der sich auch im Saarland Bahn brach, einzuordnen sind. Vor dem Zweiten Weltkrieg und dem Ausbruch deutschen NS-Terrors gab es nicht nur eine, sondern 23 jüdische Gemeinden und Synagogen im Saarland. Danach, schneller als anderswo, bereits Ende der 1940er-Jahre, kehrten die ersten Juden ins Saarland zurück, um eine neue Gemeinde aufzubauen. So entstand in Saarbrücken mit der Neuen Synagogengemeinde Saar eine der ersten jüdischen Gemeinden nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine nicht unerhebliche Rolle dürften dabei auch die Unabhängigkeit des Saarlandes von Deutschland, der Anschluss an das französische Wirtschaftsgebiet und die dezidiert antifaschistische Verfassung des designierten Saarstaats unter Präsidentschaft von Johannes Hoffmann gespielt haben.

Der Sonderstatus des Saargebiets

Nach dem Versailler Vertrag unter Mandatsverwaltung des Völkerbunds stehend, fungierte das Saargebiet nach der »Machtergreifung« Hitlers als Zuflucht zahlreicher früher Opfer des deutschen Nationalsozialismus. Darunter Oppositionelle, von Sozialdemokraten über KommunistInnen bis hin zu verfolgten Christen. Und natürlich Jüdinnen und Juden, die hier zwischen 1933 und 1935 weitgehend vor nationalsozialistischem Zugriff sicher waren.

Man mache sich jedoch nichts vor: Auch im Saargebiet dominierte der deutsche Nationalismus. Das äußert sich im Bau von Kriegerdenkmälern und Hindenburgtürmen, aber auch in der dezidierten Feindlichkeit

gegenüber französischer Kultur und Sprache. Wie hegemonial diese Einstellungen waren, sah man in der Volksabstimmung 1935: 90,73 % der saarländischen Wähler entschieden sich für den Anschluss an Hitler-Deutschland, votierten also bewusst für die NS-Diktatur. Mit dem Zufluchtsort Saargebiet war es spätestens da vorbei: Hitler-Gegnern sowie Jüdinnen und Juden blieb nur die Flucht ins Exil.

Max Braun etwa handelte mit der französischen Regierung für Tausende von saarländischen Flüchtlingen einen sicheren Aufenthaltsstatus aus. Dank dem Druck internationaler jüdischer Organisationen und unter Beteiligung des damaligen Saarbrücker Rabbiners Dr. Shlomo Rülff konnte sozusagen in letzter Minute – knapp sechs Wochen vor der Rückgliederung des Saargebiets an das Deutsche Reich – das »Römische Abkommen« unterzeichnet werden: Innerhalb einer einjährigen Schutzfrist konnten SaarländerInnen demnach noch ungehindert auswandern. Etwa die Hälfte der saarländischen Jüdinnen und Juden nutzten die Gelegenheit, um nach Frankreich, in die Benelux-Staaten, ins heutige Israel und die USA auszuwandern.

Beteiligung der Saarländerinnen und Saarländer an den Novemberpogromen

»Wie überall in Deutschland fielen am 9. November 1938 auch die saarländischen Synagogen der »Reichskristallnacht« zum Opfer«, heißt es seltsam unbeteiligt auf der *Saarhundert*-Webseite der saarländischen Staatskanzlei. Entgegen weit verbreiteter Entlastungs-Narrative wurde der Nationalsozialismus weder der deutschen noch der saarländischen Gesellschaft von extern aufgezwungen, sondern aus

ihr heraus forciert. Während der Novemberpogrome wurden im Saarland 14 Synagogen geplündert, zerstört und in Brand gesteckt – in Saarbrücken, Ottweiler, Illingen, im Raum Saarlouis, Merzig und im St. Wendeler Land. Die Scheiben jüdischer Geschäfte eingeschlagen. Wohnungen jüdischer Bürgerinnen und Bürger aufgebrochen, sie selbst geschlagen, misshandelt und verhöhnt, bevor sie verhaftet und deportiert wurden.

Nicht »die Reichskristallnacht« führte zur Zerstörung der Synagogen, zur unwürdigen Behandlung jüdischer Nachbarinnen und Nachbarn, zu deren Deportation in Vernichtungslager. Das Bild der nationalsozialistischen Unterdrückungsdiktatur ist falsch. Es handelte sich, auch im Saarland, um eine Zustimmungsdiktatur, in der die Mehrheit überzeugte Nationalsozialisten und Antisemiten waren.

Auch die Saarbrücker Synagoge Ecke Futter- und Kaiserstraße wurde in dieser Nacht niedergebrannt. Zwischen 130 und 150 jüdische Männer wurden mitten in der Nacht aus ihren Wohnungen getrieben und unter Erniedrigungen und Misshandlungen durch Mitglieder der SS durch die Straßen der Stadt zur brennenden Synagoge geführt. Am 13. Dezember 1938 wurde der Abbruch der Ruine verfügt, der 1939 erfolgte. Bei der Volkszählung am 17. Mai 1939 lebten im Saarland nur noch 479 Juden. Fast 90 % aller Juden an der Saar waren inzwischen emigriert.

Trotz Shoah lebt jüdische Identität weiter

Die frühe Rückkehr saarländischer Jüdinnen und Juden nach Kriegsende ist eine Geste der Entschlossenheit und des Vertrauens in die von WiderstandskämpferInnen gegründete Saarländische Republik. Die Gründung der neuen Synagogengemeinde demonstrierte Mut und eine enge Verbundenheit zur Religion. Denjenigen Jüdinnen und Juden, die nach 1945 bereit waren, trotz der Shoah wieder im Saarland Fuß zu fassen, ist die heutige Gemeinde dankbar, ermöglichten sie jüdisches Leben, so, wie es heute im Saarland stattfindet, doch überhaupt erst. Mit dem Bau der Neuen Synagoge in der Lortzingstraße hatte die Gemeinde fünf Jahre nach ihrer Gründung wieder ein Zuhause gefunden.

Nach zwei Jahren Bauzeit wurde die nach Plänen des Saarbrücker Architekten Heinrich Sievers erbaute Synagoge mit dem zugehörigen Gemeindehaus am 14. Januar 1951 im Rahmen eines Festaktes eingeweiht. Die Saarbrücker Synagoge war damit die erste, die nach dem Holocaust auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik geplant, fertiggestellt und eröffnet wurde. Viele Gestaltungselemente im Inneren, darunter Toraschmuck und weitere Kultgegenstände, sind nach den Entwürfen der Goldschmiedin Alice Bloch (1913–2005) gefertigt, der Tochter von Léon Bloch, der von 1923 an bis zu seiner Emigration 1935 Organist und Chorleiter der Saarbrücker Vorkriegssynagoge war.

Anlässlich des Jahrestages – beziehungsweise der Jahrestage, eigentlich sind es derer ja zwei, die Gemeindegründung sowie der Neubau – wird es am 6. Juni, sofern die Pandemiesituation es zulässt, einen Festgottesdienst unter Schirmherrschaft von Ministerpräsident Tobias Hans geben, der auch live im Netz übertragen werden soll. Denn: Die Feier ist keine interne Veranstaltung, sondern die Synagoge ein wichtiger Teil saarländischer Kultur, erklärt die Synagogengemeinde. Deshalb ist auch die saarländische Öffentlichkeit eingeladen teilzunehmen.

Zur Gemeinde gehören eine Bibliothek, ein Seniorenclub, der Frauenverein, ein Jugendzentrum. Normalerweise finden Konzerte und Führungen statt. Auch in Pandemiezeiten ist die Gemeinde aktiv, versucht, das Gemeindeleben im Rahmen der Möglichkeiten aufrechtzuerhalten. Gerade erarbeitet man eine virtuelle 360-Grad-Führung, erzählt Benjamin Chait. Nicht nur Online-Aktivitäten, auch Shabbat-Pakete, also warmes Essen, werden angeboten. Der gemeindeeigene Koscherladen habe sein Sortiment um Hausgemachtes erweitert. Das alles ist, obwohl sehr gut angenommen, doch aus der Not geboren: »Gerade die sozialen Kontakte, das gemeinsame Essen und Trinken sind wichtige Bestandteile der Gemeinde. An Shabbat wird nicht nur gebetet, sondern wirklich gemeinsam gefeiert. Und das fehlt den Menschen.« Auch die Seelsorgearbeit wird durch die Pandemie erschwert, so Chait weiter. »Man muss ausweichen auf das, was noch geht, und einen Umgang finden, die Menschen dennoch bestmöglich aufzufangen.«



Die Neue Synagoge. Foto: Synagogengemeinde Saar

Jüdisches Leben heute: Teil saarländischer Kultur

Seit nachweislich 1.700 Jahren leben Jüdinnen und Juden auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik. Anlässlich dessen findet dieses Jahr das bundesweite Festjahr »1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland« statt. Das Judentum wird häufig nur mit Antisemitismus assoziiert. Dabei sei jüdisches Leben viel mehr als das, betonen die Veranstalter: »Über die Erinnerung an die Shoah hinaus wollen wir zeigen, wie jüdisches Leben unser Land an unzähligen Stellen entscheidend mitgestaltet und geprägt hat und das auch in Zukunft möchte«, erklärt etwa Abraham Lehrer, stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Auch der Saarbrücker Synagogengemeinde ist es wichtig, dass mit dem Judentum kein negatives Bild, sondern das einer lebendigen und offenen Religion verknüpft wird. Der langjährige Vorsitzende, Richard Bermann, machte sich für die Sichtbarkeit jüdischen Lebens stark, engagierte sich für Gedenkort und brachte auch mit Veranstaltungsreihen wie die der Jüdischen Film- und Kulturtage zeitgenössisches jüdisches Leben mit seinen vielen Facetten und Nuancen vermehrt ins Bewusstsein der saarländischen Öffentlichkeit. Seine Nachfolgerin, Ricarda Kunger, führt diesen

Kurs der Öffnung fort. Auch, wenn dieses Unterfangen in Zeiten von Corona erschwert ist.

Für das Festjahr 2021 waren viele Veranstaltungen geplant. Die Pandemie hat einige Pläne hinfällig werden lassen, für vieles konnten jedoch Alternativen gefunden werden. An Tu biSchevat, dem Neujahrsfest der Bäume im Januar, etwa gab es – als Zeichen der Kooperation zwischen Gemeinde und Land – eine gemeinsame Baumpflanzung am Landtag. Anlässlich des jüdischen Laubhüttenfestes Sukkot im September sind über die Dauer von acht Tagen Veranstaltungen, Gebete und Ausstellungen auf dem Saarbrücker Schlossplatz angekündigt. Im gemeinsamen Veranstaltungskalender des Landtags und der Synagogengemeinde Saar werden alle relevanten Termine, ob Vorträge, Feste oder Konzerte, in Präsenz wie online sowie sich eventuell kurzfristig ergebende Änderungen mitgeteilt.¹

Gründung der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

Antisemitismus beginnt nicht »erst« mit Angriffen auf Leib und Leben. Prof. Dr. Roland Rixecker, der Beauftragte für jüdisches Leben im Saarland und gegen Antisemitismus,

unterscheidet »Vorfälle, die die Grenze des Strafbaren überschreiten, und solche, bei denen es sich »lediglich« – Betroffene empfinden das zuweilen zu Recht kaum als weniger schlimm – um verbale oder kommunikative Verletzungen unterhalb der Schwelle von Straftatbeständen handelt.« Gerade die »niederschwelligen« Verletzungen sind bisher kaum erfasst worden. Um das zu ändern, gründet sich, unter Mitwirkung der Synagogengemeinde, gegenwärtig auch im Saarland eine Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS).

Diese dient der Dokumentation sowie der Unterstützung Betroffener, als Meldestelle für antisemitische Vorfälle und als Adresse, die der Bagatellisierung entgegenwirkt. Neben gesetzgeberischen Maßnahmen sind solche der Aufklärung wichtig im Kampf gegen Antisemitismus. Auch die Saarbrücker Synagogengemeinde betreibt aktive Aufklärungsarbeit, um antisemitische Vorurteile – bewusste wie unbewusste – zu bekämpfen. Das sei notwendig, sagt Benjamin Chait, »wenn man nicht aktiv ist, verschlimmert es sich«. In vielen Bundesländern gehe es in die falsche Richtung, im Saarland leiste man aber gute Arbeit, konstatiert er. Das sieht auch der Antisemitismusbeauftragte Rixecker so: Die Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten in der Bundesrepublik sei im letzten Jahr deutlich gestiegen, im Saarland halte sie sich auf dem bisherigen Niveau. Im Saarland habe man es mehr mit der Verwendung nationalsozialistischer Symbole und Volksverhetzung zu tun als mit Gewaltkriminalität.

Antisemitismusprävention: eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

75 Jahre nach Kriegsende ist Antisemitismus für viele Jüdinnen und Juden nach wie vor ein permanentes Bedrohungsszenario. Auch in der Saarbrücker Synagoge gibt es deshalb bauliche Schutzmaßnahmen: durch Gitter geschützte Fenster, eine Eingangsschleuse, Sicherheitspersonal. Dass solche Maßnahmen nötig sind und Leben retten, sah man beim Angriff auf die Synagoge in Halle 2019.

Antisemitismus entspringt der Mitte der Gesellschaft. Mal tritt er auf als vermeintliche

Kapitalismuskritik, mal als friedensbewegt-antiimperialistischer Reflex, mal als islamischer Antisemitismus. Er ist kein Phänomen fiktiver Ränder, sondern in allen politischen Spektren zu finden. Am Stammtisch. Im Feuilleton. Auch institutionalisiert, auf Ebene höchster UN-Gremien. Insbesondere in Deutschland ist es seit Ende des NS nicht mehr opportun, offenen Antisemitismus zu formulieren. Antisemit will keiner genannt werden. Das Wort hat ein unfassbar schlechtes Image. Das »Gerücht über die Juden«, wie Adorno es formulierte, kommt indes auch ohne deren explizite Erwähnung aus: durch Rückgriff auf eine Vielzahl sprachlicher Chiffren und Codizes, also unbelastet erscheinender Wörter wie »amerikanische Ostküste«, »NWO« oder »globale Finanzelite«. Oder eben unter dem Deckmantel des Antizionismus.

Ein ranghoher Beamter der Landesregierung, der Innovationsbeauftragte Ammar Alkassar, teilte Mitte Mai auf Twitter einen Beitrag, der Zionismus mit Genozid gleichsetzt. Regierungssprecher Alexander Zeyer (CDU) stellte sich auf Nachfrage verteidigend hinter den Mitarbeiter, der die Existenz des einzig jüdischen Staates zu delegitimieren versuchte. Es stellt sich die Frage, ob es sich beim Engagement der saarländischen Staatskanzlei gegen Antisemitismus um ein unverbindliches Lippenbekenntnis handelt, das den konkreten Gegenstand nicht beim Namen nennen will. Oder ob sie schlicht zur adäquaten politischen Einordnung des Phänomens nicht fähig ist.

Immer wieder zeigt sich: Ein zu großer Teil der Gesellschaft hat keinen Begriff davon, wie moderner Antisemitismus funktioniert. Ein Schwerpunkt im Kampf gegen Antisemitismus ist daher auch die Präventivarbeit in der Bildung – in Schulen, Universitäten und anderen Institutionen. Auch die Synagogengemeinde Saar engagiert sich in diesem Feld. Auf Antisemitismus zu reagieren, ist jedoch nicht die Aufgabe der jüdischen Gemeinde, sondern die der Gesamtgesellschaft.

Anmerkung:

1 Abrufbar unter www.landtag-saar.de/aktuelles/1700-jahre-juedisches-leben/.

» Der Kamerad Neuberger

Von Erich Später

Bis heute wird der langjährige Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), Hermann Neuberger, im Saarland geehrt. Seine Unterstützung der argentinischen Militärjunta und seine engen Beziehungen zur Nazi-Größe Hans Ulrich Rudel werden seit Jahrzehnten verdrängt.

Am 25. Juni 1977 sprach der Theologe und Arzt Helmut Franz in der ARD das »Wort zum Sonntag«. Er thematisierte die im nächsten Jahr stattfindende Fußball-Weltmeisterschaft in Argentinien und stellte kritische Fragen zur Lage der Menschenrechte in dem seit 1976 von einer Militärjunta beherrschten Land. Anlass seines Kommentars waren eine Reise der deutschen Fußballnationalmannschaft nach Argentinien und die Unterstützung des mächtigen DFB für die herrschende Militärjunta.

»Ob einer unserer Fußball-Funktionäre einmal in den Regierungspalast gegangen ist?«, fragte Franz. »Ob er dort den richtigen Militärdiktatoren die Verachtung der Menschenrechte in ihrem Land vorgehalten und die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert hat? Wenn es um Folterungen geht, dann ist Argentinien weit weg. Geht es aber um Fußball, blickt fast unsere ganze Nation leidenschaftlich auf dieses Land.«

DFB-Präsident Hermann Neuberger, einer der mächtigsten Strippenzieher in Politik und Sport des Saarlandes, sah das vollkommen anders und empörte sich über Helmut Franz. Er verlangte am 1. Juli von Intendanten des Senders, Franz Mai, in einem Schreiben, »dass sich solche Dinge nicht wiederholen«. Neuberger reklamierte Sachkompetenz für sich, denn im Gegensatz zu Franz sei er schließlich in Argentinien gewesen. Auch über die Rolle der Kirche hatte Neuberger eine dezidierte Meinung. Die habe »zu Besinnlichkeit auf den nahenden Sonntag einzustimmen«, aber nicht sich »mit politischem Zungenschlag« in Dinge einzumischen, die sie nichts angehen. Der Intendant des SR, Franz Mai, gab Neuberger in jeder Beziehung recht und bekannte sich

zur Zensur. Hätte er den Text vorher gekannt, so Mai in seinem Antwortschreiben, wäre er nicht gesendet worden. Das ganze »Wort zum Sonntag« sei »eine pseudochristliche, einäugige Heuchelei« gewesen. Weil es die Menschenrechtsverletzungen im Ostblock nicht angeprangert habe.

Mai war ein eingefleischter Reaktionär. Seine Tätigkeit als Jurist in Hitlers Deutschland spielte bei seiner Wahl zum Intendanten 1957 keine Rolle. Sozialisten und Linke hatten seiner Ansicht nach keinen Platz im saarländischen Rundfunk. Bis heute unvergessen ist der Rauswurf des Literaturredakteurs Arnfried Astel im Jahr 1971 wegen »Verunglimpfung« der CDU. Erst nach mehreren verlorenen Arbeitsgerichtsprozessen und einer öffentlichen Solidaritätskampagne musste ihn der SR 1973 wieder einstellen.

Neuberger's Zensur und Einschüchterungsversuch hatten für Franz keine Konsequenzen. Die Kontroverse über Fußball und Folter wurde weltweit geführt und erreichte im Sommer der WM 1978 in Argentinien einen neuen Höhepunkt.

Bei der deutschen Wehrmacht

Die Eltern des 1919 in Völklingen geborenen Neuberger's waren Lehrer. Er wuchs in Saarbrücken auf und besuchte das Internat der Lenderschule Sasbach im Schwarzwald. Die ursprünglich katholische Privatschule kapitulierte 1933 vor den Nazis. Der Freiburger Bischof erklärte dem NS-Staat seine Unterstützung, und die Hitlerjugend hielt ab Mai 1933 bei kirchlichen Feiertagen die Ehrenwache am Schulaltar. Direktor der Schule wurde



Neuberger auf dem Sockel. Sportschule Hermann Neuberger in Saarbrücken. Foto: Kavgić

Dr. Wolfram Lang-Lendorf, der das Amt des Direktors und örtlichen HJ-Führers miteinander verband. Neuberger machte hier 1938 Abitur. Über Neubergers Biografie bis 1945 ist wenig bekannt. In der vom DFB 1993 herausgegebenen posthumen Festschrift über das Leben Neubergers findet sich fast nichts über die Zeit bis 1945. Wilfried Burr, ehemaliger Sportchef der Saarbrücker Zeitung, weiß zu berichten, dass Neuberger die Übertragung einer Hitler-Rede schwänzte und er nach Kriegsbeginn 1939 in der Wehrmacht schnell Karriere machte. Über die Gründe für diesen schnellen Aufstieg bis zum Hauptmann wissen wir nichts. Burr berichtet, dass die »Anläufe zum militär-diplomatischen Dienst in Rom mit dem Zusammenbruch beendet waren«.

Große Teile Italiens wurden nach dem Ausscheiden des Landes aus dem Krieg im Oktober 1943 von der Wehrmacht besetzt. Oberbefehlshaber aller deutschen Streitkräfte war bis zum 2. Mai 1945 Albert Kesselring. Dieser und andere Generäle der Wehrmacht wurden von den Briten wegen Ermordung Tausender Zivilisten in der Nachkriegszeit zum Tode verurteilt. Kesselring wurde begnadigt und schon 1952 auf Druck der Bundesregierung freigelassen.

Neuberger behauptete, er wäre während des Krieges von Nordafrika nach Italien versetzt worden, um dort als »Hauptmann beim Generalstab in Rom« tätig zu sein. Rom wurde allerdings am 4. Juni 1944 befreit. Während der Besatzung war Italien einer radikalen Ausbeutungs- und Gewaltherrschaft unterworfen. Hunderttausende Italiener wurden als Zwangsarbeiter nach Deutschland deportiert. Mehrere Hundert Ortschaften im Rahmen der »Partisanenbekämpfung« mit- samt den Einwohnern vernichtet. Wehrmacht und SS verwandelten ganze Landstriche in »Tote Zonen«. Erst mit der Kapitulation der deutschen Truppen am 2. Mai 1945 endete der Terror.

Über seine Tätigkeit als Offizier während dieser Zeit machte Neuberger keinerlei konkrete Angaben. Er nennt keine Einheiten oder Kriegseignisse. Bis heute ist über diesen entscheidenden Abschnitt seines Lebens nichts bekannt. »Belastungen aus der Geschichte des Landes«, urteilt DFB-Historiker Arthur Heinrich, »verspürte er überhaupt nicht. Woher auch? Schließlich war man dabei gewesen.« Dies zeigte sich in aller Deutlichkeit im Vorfeld und während der Fußball-Weltmeisterschaft 1978 in Argentinien.

Der Präsident

Hermann Neuberger wurde am 25. Oktober 1975 von den DFB-Landesverbänden zum Präsidenten gewählt. Er hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eine beachtliche Karriere hinter sich. Im Jahr 1946 war er Gründungsmitglied des Saarländischen Fußball-Bundes, 1950 bereits dessen Vorsitzender und 1959 auch schon Präsident des Landessportverbandes. »Das Funktionärsdasein«, urteilt Arthur Heinrich, »vermochte er mit beruflicher Tätigkeit aufs Einträglichste zu verbinden.« Die Einführung des Sport-Totos und die Gründung der Saarland-Sporttoto GmbH, in deren Geschäftsleitung er sofort aufstieg, waren nicht nur »Selbsthilfaktionen des Saarsports«, sondern auch der Anfang einer jahrzehntelangen erfolgreichen Tätigkeit als mächtiger und politisch einflussreicher Multifunktionär. Er erfand das »Sportachtel«, mit dem die Finanzierung des saarländischen Sports durch 12,5 % der Umsätze der staatlichen Lotteriegesellschaft sichergestellt wurde. Ein jahrzehntelang praktiziertes System ohne wirkliche demokratische Legitimation und parlamentarische Kontrolle. Es ermöglichte einem handverlesenen Kreis saarländischer PolitikerInnen und Sportfunktionären, ein persönliches Regime von Alimentierung und Gefolgschaft aufzubauen. Es ist das »System Neuberger«, das 2017 mit der LSVS-Pleite und einem Schuldenberg von 47 Millionen Euro zusammenbrach.

Im Jahr 1962 wurde auf Antrag Neuberger der Profifußball mit der Gründung der Bundesliga eingeführt. 1969 wird er DFB-Vizepräsident und verantwortlich für die Durchführung der WM 1974 in der Bundesrepublik. Im gleichen Jahr wird er stellvertretender Vorsitzender des Weltfußballverbandes FIFA und Leiter des Organisationskomitees für Weltmeisterschaften. Seine Wahl zum DFB-Präsidenten 1975 war nach Ansicht des Sportjournalisten Martin Kraus eine rechte bis rechtsextreme Selbstverständlichkeit. Neuberger Politik bestand darin, eine technokratische Modernisierung einzuleiten und den hauptamtlichen Apparat auszubauen. Das Letzte, was er und seine Seilschaften anstrebten, war die Demokratisierung und Aufarbeitung der mörderischen Vergangenheit des DFB. Der nach eigenen Angaben größte nationale Sportfachverband der Welt hatte sich

bis zu diesem Zeitpunkt seine Unterstützung und Beteiligung an der NS-Herrschaft schön geredet. Im Jahr 1949 beherrschte erneut die NS-Funktionärselite den wiedergegründeten Verband. Deren Beteiligung an der Zerschlagung der Arbeitersportbewegung und der Ausgrenzung und Verfolgung jüdischer Fußballer in den Jahren 1933–1945 wird bis heute geleugnet oder verharmlost. Die organisatorische Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg mit Entnazifizierung zu verbinden, stand nie auf der Tagesordnung des DFB.

Präsident Felix Linnemann (1925–1945) war NSDAP- und SS-Mitglied und als Leiter der Hannoveraner Kripo für die Deportation von Sinti und Roma verantwortlich. Präsident Peco Bauwens (1950–1962) lobte den Erfolg bei der WM 1954 als Erfolg des »Führerprinzips« und des »besten Deutschtums«. Die beiden Präsidenten stehen stellvertretend für die politische und moralische Bankrotterklärung des DFB. Nicht nur 1933, sondern auch 1949.

»Das Ende der NS-Diktatur«, schreibt Arthur Heinrich, »verantwortlich für den Genozid an den europäischen Juden, den Weltkrieg und die Ermordung Zehntausender Regimegegner zum Anlass zu nehmen, sich der Geschichte des eigenen Verbandes während dieser Zeit mit nur einem Anflug von selbstkritischer Distanz zu stellen, kam dem Leitungspersonal der Nachkriegszeit nicht in den Sinn.«

Der Kollaborateur

Als 1976 das Militär in Argentinien die Reste der Demokratie und jede Opposition durch einen blutigen Putsch beseitigte, war der Cheforganisator des geplanten WM-Turniers, Hermann Neuberger, erleichtert. Er reiste nach Argentinien, und mit seinen Berichten konnte er Kritiker in der FIFA beruhigen. »Nach einem ausführlichen Bericht Neuberger«, so steht es im Sitzungsprotokoll der FIFA, »habe sich das Organisationskomitee mit Mehrheit dafür ausgesprochen, Argentinien das Turnier zu belassen.« Durch die Machtergreifung der Generäle, so das Fazit Neuberger, sei die »Wende zum Besseren gelungen; jetzt habe die FIFA endlich einen Partner mit Durchsetzungsvermögen bekommen«.

Das Durchsetzungsvermögen der Partner bestand in der massenhaften Tötung von Regimegegnern, Gewerkschaftern, Priestern und

allen Menschen, die dem Regime verdächtig waren. Ein Netz von geheimen Folterzentren überzog das Land.

Zwischen 1976 und 1983 ermordeten die Militärs und ihre Helfer bis zu 30.000 Menschen. Viele der Opfer wurden gefesselt und aus Flugzeugen in den Fluss Rio del a Plata oder ins offene Meer geworfen. Ein Klima der Angst und Hoffnungslosigkeit sollte die Bevölkerung einschüchtern. Babys und Kleinkinder der Ermordeten wurden von Tätern adoptiert. Die deutsche Exportwirtschaft profitierte von der Zerschlagung der Demokratie und der Aufrüstung des Militärregimes. Bald konnte die bundesdeutsche Rüstungsindustrie Rekordaufträge verbuchen. Allein die Lieferung von sechs U-Booten brachte den deutschen Konzernen eine Rekordeinnahme von zwei Milliarden DM. Der deutsche Botschafter Kastl in Buenos Aires war über den geplanten Putsch informiert worden. Das neue Regime wurde von der sozial-liberalen Regierung Helmut Schmidts ohne Probleme akzeptiert. Die Militärs waren zufrieden und erklärten ihr großes Interesse, die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland West fortzusetzen.

Diese Haltung wurde auch vom DFB und seinem Präsidenten geteilt. Ein Freundschaftsspiel gegen Argentinien in Buenos Aires am 5. Juni 1977 galt als Generalprobe. Ende März erfuhr die Bundesregierung von der Entführung Elisabeth Käsemanns. Sie war 1968 in der Studentenbewegung in Berlin aktiv und eine Mitstreiterin von Rudi Dutschke. Seit Anfang der 1970er-Jahre lebte sie in Argentinien und war als Sozialarbeiterin in den Slums von Buenos Aires tätig. Nach dem Putsch unterstützte sie die Verfolgten, unter anderem durch das Fälschen von Pässen für diejenigen, die das Land verlassen wollten. Mit ihr waren zu diesem Zeitpunkt bereits über 30 Personen deutscher Herkunft oder Staatsangehörigkeit spurlos verschwunden. Elisabeth befand sich im

April / Mai 1977 in einem Folterlager der Junta und wurde über Wochen auf die furchtbarste Weise gequält. Nach einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 6. April 1977 ist auch die deutsche Öffentlichkeit über den Fall informiert. DFB-Präsident Neuberger und das Auswärtige Amt unterließen jede Aktion oder diplomatische Initiative zur Rettung Käsemanns. Am 24. Mai wird Elisabeth Käsemann mit sechzehn anderen Gefangenen ermordet. Am 2. Juni erfährt Botschafter Kastl vom Tod der Deutschen und meldet dies an das Auswärtige Amt. Zwei Tage später findet in der deutschen Botschaft ein Empfang für die Nationalmannschaft statt. Neuberger wird von Kastl über den gewaltsamen Tod von Elisabeth Käsemann informiert. Neuberger verschweigt dies der Mannschaft und der deutschen Öffentlichkeit, um die gute Stimmung für das Freundschaftsspiel nicht zu gefährden. Erst nach dem Spiel am 6. Juni wird ihr Tod offiziell bekannt gegeben.

Es ist dem Dokumentarfilmer Eric Friedler zu verdanken, dass die Komplizenschaft des DFB und seines Präsidenten bei der Folterung und

Ermordung Elisabeth Käsemanns bekannt wurde. Der Film »Das Mädchen«, gesendet am 5. Juni 2014 in der ARD, dokumentiert die Aussage der ehemaligen rechten Hand Neubergers, Horst R. Schmidt, der feststellt: »Neuberger hat sich nicht richtig verhalten. Es beschäftigt mich, dass es nur eines Anrufs des DFB gebraucht hätte zu sagen: ›Lasst die Frau frei.‹« Der verstorbene Journalist Helmut Karasek, 1978 Spiegel-Korrespondent in Buenos Aires, bescheinigt dem DFB-Präsidenten angesichts von massenhafter Folter und Mord, sich mit der kriminellen Bande gemein gemacht zu haben.

»Das war eine Kollaboration mit dem Verbrechen.« Der Dokumentarfilm zeigt das im Jahr 2014. Theologe Helmut Franz ahnt das Verhängnis bereits am 25. Juni 1977 im Saarländischen Rundfunk.



Elisabeth Käsemann
Foto: Elisabeth Käsemann Stiftung



»Heil dir, du treuer Wandersmann« Hans Ulrich Rudel im saarländischen Forst 1981. Foto: Groß

In Treue fest – Rudel und der DFB

Am 1. Juni 1978 wurde die Weltmeisterschaft in Argentinien eröffnet. Amnesty International hatte im Vorfeld versucht, den DFB und seine Spieler zu einer Verurteilung der Diktatur zu bewegen. Die Angesprochenen erklärten sich für nicht zuständig. Kapitän Berti Vogts rechtfertigte die Diktatur mit dem Hinweis auf die Zustände in Russland. Für Vogts und den DFB präsentierten die Militärs ein Land, in dem Ruhe und Ordnung herrschten.

»Der störungsfreie Ablauf der WM«, urteilt der Sportjournalist Schulze-Marmeling, »war für Neuberger und Co. allemal wichtiger als das Schicksal der Verschleppten, Gefolterten und Ermordeten.« Es war daher kein Zufall, dass der langjährige Berater des argentinischen Militärs und der berühmteste Nazi der damaligen Zeit, Hans Ulrich Rudel, die DFB-Delegation und die Nationalmannschaft in ihrem Quartier der Luftwaffenschule Ascochinga besuchte und fleißig Interviews gab. Rudel war einer der »soldatischen Herrenmenschen« der deutschen Propaganda und gern gesehener Gast im Führerhauptquartier gewesen.

Angeblich soll er Hunderte sowjetische Panzer abgeschossen haben und erhielt dafür von Adolf Hitler viele Orden. Rudel war schon seit Mitte der 1930er-Jahre Mitglied der allgemeinen SS mit der Nr. 206953. Er war auf Einladung des argentinischen Präsidenten Perón 1948 in das Land gekommen und schuf ein weitverzweigtes Netz, das Hilfe und Schutz für in Argentinien lebende Massenmörder wie Adolf Eichmann, Josef Mengele und andere Kameraden organisierte. In der Bundesrepublik war Rudels Hilfe für international zur Fahndung ausgeschriebene NS-Massenmörder allgemein bekannt, hatte aber keinerlei Konsequenzen. Er kandidierte sogar für rechtsradikale Parteien und war ein gefeierter Redner der Deutschen Volkunion um den Münchner Verleger Gerhard Frey.

Im Saarland trat er am 17. Juni 1958 als Ehrengast der Stadt Dillingen auf. Die Einweihung eines »Ehrenmals« für deutsche Soldaten bot ihm die Gelegenheit zu einem gefeierten Auftritt, der von der Flugschau zweier saarländischer Helden der NS-Luftwaffe begleitet war. Auch Kultusminister Franz Josef Röder suchte die Nähe des »Kriegshelden« und

sprach zu der begeisterten Menge. Rudel war auch ein gern gesehener Gast bei seinen ehemaligen Kameraden, die 1956 eine neue Verwendung als Kommandeure der Bundesluftwaffe fanden. Als es einige mit ihrer Bewunderung übertrieben, kam es 1976 zu einem öffentlichen Skandal, der mit der Entlassung zweier Generäle endete. Dem deutschen Sport und dem DFB war Rudel seit den 1940er-Jahren eng verbunden. So war er auch Gast bei der WM 1958 in Schweden und ließ sich mit dem damaligen Bundestrainer Josef Herberger fotografieren. Er nannte Herberger seinen Freund, ohne dass dieser öffentlich widersprochen hätte.

Anders als 1958 war die öffentliche Empörung über den Auftritt Rudels im deutschen Hauptquartier in Argentinien groß. Nur der DFB und Neuberger zeigten sich unbeeindruckt. »Herr Rudel ist meines Wissens Bundesbürger mit vollen Rechten wie die Protestierenden«, so Neuberger, »und ich hoffe doch nicht, dass man ihm seine Kampfflieger Tätigkeit während des Zweiten Weltkriegs vorwerfen will.« Die Kritik an Rudels Besuch komme »einer Beleidigung aller deutschen Soldaten gleich«.

Das war sein Schlusswort. Der DFB und Neuberger ignorierten die öffentliche Kritik. Im DFB selbst gab es keinerlei wahrnehmbare Opposition gegen den Schulterschluss mit Rudel. Drei Jahre später besuchte er auf Einladung des Ski- und Wandervereins Kirrberg erneut das Saarland. Am 21. Juni 1981 nahm er als Ehrengast an der 14. Internationalen Volkswanderung teil. Die eigens hergestellte Volkswanderplakette der saarländischen Wanderfreunde zeigt »Oberst Rudel mit seinem Kampfflugzeug und der Aufschrift ›STUKA JU 87 – Oberst Rudel‹ [...] Im Schulhof wurde er vom Fanfarenzug aus Weilerbach / Pfalz mit einem Ständchen begrüßt«, berichtet die Saarbrücker Zeitung vom 24. Juni 1981. Ob er bei dieser Gelegenheit seinen Kameraden Neuberger traf, wurde nicht überliefert. Rudel starb 1982, und zwei Phantomjäger der Luftwaffe flogen »aus Versehen«, so die Bundeswehr, bei der Beerdigung über den Friedhof. Neuberger verstarb 1992 und wird bis heute im Saarland als Namensgeber von diversen Preisen, Straßen, Turnhallen, einer Sportschule und sogar einer Gesamtschule in Völklingen geehrt.

Literatur:

Besonders zu empfehlen zur Geschichte des DFB ist das Standardwerk von Arthur Heinrich »Der deutsche Fußballbund. Eine politische Geschichte«, Köln 2000.

Zur WM in Argentinien Dietrich Schulze-Marmeling (Hrsg.) »Die Geschichte der Fußball Nationalmannschaft«, Göttingen 2004, hier S. 272–284.

Über die Kundgebung in Dillingen mit Rudel und Röder berichtet die Saarbrücker Zeitung am 19. Juni 1958 im Lokalteil für Saarlouis und Dillingen.

Die SS-Mitgliedschaft von Rudel wird publik gemacht von Daniel Schilling »Die Rudel Affäre. Genese, Wirkung und Folgen eines politischen Skandals«, Berlin 2020.

Rudel hatte immer darauf bestanden, ein unpolitischer Soldat gewesen zu sein. Beleg für die Behauptung sei seine Nichtmitgliedschaft in der NSDAP. Der bundesdeutsche Verfassungsschutz wusste aber spätestens seit 1976, dass Rudel Mitglied der elitären SS war, und behandelte dies als Staatsgeheimnis. Schilling, der für die historische Abteilung der Bundesluftwaffe schreibt, verwendet die Quelle »Dossier Rudel Verfassungsschutz«, ohne näher darauf einzugehen.

Über Rudel als NS-Propagandafigur schreibt der Dresdner Historiker Jens Wehner in seinem Aufsatz »Stuka! Mythos und Wirklichkeit« in der Zeitschrift Militärgeschichte, die von der Bundeswehr herausgegeben wird. Heft 2/2015.

Dokumentarfilm »Das Mädchen – Was geschah mit Elisabeth K.«, Regie Eric Friedler, Deutschland 2014.

... Der Tod war näher

Ein Saarbrücker NS-Prozess vor 50 Jahren

Von Ralph Schock

Ende Juni dieses Jahres jährt sich das Urteil im Prozess gegen Fritz Gebauer vor dem Schwurgericht Saarbrücken zum 50. Mal. Im September 1970 begann der Prozess gegen den ehemaligen SS-Obersturmführer, der von Mai 1942 bis Herbst 1943 die Zweigstelle des »Deutschen Ausrüstungswerks« des KZ Janowsky-Straße in Lemberg, ein Zwangsarbeitslager, geleitet hatte. Nach 1941 wurde die Stadt Teil des sogenannten Generalgouvernements, heute gehört Lwiw zur Ukraine. Nach zehnjährigen Ermittlungen und einem monatelangen Verfahren wurde der Angeklagte wegen grausamster Verbrechen zu lebenslanger Haft verurteilt.

Soll man an Nazi-Verbrechen erinnern? Gewiss. Auch an die Namen derer, die diese Verbrechen begangen haben? Die unfassbar schreckliche Untaten verübten? Wäre es nicht angemessener, ihre Namen zu verschweigen, sie einer *damnatio memoriae* zu unterwerfen? Obwohl Brecht schrieb: »Das Verbrechen hat einen Namen, Anschrift und Gesicht. Von Fall zu Fall muss man es benennen.«

Vielleicht liegt ein solcher Fall vor. Der ehemalige Elektromechanikermeister Fritz Gotthard Gebauer wurde am 14. Juli 1906 in Breslau geboren, am 1. Januar 1931 wurde er Mitglied der NSDAP, im März 1931 verpflichtete er sich zur SS. Nach dem Krieg gelang es ihm unterzutauchen, obwohl sein Name während des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses mehrfach genannt wurde. Wie vielen anderen Nazis gelang ihm in der DDR eine Karriere, zunächst als Arbeitsorganisationssekretär der SED. Kurz vor seiner Ernennung zum Stadtsekretär der Partei in Dessau fürchtete er allerdings Nachforschungen und setzte sich 1960 nach Saarbrücken ab. Vielleicht, weil sein Stellvertreter und Nachfolger, Gustav Willhaus, aus Forbach stammte, obwohl sich die beiden nicht ausstehen konnten.

Auch Willhaus war ein berüchtigter Sadist, der wie Gebauer Schießübungen aus seiner Wohnung oder der Bürobaracke auf vorbeigehende Juden veranstaltete, sie zielten hauptsächlich auf ihre Nasenspitzen oder Finger. Im Winter wurden gefesselte Gefangene in mit Wasser gefüllte Fässer gesteckt, bis sie erfroren

waren; morgens musste das Eis aufgehackt werden, um die Leichen zu bergen. Zur Feier von Hitlers 54. Geburtstag wurden in dem Lager vierundfünfzig Juden erschossen. Willhaus habe Menschen getötet »wie ein anderer Häcksel schneidet«, sagte ein Augenzeuge vor der Staatsanwaltschaft Stuttgart.

Gebauer konnten nur drei Morde einwandfrei nachgewiesen werden, auch durch mehr als fünfzig nach Saarbrücken vorgeladene Zeugen, darunter Simon Wiesenthal und Leon W. Wells, dessen gesamte Familie in dem Lemberger KZ ermordet wurde. Wells beschreibt Gebauer in seinen Erinnerungen »Ein Sohn Hiobs«, einem erschütternden Bericht über unfassbare Exzesse der Unmenschlichkeit, folgendermaßen:

»Er sah überdurchschnittlich gut aus und machte eine glänzende Figur. Groß und breit schultrig, hielt er sich meist leicht nach vorne gebeugt, was ihm einen aristokratischen Anstrich verlieh. Am stärksten beeindruckten seine pechschwarzen Augen, die in einem scharf und interessant geschnittenen Gesicht blitzten. Er hatte eine sehr angenehme, melodische Stimme mit einem betont maskulinem Timbre.« (S. 99)

Zeugenaussagen belegen dessen unvorstellbare Grausamkeiten. Als ein Häftling mit seinen Armen Gebauers Schläge mit einer Peitsche abzuwehren versuchte, stieß dieser ihn in eine Latrinengrube und drückte mit dem Stiefel seinen Kopf so lange herunter, bis er ertrunken war. Auch weitere Juden wurden auf

diese Weise ermordet. Andere Gefangene warf er in Kalk, bis sie erstickten. Weil ein anderer Häftling nicht schnell genug in einen Lysol-Kübel zur Entlausung kletterte, wurde er von Gebauer erschossen. Eine seiner häufigsten Tötungsmethoden sei es gewesen, Häftlingen mit dem Stiefelabsatz so lange auf die Kehle einzutreten, bis sie tot waren. Andere bezeugten, er habe ein kleines jüdisches Kind gegen eine Wand geworfen. Im November 1941 erwürgte er in der Tischlerwerkstatt des Lagers den jüdischen Zahnarzt Dr. Luchs, weil sich dieser dort aufwärmen wollte und zwei Kartoffeln auf den Ofen gelegt hatte. Morgens und abends oder bei Exekutionen musste das Lagerorchester aufspielen, darunter den sogenannten Todestango. 1942 wurden nacheinander alle Mitglieder dieses Orchesters erschossen, während es auf dem Appellplatz spielte. Von den 150.000 Lemberger Juden erlebten das Kriegsende nur 15.000. »Wir sagten zwar immer, die Rettung sei nahe«, schreibt Wells, »aber unglücklicherweise war der Tod näher«. (S. 156)

Gebauer starb 1979. Er hatte sich wie viele seiner Mittäter der Verfolgung und Bestrafung zuerst in der DDR, später in der Bundesrepublik jahrelang entziehen können, hier geschützt durch ein Netzwerk ehemaliger Nazis in Justiz und Medizin, die den Tätern reihenweise Verhandlungsunfähigkeit bescheinigten.

Einer von ihnen war der an der Medizinischen Fakultät der Universität des Saarlandes in Homburg lehrende Professor für gerichtliche Psychiatrie und Kriminologie Hermann Witter (1916–1991), NSDAP-Mitglied seit 1936 und Mitglied im Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebund. 1982, vor einem geplanten Prozess gegen Werner Best, den Stellvertreter Reinhard Heydrichs, attestierte Witter diesem »erhebliche Merk- und Gedächtnislücken«, woraufhin der Prozess platzte. Nach Ansicht von Simon Wiesenthal ein Fall »medizinischer Amnestie«. Bis heute verleiht die »Südwestdeutsche Akademie für Forensische Psychiatrie« den Hermann-Witter-Preis.

Der Gebauer-Prozess

Von Johanna Henkel

Die Anklagepunkte gegen Gebauer umfassten 54 Fälle, in denen Menschen durch Gebauers Gewalt und Folter mutmaßlich schwer verletzt und getötet wurden. Lediglich drei Morde konnten restlos aufgeklärt werden. Der neun Monate dauernde Prozess war von strukturellen Komplikationen, Verschleppungen, Widersprüchen und Überraschungen durchzogen.

Der Auftakt

Die Hauptverhandlung wird am 16. September 1970 im Schwurgericht Saarbrücken eröffnet. Vorsitzender ist Udo Gerber, Staatsanwalt Gärtner und Oberstaatsanwalt Uhl vertreten die Anklagebehörde. Die Verteidigung übernehmen die Rechtsanwälte Manfred Merziger

und Jürgen Kilsch. Der Angeklagte beteuert seine Unschuld und bestreitet sogar die unwürdigen Lebensumstände für die jüdischen Häftlinge im »Deutschen Ausrüstungswerk« des KZs in Lemberg (DAW). An eventuellen unglücklichen Betriebsunfällen sei sein Kontrahent Willhaus schuld. Dieser ist 1945 im Krieg gefallen. Das gerichtliche Gutachten des Angeklagten wird von Dr. Hermann Witter, zu der Zeit Professor für das Fach Neurologie und Psychiatrie an der Universitätsklinik Homburg, verfasst. Als historischer Sachverständiger wird Hans-Günther Seraphim angehört, der schon bei den Nürnberger und anderen NS-Prozessen dabei half, die Täter freizusprechen. Im Fall Gebauers gibt er die Einschätzung, dass das Töten für Gebauer keinen Sinn gemacht habe, da er sich damit ausschließlich selbst geschadet hätte.

Die Zeugenbefragung

Mit der Zeugenbefragung beginnt die zweite Phase des Prozesses. Viele Zeugen, die als Häftlinge bei den Exekutionen zuschauen oder selbst den Strick anlegen mussten, brechen im Zeugenstand zusammen. Die schweren Belastungen führen zu einem dringenden Tatverdacht des Mordes in 21 Fällen. Der bislang gültige Haftbefehl, der bis dahin außer Vollzug gesetzt wurde, wird aufgehoben und ein neuer Haftbefehl erlassen. Die Verhaftung Gebauers im Gerichtssaal provoziert beim Angeklagten einen Nervenzusammenbruch, mit dem er ins Krankenhaus eingeliefert werden muss. Der Gefängnisarzt, Dr. Rainer Luthe, bestätigt jedoch die Verhandlungsfähigkeit für den nächsten Verhandlungstag. »Ich bin der Meinung, daß Gebauer der Verhandlung folgen kann, wenn er will«, resümiert er. Gebauer wird mit einer Tragbahre in den Gerichtssaal gebracht. Daraufhin beantragt der Verteidiger Kilsch die Ablehnung des Schwurgerichts wegen Befangenheit. Der Antrag wird abgelehnt. In der Zwischenzeit möchte der Verteidiger Merziger von der Pflichtverteidigung entbunden werden, da sein Honorarvorschuss noch nicht beschieden worden sei und er seine Existenz somit gefährdet sehe. Merzigers Antrag wird als unbegründet abgelehnt. Es ist schon das Jahr 1971, als mit dem Zeugen Leon Wells der Prozess verstärkt öffentliche Aufmerksamkeit bekommt. Danach folgt eine Reise des Schwurgerichts nach Amerika, die viele belastende Zeugenaussagen bringt.

Entlastungszeugen

Hugo Pleines, früherer Stellvertreter Gebauers, hält dagegen und behauptet im Zeugenstand: »Während meiner Dienstzeit bei den DAW ist niemand an Entkräftung oder so gestorben.« Der Prozess wird durch die unablässigen Anträge der Verteidigung verschleppt. Mal wird Gebauers Verhandlungsfähigkeit infrage gestellt, mal wird die Glaubwürdigkeit der Zeugen angezweifelt. Der März ist verstrichen, und das erhoffte Prozessende bleibt außer Sichtweite. Es ist schon der 50. Verhandlungstag im Prozess erreicht. Verteidiger Merziger beantragt die Vernehmung der Entlastungszeugin Irena Poblewska aus Israel. Sie wird vorgeladen, es stellt sich aber erst in

Saarbrücken heraus, dass sie in einem 75 Kilometer entfernten Lager untergebracht war und keine Aussagen zu den Vorkommnissen im Janowska-Lager treffen kann. Der Richter Gerber ist erzürnt, Merziger beantragt erneut die Ablehnung des Richters wegen Befangenheit. Stattdessen stellt der Landgerichtspräsident Gehrlein einen Strafantrag gegen Merziger wegen Beleidigung und Rechtsbeugung. Gebauer wittert den Versuch, »seine Verteidigung systematisch zu zerstören«, und erwägt, auch eine Strafanzeige wegen seiner Inhaftierung zu stellen. Er beteuert »seinen guten Willen, die Dinge aufzuklären«, doch fühlt er sich nicht beachtet. Er zieht den Schluss, dass ab jetzt Schweigen für ihn der einzige Weg ist, mit der Situation umzugehen. Eine Reise des Schwurgerichts nach Israel bringt wenig brauchbare Zeugenaussagen. Nach neun Monaten und 60 Verhandlungstagen wird die Beweisaufnahme geschlossen.

Dreimal lebenslänglich und keine Haft

Der Staatsanwalt Gärtner plädiert auf achtmal lebenslange Freiheitsstrafe wegen achtfachen Mordes und eine Freiheitsstrafe von 15 Jahren wegen versuchten Mordes. Die Verteidigung plädiert auf Freispruch. Man solle mit Nazi-Prozessen wie diesen, deren Beweislage sich lediglich auf Zeugenaussagen und nicht auf Urkundenbeweise stützen, aufhören, so Kilsch. Am 29. Juni 1971, dem 64. Verhandlungstag, wird Fritz Gebauer vor dem Schwurgericht Saarbrücken wegen Mordes in drei Fällen zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt. Nach dem Urteil wird der Haftbefehl ausgesetzt. Das Schwurgericht begründet dies laut der Saarbrücker Zeitung vom 30. Juni 1971 damit, dass nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes das Aussprechen einer lebenslangen Freiheitsstrafe nicht für die Inhaftierung des Angeklagten genüge. Es müssen vielmehr Gründe dafür vorliegen, weshalb sich der Angeklagte dem weiteren Verfahren entziehen könne. Die Inhaftierung während des Prozesses war hingegen rechtskräftig, da dort die Gefahr bestand, dass sich Gebauer dem Prozess entziehe. Die Verteidigung legt Revision ein. Gebauers Wohnsitz befand sich schon während des Prozesses in Seesen, im Harz. Auch nach dem Urteil bleibt er dort

wohnen. Er muss sich lediglich regelmäßig bei dem Polizeirevier in Seesen melden, damit sichergestellt ist, dass er nicht flüchtet. Der Bundesgerichtshof weist den Revisionsantrag zurück.

Gnadenersuche

Es folgen mehrere Gnadengesuche. Gebauer befindet sich mittlerweile wegen verschiedener Altersleiden im Anstaltskrankenhaus der Vollzugsanstalt Lingen. Am 4. Dezember 1973 lehnt der saarländische Ministerrat mit dem Justizminister Alois Becker das Gnadengesuch ab. Ein weiteres Gnadengesuch wird am 9. April 1974 abgelehnt. Im Jahr 1977 schaltet sich auch die Kirche ein. Der Landesbischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover schreibt an den Justizminister des Saarlandes, inzwischen ist Rainer Wickelmayr im Amt, und bittet ebenfalls, Gebauer die Gnade zu erweisen. Er betont den schlechten Gesundheitszustand und das hohe Alter Gebauers und verweist auf andere Fälle, bei denen sich der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland für die Gnadenersuche der wegen Nazi-Verbrechen zu lebenslanger Haft Verurteilten eingesetzt hat und denen stattgegeben wurde. Auch der Leiter der Justizvollzugsanstalt in Lingen argumentiert leidenschaftlich für die Begnadigung. Gebauer stirbt am 9. August 1979 in Haft.



Fritz Gebauer, Bildquelle unbekannt.

Als Quellen wurden die im Stadtarchiv Saarbrücken aufbewahrten Ausgaben der Saarbrücker Zeitung und die im Landesarchiv vorhandenen Dokumente genutzt.

Konzertankündigung:

„Ich hatte einst ein schönes Vaterland ...“

2021 JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND

1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland (321 – 2021)

Literarisches Kammerkonzert
mit Roman Knižka
und dem Bläserquintett Opus 45

Sonntag, den 10. Oktober 2021, 18 Uhr

Dauer des Konzerts: ca. 120 Minuten
(mit einer Pause)

Der Ort wird noch unter www.boell-saar.de
bekanntgegeben.

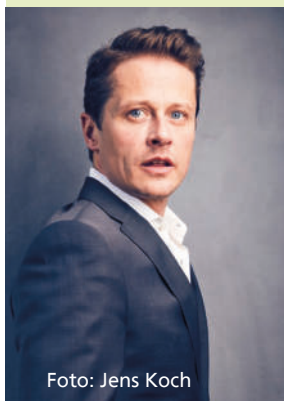


Foto: Jens Koch

Texte u. a. von Gotthold Ephraim Lessing,
Heinrich Heine, Rahel Levin Varnhagen
und Mascha Kaléko

Rezitation: Roman Knižka

Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy,
Alexander Zemlinsky, Denès Agay,
Jacques Ibert, Endre Szervánszky (u. v. m.)

Mehr Informationen zur Konzertreihe:
2021jlid.de
opus-45.de

Weitere Informationen
und Termine zu geplanten
Veranstaltungen finden Sie auf
unserer Website
www.boell-saar.de und
facebook.com/BoellSaar



Heinrich-Böll-Stiftung Saar

Jazzpionier Borchard auf der Anklagebank

Von Oliver Siebisch

Vor 90 Jahren wurde beim Landgericht Saarbrücken Anklage gegen den deutschen Jazzpionier Eric Borchard erhoben. Der Tatvorwurf: fahrlässige Tötung.

Mythos und Wirklichkeit sind in der Biografie des Bandleaders Eric Borchard noch immer nicht völlig auseinanderzuhalten. Zwar haben es zwei Jazzspezialisten in den 1980er Jahren unternommen, die ihnen zugänglichen Informationen über den 1886 als Erich Borchardt in Berlin geborenen Musiker in akribischer Weise zusammenzutragen, auch jüngere Forschungen haben viel erbracht, doch Fragezeichen bleiben. Borchard, wohl in den USA erstmals in Kontakt mit Jazzmusik gekommen, spielte mit seinem Orchester bereits 1921 in Berliner Tanzlokalen und tätigte seine ersten Schallplattenaufnahmen. Überhaupt war der Kapellmeister ein Wegbereiter des Jazz in Deutschland während der 1920er Jahre, zeitgleich aber auch im europäischen Ausland tätig, international ein Begriff. Dennoch ist sein Name heute einer breiteren Öffentlichkeit nicht mehr bekannt, allenfalls erinnert sich der Cineast flüchtig an seinen Auftritt in Fritz Langs Stummfilm »Dr. Mabuse, der Spieler« (1922).

So wirkt es geradezu erstaunlich, dass Borchard in einem bedeutsamen Kriminalfall fassbar wird, der sich 1931 in Saarbrücken zutrug und über den verschiedene regionale wie überregionale Presseorgane ausführlich berichteten. Er verdient es, trotz seines boulevardesken Anteils, noch einmal entwickelt zu werden, spiegelt sich doch in ihm sondergleichen die konkrete exzessive Künstlerexistenz Borchards wie auch, abstrahiert davon, der aufgewühlte Zeitgeist in der kurzen Spanne zwischen Monarchie und faschistischer Diktatur.

Der zu dieser Zeit stark morphiumpabhängige Musiker gastierte seit April 1931 als »Eric Borchardt von der Deutschen Gramophon-A.G., Berlin« im Saarbrücker Café Kiefer. Er benötigte, laut einem Bericht der sozialdemokratischen Saarbrücker Tageszeitung *Volksstimme*, zwei Dutzend Injektionen täglich, »um seinen Pflichten im Engagement [...] nachkommen zu können«. »Bei seinem Aufenthalt in Saarbrücken«, so berichtet dasselbe Organ, »hatte er mal zwei Tage lang kein Gift, so daß oft die Kapelle ohne ihren Meister spielen mußte, denn er war so zittrig und zerfahren, daß er den Bogen nicht mehr führen konnte«. Offenkundig befand sich Borchard auf dem absteigenden Ast seiner Karriere, denn wie die *Volksstimme* unter Berufung auf Berliner Kreise wusste: »Sein Ruhm erblaßte, je mehr er sich dem Genuß von Rauschgiften hingab.« Die *Saarbrücker Zeitung* relativierte dies etwas, wenn auch in der Vergangenheitsform, ausführend, dass »Eric Borchardt als Leiter einer ausgezeichneten Jazzkapelle ein weitbekannter und hervorragender Musiker« war.

Der sich aus diesen Umständen mittelbar ergebende Fall sei auf Grundlage der Berichterstattung der *Volksstimme* und der *Saarbrücker Zeitung* rasch rekonstruiert: Borchard wohnte mit seiner Saarbrücker Geliebten, der aus Götterborn stammenden 25-jährigen »Filialeiterin« Margot Candelier, »Tochter eines französischen Oberlehrers«, »im selben möblierten Zimmer«. Am 11. April 1931 wurde sie »tot auf dem Diwan liegend aufgefunden«. Der gerichtsmedizinische Befund



Aus der Zeitschrift »Elegante Welt«, 28. Januar 1925, Sammlung Rainer E. Lotz.

lautete auf Erstickung durch ein »10 Zentimeter langes Stück Gummischlauch«. Nach Borchards Einlassung dazu habe er nach seinem Erwachen einen Suizidversuch der jungen Frau durch Einnahme des Schlafmittels Phanodorm vermutet und mit seinem Bandmitglied Heinz Hoffmann versucht, die Frau wiederzubeleben. Dann hätten beide sich bemüht, ihr unter Verwendung eines alten Gasschlauchs den Magen auszupumpen. Borchard und Hoffmann, in der Absicht, »kein Aufsehen zu erregen«, und wohl in der naiven Annahme, sie gerettet zu haben, ließen daraufhin »das schwerkranke, bewußtlose Mädchen zwei Stunden allein im Zimmer« und gingen schlicht »zum Mittagessen«. Der jungen Frau jemals Morphium verabreicht zu haben, bestritt Borchard entschieden.

Der Vorfall als solcher war Grund genug dafür, dass Borchard wegen des dringenden Tatverdachts der fahrlässigen Tötung verhaftet wurde. Diese Entwicklung zog starke Aufmerksamkeit auf sich. Daher wurden »nicht allein aus dem Reiche, sondern aus

allen Ländern Westeuropas sowie aus Amerika Berichte über den Stand der gegen ihn schwebenden Untersuchung angefordert«. Das Gesuch einer englischen Zeitung nach Fotos von Borchard und der jungen Frau wurde indes »von der Saarbrücker Kriminalinspektion zurückgewiesen«.

Die Verhandlung des infolgedessen gegen Borchard vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Saarbrücken anberaumten Sensationsprozesses fand am 12. Juni 1931 statt. Borchard tätigte seine oben umrissene Aussage teils »mit bewegter Stimme«. Dabei behauptete er, dass er das Morphium ursprünglich seit 1926 benutzt habe, um Schmerzen wegen einer Nierenkolik und einer Operation zu lindern. Danach wurde der Frage nachgegangen, ob Margot Candelier tatsächlich suizidgefährdet war. Hierzu machten Zeugen wie Sachverständige völlig unterschiedliche Angaben. Der Staatsanwalt stellte in seinem Plädoyer Borchard als gewissenlosen Menschen dar. »Es muß«, so führte er moralisierend aus, »ein seltsamer Zauber von den Leuten im grellen Lampenlicht ausgehen, wenn sie ihre verführerischen Weisen erklingen lassen«. Entgegen seiner Darstellung habe Borchard in Wirklichkeit wohl der jungen Frau Morphium verabreicht, »vermutlich aus sexuellen Gründen heraus«. Dennoch räumte er ein, dass Borchard angesichts seines Zustandes nicht in vollem Umfang strafrechtlich belangt werden sollte.

Die Verteidigung machte geltend, dass Borchard die ihm zur Last gelegte Tat in bester Absicht begangen habe und versuchte, diese »aus dem Milieu« heraus zu erklären. Die besondere Disposition des Angeklagten unterstrich auch ein als Sachverständiger herbeigezogener Berliner Psychiater, bei dem Borchard verschiedentlich in Behandlung gewesen war. Er sprach von der »unglaublichen kritiklosen Selbstüberschätzung«, die Borchard als Abhängigem zweifelsohne eigne. Daraus leite sich verminderte Schuldfähigkeit her. Ein Fachkollege attestierte dem Künstler gar, dass er ein »Psychopath« sei und ihm »Infantilismus« nicht abgesprochen werden könne. Das Gericht folgte nicht dem vom Staatsanwalt geforderten Strafmaß und verurteilte den Angeklagten im Lichte der Tatsache, dass er sich in einem krankhaften Zustand befinde, zu einer Haftstrafe von zehn Monaten. Ein menschliches Urteil scheint hier der Justiz geglückt zu sein.

Borchard verbüßte seine Strafe im Saarbrücker Gefängnis Lerchesflur zur Gänze und kehrte dann vorübergehend nach Berlin zurück. Wohl wegen der baldigen neuen Machthaber, die sich kaum mit seiner Art der Tanzmusik hätten anfreunden können, ging Borchard wenig später erneut ins europäische Ausland, starb 1934 in Amsterdam.

Wer sich eine Vorstellung davon machen möchte, wie Borchard um diese Zeit klang, sei auf das Netz verwiesen. Ein Sammler erwarb vor zehn Jahren bei einem Antikhändler einen Posten Schallplatten, wobei sich herausstellte, dass es sich um für ein Berliner Billiglabel 1932 entstandene, bis dahin teils unbekannte Aufnahmen eines von Borchard neu zusammengestellten Orchesters handelte. Diese fast durchweg hervorragenden Aufnahmen, deren Träger mitunter nur aus Pappe mit aufgebraachter gehärteter Gelatine bestehen, wurden digitalisiert und sind seitdem online zugänglich. Besonders empfehlenswert sind die Titel »Mean Music« und »Georgia On My Mind«, bei denen Borchard selbst singt.

Quellen:

- Bergmeier, Horst J. P. und Lotz, Rainer E.: *Eric Borchard Story*. Menden: Edition »der Jazzfreund« 1988 (in englischer Sprache). Der Name des Musikers wird häufig unterschiedlich angegeben. In Saarbrücken ist meist von »Borchardt« die Rede, auch »Erik« als Schreibweise seines Vornamens taucht auf.
- »Kapellmeister Erik Borchardt verhaftet«, *Saarbrücker Zeitung*, 13. April 1931.
 - »Eine sensationelle Verhaftung in Saarbrücken«, *Volksstimme*, 13. April 1931.
 - »Die Affäre Borchard«, *Saarbrücker Zeitung*, 14. April 1931.
 - »Obduktionsergebnis im Falle Borchardt«, *Volksstimme*, 15. April 1931.
 - »Selbstmordversuch des Kapellmeisters Borchardt«, *Volksstimme*, 16. April 1931.
 - »Außerordentliches Interesse für den Fall Borchardt«, *Volksstimme*, 17. April 1931. Dies rühre daher, dass er es gewesen sein soll, der »nach seiner Rückkehr aus Amerika als erster Jazzmusik in Deutschland zu Gehör brachte«.
 - »Woher Kapellmeister Borchardt Rauschgift bezog«, *Volksstimme*, 20. April 1931.
 - »Jazzdirigent Erik Borchardt wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht«, *Volksstimme*, 11. Juni 1931.
 - »Kapellmeister Borchardt vor Gericht«, *Volksstimme*, 13. Juni 1931.
 - »Borchardt erhält 10 Monate Gefängnis«, *Saarbrücker Zeitung*, 13. Juni 1931.

» Mystikerinnen im Feminismus

In Saarbrücken grassiert der spirituelle Feminismus. Zwei Fallbeispiele.

Von Isabelle Bastuck

Spiritualität unter Frauen ist breitgefächert. Von Matriarchatsideen der »Großen Göttin« als Mutter Erde bis heidnische Kräuterheilkunde vermeintlicher Hexen. Auch in den etablierten Religionen gibt es zuweilen Bemühungen um die feministische Auslegung ihrer heiligen Schriften. SaarbrückerInnen durften in diesem Frühjahr gleich zwei Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex besuchen. In einer sollten sie lernen, den spirituellen Feminismus des Islams zu verstehen, in einer anderen die mystische Weiblichkeit in sich selbst erfahren.

Islamischer Feminismus ...

Im Februar lud die FrauenGenderBibliothek Saar in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Romanische Kulturwissenschaften und Interkulturelle Kommunikation der Universität des Saarlandes die islamische Feministin Khola Maryam Hübsch zum (Online-)Gesprächsabend ein. In einem kurzen Vortrag gab sie einen Überblick über Varianten des islamischen Feminismus und Bestrebungen eines sogenannten »Gender-Dschihad«, der sich an einer gendersensiblen Auslegung des Korans versucht. Die dieser Bemühung zugrunde liegende Vorgehensweise ist in der Philosophie als Zirkelbeweis bekannt. Bedeutet: Was zu beweisen ist, wird bereits vorausgesetzt. Als Prämisse gilt es, den Islam als Religion der Gerechtigkeit zu verstehen und deshalb Überlieferungen, die dem Ethos der Geschlechtergerechtigkeit nicht entsprechen, umzudeuten oder kategorisch als nicht authentisch herauszufiltern. Hier zeigt sich ein grundlegendes Problem: Eine Argumentation, die auf Glauben basiert, wird für Ungläubige immer einen blinden Fleck haben. Die Exegese folgt einem

Deutungsversuch, der zudem, so weiß auch Hübsch, nicht der kanonische im Islam ist.

»Männer machen die Götter, und Frauen beten sie an«, zitiert Simone de Beauvoir den Ethnologen James George Frazer. Dennoch können emanzipatorische Bemühungen von Frauen in den Religionen sinnvoll sein, wenn sie die Lebensrealitäten von Frauen oder anderweitig aufgrund von Geschlechtszuschreibung diskriminierten Menschen verbessern. Somit sollten auch AtheistInnen ein Interesse an religiösen Reformen haben, solange es Religionen gibt.

... oder konservative Apologetik?

Ihr Buch *Unter dem Schleier die Freiheit* möchte Hübsch als einen islamischen Emanzipationsbeitrag in der von ihr problematisierten »Multioptionsgesellschaft« verstanden wissen. Dabei widmet sie sich auch dem Kopftuch, dem sie ein emanzipatorisches Potenzial zuschreibt. Unter dem »Prinzip Kopftuch« versteht sie ein Leitbild des würdevollen Umgangs der Geschlechter, das allerdings eine Gentleman-Kultur voller tradierter Rollenbilder idealisiert: Wahre Muslime behandelten Frauen rücksichtsvoll, wie »aus Glas«, und während den Frauen im Libanon noch ihre Koffer hinterhergetragen würden, müssten sie an deutschen Flughäfen alleine klarkommen. Hübschs muslimische Idealgesellschaft ist nicht liberal, sie ist erzkonservativ: reizfrei und monogam, binäre Geschlechtertrennung in der Öffentlichkeit, Sex vor der Ehe unerwünscht. Kontrastiv dazu zeichnet sie das Bild eines hypersexualisierten Westens – Hübsch mutmaßt selbst hinter den Spenden für Femen angetörnte Männer –, dem mit der Abkehr von Gott auch die Fähigkeit zur wahren Liebe

abhandengekommen sei. Beziehungsformen außerhalb der klassischen Ehe betrachtet sie als pathologisch und kapitalistisch orientiert, sie spricht sich für die arrangierte Ehe als »Serviceleistung« aus. Eine mögliche Ehekrise gelte es zu überwinden und sich langfristig lieben zu lernen. Schließlich, so Hübsch, würden »60 Prozent der Ehen arrangiert und weitaus seltener geschieden als im Westen«. Wie viele dieser Ehen erzwungen sind, wie viele aus Zwängen nicht geschieden wurden, darüber spricht sie nicht. Die Zwangsehe sei schließlich nicht muslimisch, weil nicht im Koran angelegt.

Hübsch folgt in ihrer Argumentation ihrer Auslegung des Korans. Was der eigenen Deutungshoheit nicht entspricht, ist nach Hübsch nicht muslimisch. So redet sie von »pervertierten Lesarten« der Islamisten und »sogenannten islamischen Ländern«; ironischerweise spricht jedoch die Mehrheit der MuslimInnen auch Hübsch als Anhängerin der Ahmadiyya-Bewegung das Muslima-Sein ab.

Besonders prangert Hübsch die Doppelmoral jener an, die das islamische Kopftuch kritisieren, aber über die westliche Freizügigkeit hinwegsehen. Aus feministischer Sicht lässt sich beides problematisieren, ist doch die Verhüllung und die »Enthüllung« der Frau auf das gleiche Phänomen zurückzuführen: die Sexualisierung von Frauenkörpern. Wenn Hübsch aber das Verhüllen nun als feministischen Akt umdeutet, mit dem die Frau dem männlichen Blick Einhalt gebietet, akzeptiert und festigt sie diese Objektifizierung nur.

Hübschs Darlegungen zielen an den Lebensrealitäten vieler Frauen in muslimischen Kontexten vorbei. Eine Frau, die sich wohlfühlt, wenn ihre Familie ihren Ehemann (mit-) wählt, wenn Gott über allem steht, wird sich auch mit Hübschs vermeintlichem Feminismus wohlfühlen. Eine Frau, die gar keinen Mann sucht, die außerhalb ihrer Glaubensgemeinde heiraten will, die schlecht behandelt wird und sich scheiden lassen möchte, die keine Frau sein will, wird von diesem Weltbild ausgeklammert.

Dem »FrauenFrühling« blüht die esoterische Unterwanderung

Nicht nur in den Religionen labeln Frauen sich als spirituelle Feministinnen. Im Rahmen des Begleitprogramms »FrauenFrühling« des FrauenForums und der Stadt Saarbrücken zum Internationalen Frauentag fanden sich in diesem Jahr wie schon bei vergangenen Veranstaltungsreihen wieder Angebote, denen interessierte Feministinnen mindestens mit Skepsis begegnen sollten. Der Verein »Frauenmantel – Frau im Zentrum e.V.«, der sich laut Satzung der »Förderung einer gemeinsamen Basis von integraler feministischer und/oder ökologischer und/oder spiritueller Arbeit« verschreibt, lud ein zu einem »ganzheitlich[en]«, rundum »frauenstärkenden« Nachmittag im Saarbrücker Urwald mit besonderen Highlights: Wildkräuter entdecken, Tanzen im Freien und »Waldbaden«. Wer sich mit historisch gewachsenen Mythen über das Wesen der Frau auseinandersetzt, weiß um die verwobene Beziehung von Frau und Natur: »Sie ist Idol und Dienerin, Quelle des Lebens und Macht der Finsternis; sie ist das elementare Schweigen der Wahrheit und ist Arglist, Geschwätz und Lüge; sie ist Heilerin und Hexe; sie ist die Beute des Mannes und sein Verderben, sie ist alles, was er nicht ist und was er haben will, seine Negation und sein Seinsgrund«, schreibt Beauvoir über den weiblichen Mythos, der eine lange patriarchale Tradition aufweist. Indem der Mann sich als souveränes Subjekt setzt, definiert er sich auch immer durch das Andere, das, so Beauvoir, sowohl die Natur als auch die Frau in der ambivalenten Beziehung zum Mann umfasst. Durch ihre Gebärfähigkeit wird sie dadurch nicht nur auf natürlich-biologische Funktionen reduziert, sondern bündelt in Erweiterung die beunruhigenden Geheimnisse der Natur in sich. Spirituelle Pseudofeministinnen, die sich auf diese (männlich tradierte) Mystik berufen, definieren sich nun fatalerweise eigenständig als das Andere und begeben sich, anstatt die Frau zu entmystifizieren, auf die Suche nach ihrer essentialisierten »ureigenen Weiblichkeit«.

Aus dem Wald ins Netz der Verschwörungsgläubigen

Frauenspaziergänge im Wald, möchte man meinen, sind noch lange keine reaktionäre Praxis. Ein genauerer Blick auf die Angebote des Vereins und seine Netzwerke stellen jedoch seine Mitgliedschaft im FrauenForum und die Existenzberechtigung in feministischen Veranstaltungsreihen infrage. Die aktuellen Kursangebote reichen von harmlosen Biogärtnern-Workshops über klar esoterische Meditationen bis hin zur medialen »Informationsentgiftung«. In Kooperation mit dem »Zentrum Annette Blasius« in Merzig – dessen Referentinnen unter anderem Probleme mit der Wirbelsäule energetisch zu heilen wissen – findet zudem das fünfteilige Seminar »Frauen-Jahres-Zyklen« zum Schnäppchenpreis von 950 Euro statt. Geleitet wird dieses Seminar von einer selbsternannten Tanzschamanin, die nach eigener Aussage »von Maria Magdalena, Yeshua, dem Lichtwesen Efigenia, der Göttlichen Ur-Mutter und den Elfenwesen eng begleitet« wird.

Nur einen Klick weiter findet sich die Website des *Maas-Magazins*, dessen Verlegerin Anita Maas darüber hinaus zum Vereinsvorstand gehört. In ihrem Vorstellungsvideo treten auch zwei Autoren ihres Magazins auf, unter anderem der österreichische Mediziner Ruediger Dahlke, ein Vertreter der Reinkarnationstherapie, der nicht nur für seine kruden esoterischen Positionen, etwa der Propagierung von Lichtnahrung, bekannt ist, sondern im letzten Jahr auch auf Querdenker-Veranstaltungen gegen Coronamaßnahmen protestierte und sich dabei zu den strukturell antisemitischen Verschwörungstheorien zu Bill Gates bekannte.

Anita Maas selbst präsentiert sich medial auf den ersten Blick mit ihrem Naturcoaching-Angebot als typisch-baumumarmende Selbstfindungshilfe, allerdings gelangt man durch verlinkte Interviews schnell auf höchst fragwürdige Webpräsenzen wie die von »Welt im Wandel TV«, eine große Esoterik-Organisation, die auf jährlich stattfindenden Kongressen das große Geschäft mit leichtgläubigen Menschen macht. In deren Mediathek schwadroniert Maas zwischen Interviews mit RechtsesterikerInnen, WunderheilerInnen

und Verschwörungsgläubigen über den Sinn des Lebens. Dass Maas derlei Inhalten selbst nicht abgeneigt ist, zeigt sich letztlich auch auf ihrem privaten Facebook-Account, wo sie Fake News verbreitet, vor 5G-Strahlung warnt und gängige Verschwörungsideologien bedient.

Transzendenz im Feminismus

Die beiden auf den ersten Blick sehr unterschiedlichen Versuche eines spirituellen Feminismus teilen bei näherer Betrachtung gemeinsame Ansätze: Islamischer und esoterischer Feminismus essentialisieren die Frau oder geben ihr ein bestimmtes Rollenbild. Sie schreiben ihr ein bestimmtes Wesen oder bestimmte Eigenschaften oder Pflichten zu. Sie bewegen sich in der Linie eines kulturellen Differenzfeminismus, dem es mitunter an gesellschaftstheoretischer Einsicht mangelt. Der Kern beider Ansätze ist jedoch keine emanzipatorische Praxis, sondern die Suche nach etwas Übergeordnetem. Dem ordnen sich auch die geschlechterspezifischen Zuschreibungen unter: Das Kopftuch der Muslima ermögliche ihr eine transzendente Beziehung zu Gott, der nach Hübsch auch die Grundlage ihrer Gleichberechtigung ist. Die Esoterikerin sieht das Frau-Sein an sich als Quelle der Transzendenz.

Auch de Beauvoir spricht von Transzendenz im Feminismus. Allerdings von einer diesseitsbezogenen: In eine Welt geworfen, die die Frau als Objekt setzt, muss es ihr gelingen, sich von diesem Objektstatus in ein Subjekt zu transzendieren, also einen Selbstentwurf zu verwirklichen, der ihre patriarchale Attributierung überschreitet. Vielleicht braucht Saarbrücken etwas mehr Mut zur Beauvoir'schen Transzendenz: mehr Mut zur differenziert feministischen Religionskritik, mehr Mut zur Problematisierung von pseudofeministischen Inhalten und ihren bedenklichen Verstrickungen.

Quellen:

Beauvoir, Simone de: Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau. 5. Auflage 2005, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.

Hübsch, Khola Maryam: Unter dem Schleier die Freiheit. 2014, Patmos Verlag, Ostfildern.

»» Einer von 80 Millionen SR2-Hörern beschwert sich

Von Reinhard Wilhelm

Auf *SR2* läuft derzeit eine wunderbare Imagekampagne in eigener Sache; eine von 80 Millionen ZuhörerInnen erklärt begeistert, dass *SR2* ihr Lieblingssender und das Programm einfach toll sei. »Ich schalte *SR2* jedes Mal ein, wenn ich in mein Auto einsteige«, sagt die Hörerin, »die Musik ist einfach schön, sie klingt angenehm«. Das überzeugt durch Kompetenz und Urteilskraft, ähnlich wie die Antwort der Kellnerin in einer Münsteraner Kultkneipe, wenn man sie nach Wein fragt: »Wir haben einen roten und einen weißen. Beide lecker!« Ich würde vermuten, dass das Programm von *SR2* im Auto der Dame als Hintergrundgeräusch den kaputten Auspuff oder die schleifende Bremse übertönen muss.

Marktforschungsunfälle

Begründet werden Programmreformen immer mit Media- oder Marktanalysen. Man versucht angeblich herauszufinden, was der Konsument will, und dann versucht man, ein Programm zu schneiden, welches seinen Wünschen entgegenkommt.

Zu Studienzeiten hatte ich eine Freundin, die bei einem bekannten Marktforschungsinstitut arbeitete. Sie wurde beauftragt, für einen Autohersteller eine Markstudie über zukünftige Modelle durchzuführen. Die PKWs dieses Herstellers zierten häufig umhäkelte Klopapierrollen im Heckfenster. Die Freundin nahm den einfachsten Weg, Probanden zu rekrutieren. Alle, meist studentischen, Freunde und Bekannten wurden mit dem Angebot eines Mittagessens geködert. Sie verriet uns die Antworten auf die Eingangsfragen, mit denen wir uns im richtigen Marktsegment verorteten. Wir sahen in den entworfenen

zukünftigen Modellen schon die umhäkelte Klopapierrolle im Heckfenster vor uns und fanden die Autos einfach nur schrecklich. Unsere Autoträume waren schnittige Autos wie der BMW 1602. Entsprechend sah das Ergebnis der Befragung aus. Sie fand ihren Weg in die Tonne.

Der WDR gab natürlich vor seiner Programmreform auch eine Umfrage in Auftrag, in der klassik-affine Menschen ihre Musikwünsche äußern durften. Als klassik-affin ging jemand durch, der auf die Frage nach seinem Interesse an klassischer Musik »sehr hoch«, »hoch« oder »mittel« geantwortet hatte. Allerdings stellte sich laut *ZEIT* heraus, dass der größte Teil der Befragten als Lieblingssender *1Live*, einen Popmusiksender, angab. Leider haben sie die Ergebnisse nicht in die Tonne getreten, sondern sie zur Grundlage ihrer Reform gemacht.

Schon vor einigen Jahren erklärte mir die kurz zuvor ins Amt gekommene *SR2*-Wellenchefin Dr. Ricarda Wackers, dass laut Media-Analysen Kultur-Programme im Radio nur noch als Hintergrundgeräusch liefen. Leute wie ich, Teil der »alten Hörschaft«, die gezielt Sendungen einschalteten, seien eine aussterbende Gattung. Dieser Analyse folgend wurde das *SR2*-Programm noch unter dem Vorgänger Frank Johannsen 2014 in einer Programmreform immer mehr in Richtung gehobenen Dödel funks umgestaltet. Das gesamte Tagesprogramm unter der Woche zwischen 6.00 und 17.30 Uhr wurde auf Crossover umgestellt. Keine ganzen Sinfonien, Sonaten oder Opern mehr, stattdessen Classic Hits, einzelne Sätze aus Sinfonien, Konzerten oder Etüden von Bach, Mozart, Beethoven oder Haydn und anschließend einen Folksong, ein französisches Chanson oder ein Stück Weltmusik.

Chormusik geht gar nicht mehr. Die will laut der Media-Analyse keiner mehr hören.

Man stelle sich einen Menschen vor, der mit SR2 sozialisiert wurde, also täglich das musikalische Allerlei zwischen 6 und 17:30 Uhr zu hören bekommen hat. Welch ein Schock wird es für ihn sein, wenn er bei einem Konzert entdeckt, dass Beethovens 9. Sinfonie nicht nur aus dem letzten Satz besteht, sondern tatsächlich vier Sätze hat, dass der zweite Satz von Mozarts Klavierkonzert KV 467 tatsächlich noch einen Satz davor und einen dahinter hat, dass auch in der klassischen Musik gesungen wird, teilweise sogar von mehreren Sängern gleichzeitig, und sich das sogar, wenn es gut gesungen ist, auch gut anhört. Nicht auszudenken! Sein ganzes bisheriges Musikleben wird in Trümmern vor ihm liegen.

Die oben erwähnte Imagekampagne fällt zusammen mit einer heißen, bundesweit geführten Diskussion über die Zukunft des Kulturradios. Denn einige andere ARD-Sender machen sich jetzt auch auf den Weg, den SR2 schon vor ein paar Jahren beschritten hat. Die FAZ, die ZEIT und die Süddeutsche berichten über Entwicklungen der Kulturprogramme beim WDR und beim rbb. Ricarda Wackers bezeichnete damals mir gegenüber das reformierte Programm als »demokratisiert«. Im Gegenschluss muss man wohl folgern, dass der Anspruch auf das Hören von ganzen Werken oder sogar ganzen Sendungen klassischer Musik undemokratisch wäre. In dieselbe Richtung gehen aktuelle Äußerungen der Programmchefin des rbb-Kulturradio, die für das angeblich »bildungsbürgerliche«, alte Programm als Eingangsvoraussetzung Grundkenntnisse des Köchel-Verzeichnisses und die Teilnahme an »Jugend musiziert« sieht. Schlimmere Pappkameraden kann man eigentlich nicht aufbauen. Die ausschließlich klassische Musikauswahl habe ausschließend gewirkt, sagt sie. Inklusion ist ja heute angesagt, hier von Konzentrationsbehinderten, deren Aufmerksamkeitsspanne nicht über 5 Minuten hinausreicht.

In der Süddeutschen vom 7. Mail 2021 gibt Stefan Raue, Intendant des Deutschlandradios ein großes Plädoyer für das Kulturradio ab. Einerseits schreibt er, »das Ziel der Auftragsdebatte sollte die Vielfalt des Programmangebots sein, nicht die Engführung auf ein strenges Kultur- und Bildungsradio, das es so nur in nostalgischer Verklärung gegeben hat.«

Andererseits aber, »der drängende Wunsch, Radioprogramme weiterzuentwickeln, die Jazz, Alte Musik, Neue Musik, Literatur und Sachbuch, anspruchsvolles Hörspiel und Feature, Wissenschaft und Radiokunst bietet, darf nicht ignoriert werden, diese Wünsche stammen von unseren größten Fans...«. Ansonsten ist der größte Teil seines Artikels ein Plädoyer für Profil, Profil, Profil.

Auslöser großer Diskussionen bei WDR3 war der Weggang der Moderatorenlegenden Michael Stegemann und Kalle Burmester, die nach 34 bzw. 25 Jahren das Handtuch warfen. Beide moderierten das *Klassik Forum*, eine tägliche, mehrstündige Musiksendung ohne Nachrichtenunterbrechung, die eine ständige Hörerschaft von immerhin etwa 300.000 Menschen hat. Stegemann, ein äußerst kompetenter und gleichzeitig unterhaltsamer Sprecher über die von ihm präsentierte Musik, Professor für historische Musikwissenschaft an der TU Dortmund, musste sich von seiner neuen Chefin sagen lassen, dass er weisungsgebunden sei, und sie ihm sage, wo es lang gehe. Beide, Stegemann wie Burmester, mussten wohl erkennen, dass für sie bei WDR3 kein Platz mehr war.

Das SR2-Restprofil

Wiederholt haben sich betroffene Redakteure, z.B. in der Diskussion im Künstlerhaus Ralph Schock, ehemaliger Literatur-Chef, und Teile der »alten Hörerschaft« über die Reduktion der Sendezeiten über Literatur beklagt. Frau Wackers schafft es, diesen Rückgang mit einigen Rechenkunststücken in eine Vermehrung der Sendezeit umzukehren. Nun wurde das Literaturmagazin *BücherLese* und die Sendung *Literatur im Gespräch* von wöchentlich auf zweiwöchentlich abwechselnd umprogrammiert. Beiträge aus dem Magazin werden teilweise im Tagesprogramm gedoppelt und auch einige sonstige Beiträge zur Literatur kommen dort. Aber eine Stunde Sendung über Literatur an einem festen Sendeplatz, darauf kann sich der literaturaffine Zuhörer einstellen, ein Häppchen Literatur, irgendwo zwischen 6 und 17:30 Uhr eingestreut, geht im Hintergrundrauschen unter.

Jürgen Albers konnte sich jahrzehntelang ausschließlich den *Fragen an den Autor* widmen. Er konnte die anstehenden Bücher lesen

und sich sogar Gedanken dazu machen. Seine Nachfolger sollen das nebenbei schaffen. Diese leider mehrfach anzutreffende Überlastungsstrategie hilft sicher nicht, die Qualität zu verbessern. Nein, sie macht es schwer, sie zu halten. Das sieht man auch an anderer Stelle. Aber ich höre schon das Argument, kein Geld, kein Geld! Angelegentlich der Intendantenwahl wurde auch das monströse Gehalt des SR-Intendanten öffentlich erwähnt. Darin könnte man, mit großem Gewinn für das Programm, mehrere Mitarbeitergehälter unterbringen.

Das regelmäßige, spannende, fast 20 Jahre von Peter Kleiß gestaltete und moderierte Format *Jazz – live with friends*, nicht ganz ersatzlos gestrichen, aber nicht äquivalent ersetzt. Kleiß konnte sich darauf sogar noch voll konzentrieren. *Mouvement - Musik im 21. Jahrhundert*, lange abgeschafft. Die *Musik an der Saar*, mit festem Sendeplatz am Samstagnachmittag, abgeschafft, ab und zu irgendwo fragmentarisch eingestreut. Berichte aus der Wissenschaft, ich mag es gar nicht erwähnen, schon lange mit dem Ausscheiden von Helmut Scheidgen abgeschafft. Es wird so weiter gehen. Störende feste Sendeplätze wie Anette Kührmeyers verdienstvolle und renommierte *Hörspielzeit* am Sonntagnachmittag wird, darauf würde ich wetten, mit ihrem Ausscheiden abgeschafft werden. Resultat der Programmreform ist ein weitgehend profillooses Programm, Hintergrundgeräusch halt. Bleiben werden der Gottesdienst am Sonntagmorgen, der ist vermutlich durch Verträge mit den Kirchen abgesichert, und *Brunners Welt*. Auf beide Predigten könnte ich persönlich am ehesten verzichten.

Wenn ich mir überlege, wo im derzeitigen SR2-Programm noch Profil zu erkennen ist, dann fallen mir auf: Die wenigen Sendungen mit klassischer Musik, in der noch ganze Stücke gespielt werden, also im Wesentlichen die Konzerte der Deutschen Radiophilharmonie, Gerd Hegers Sendung mit französischen Chansons, Anette Kührmeyers *Hörspielzeit*, die *Literatur im Gespräch* trotz des Verlustes von Sendezeit, die beiden Tagesbilanzen und *Fragen an den Autor*.

Mutlosigkeit

Eine weitere Beschwerde von Hörern betraf die Verlegung von *Fortsetzung folgt* ins Jugend- und vermutlich hörerfreie Spätabendprogramm. Es ging um einige Folgen von Nicolas Mathieu »Wie später ihre Kinder« und alle Folgen von Annie Ernaux' »Erinnerung eines Mädchens«. Wenn man weiß, warum Annie Ernaux ihre Jugenderinnerungen aufgeschrieben hat, nämlich, um die Jugend, vor allen Dingen die Mädchen, über Machtverhältnisse in menschlichen Beziehungen aufzuklären, kann man mit Fug und Recht die Verschiebung ins späte Abendprogramm als kontraproduktiv betrachten. Das alles nur, weil man die Hosen voll und anstelle des Rückgrats eine Gummistange hat.

Angeichts der anfangs erwähnten Image- und Werbekampagne fragt man sich, weshalb ein Sender mit 80 Millionen Hörern überhaupt Geld für Werbung aus dem Fenster schmeißen sollte. Wie viele will er noch hinzugewinnen? Erst spät im Werbespot, und nur bei sehr genauem Zuhören, wird klar, dass nicht tatsächliche sondern *potentielle* Hörer, und nicht nur die von SR2, sondern die von *allen ARD-Rundfunkanstalten* gemeint sind.

Sagt ihre Namen!

Mit #saytheirnames erinnerte die deutsch-iranische Künstlerin Natascha Sadr Haghighian in den vergangenen Wochen an die Opfer rechter Gewalt in Deutschland.

Von Bülent Gündüz

Der rechtsextremistische Terroranschlag von Hanau jährte sich am 19. Februar 2021 zum ersten Mal. Am Abend des Vorjahres hatte ein Attentäter in der Stadt neun Menschen mit Migrationshintergrund ermordet. Nach dem Massaker tötete er erst seine Mutter und anschließend sich selbst. Ein barbarischer Akt, der deutschlandweit für Entsetzen sorgte, angesichts der Covid-19-Pandemie aber auch schnell aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt wurde. Die Namen der Opfer waren ohnehin kaum bekannt: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüç, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov starben an diesem Abend, weil sie oder ihre Eltern nicht in Deutschland geboren worden waren.

Unter dem Hashtag #saytheirnames wurde zum Jahrestag des Amoklaufs dazu aufgerufen, sich an die Opfer von Hanau zu erinnern. Während die Namen der Täter oft im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, geraten die Opfer und ihre Angehörigen in den Hintergrund. »Sagt ihre Namen« will diese Perspektive umdrehen und an die Opfer erinnern. Namen und Gesichter sollen wieder präsent sein.

Im Innenhof der Stadtgalerie war in den letzten Wochen eine Installation zu sehen, die diese Idee aufgriff. Die Künstlerin Natascha Sadr Haghighian hatte dort 21 Leuchtkästen angebracht, die in Spektralfarben leuchteten. Geradezu fröhlich strahlten die Monitore von Himmelblau bis Zitronengelb und bildeten ein leuchtend-farbiges Band an der Wand des Innenhofs. Beim interessierten Nähertreten liest man Namen in weißer Schrift, entdeckt den einen oder anderen bekannten Namen, und alle Fröhlichkeit weicht.

Die Reihe der Namen beginnt mit Samuel Yeboah, der als politischer Flüchtling aus Ghana nach Deutschland kam und am 19. September 1991 in Saarlouis-Fraulautern

ermordet wurde, und sie endet mit dem Namen Walter Lübckes, dem hessischen Regierungspräsidenten, der am 1. Juni 2019 in seinem Haus von einem Rechtsextremisten erschossen wurde. Dazwischen sind unter anderem der Name Ahmet Sarlaks zu lesen, der 2002 im saarländischen Sulzbach ermordet wurde, oder die Namen von Opfern der Anschläge vom 19. Februar 2020 in Hanau und auch die Namen von Opfern des nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), die zwischen 2000 und 2006 in verschiedenen deutschen Großstädten ermordet wurden. Es ist eine schmerzhaft lange Liste und doch ist sie unvollständig. Die Amadeu Antonio Stiftung geht von mindestens 213 Todesopfern rechter Gewalt aus. Es gibt 13 weitere Verdachtsfälle, die tatsächliche Zahl ist wahrscheinlich noch höher, im Dickicht von Kriminalstatistiken sind diese aber nicht als fremdenfeindliche Taten registriert worden.

Natascha Sadr Haghighian ist keine Unbekannte. Im Jahr 2019 bespielte sie unter dem Pseudonym Natascha Süder Happelmann den deutschen Pavillon bei der Biennale in Venedig und war 2012 und 2017 Teilnehmerin der Documenta 13 sowie 14 in Kassel. Sie ist Mitglied der Initiative »Gesellschaft der Freund*innen von Halit«, die sich nach dem NSU-Mord an Halit Yozgat gebildet hat. Schon seit Jahren beschäftigt sich die Künstlerin in ihrer Arbeit immer wieder mit Perspektiven einer postmigrantischen Gesellschaft. Im Jahr 2017 hatte die 1967 in Teheran geborene Haghighian auf der Documenta 14 in Kassel bereits eine Untersuchung zum Mord an dem NSU-Opfer Halit Yozgat präsentiert und zuvor in dem kollektiven Tribunal »NSU-Komplex auflösen!« mitgearbeitet.

Zu Haghighians künstlerischen Aspekten gehört das Spiel mit Identitäten und Biografien – auch mit der eigenen. So hat sie ihr Projekt »Ankersentrum (surviving in the ruinous

ruin)« für den deutschen Pavillon auf der Biennale in Venedig im Jahr 2019 unter dem Namen Natascha Süder Happpelmann entwickelt und mit bioswop.net eine Tauschbörse für Lebensläufe gegründet. Schon das Eindeutschen ihres iranischen Namens ist ein künstlerisches Statement und gehört zu ihrem Konzept, das Identität, Diskriminierung, Rassismus und Fluchterfahrungen stetig neu thematisiert. Immer wieder passt sie Namen, Geburtsdatum und Geburtsort an ihre Werke und die Ausstellungsorte an.

#saytheirnames ist eine Installation, die berührt, und eine wichtige Geste, auch weil sich bundesweit nur wenige Ausstellungshäuser an der Aktion beteiligt haben. Schon häufiger hat sich die Stadtgalerie Saarbrücken mit der Auswahl der gezeigten Werke, anders als viele andere Museen in der Region, deutlich positioniert. Die Auswahl der Präsentationsortes hätte dabei besser nicht sein können. Anders als in den Innenräumen entsteht im ruhigen Hof der Stadtgalerie unter freiem Himmel tatsächlich so etwas wie ein Moment der Stille und Besinnung, der ein Innehalten ermöglicht. Damit ist das Werk ein wichtiger Beitrag

zum Gedenken und zugleich eine deutliche Mahnung gegen Rassismus.

Katharina Ritter, ab August 2020 Interimsleiterin und seit dem 1. April 2021 neue Leiterin der Stadtgalerie und damit Nachfolgerin von Andrea Jahn in diesem Amt, sagt über ihre kuratorische Arbeit: »Ich verbinde lokale Themen mit globalen Entwicklungen. Das Ausstellen von Kunst ist mir genauso wichtig wie sich zusammen für eine positive Zukunft einzusetzen. Die dringenden Themen unserer Zeit sind eine gemeinsame Herausforderung, die eine Verknüpfung unterschiedlicher Kompetenzen erfordert.« Die Arbeit von Haghighi-an ist ein erstes deutliches Ausrufezeichen in diese Richtung.

Foto: Stadtgalerie Saarbrücken, Innenhof.





Klaus Bohr:

„Zur nationalsozialistischen Vergangenheit des Saarlandes am Beispiel Franz-Josef Röder“

Das Buch, das unvollendet blieb...

Im Jahr 2017 verstarb Klaus Bohr. Der gebürtige Neunkircher – Jahrgang 1926 – war 30 Jahre im Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland tätig und hatte sich aus familiären Gründen in Kanada zur Ruhe gesetzt.

Als Kind erlebte er am 9. November 1938 auf dem Oberen Markt in Neunkirchen, wie eine brüllende Horde von Braunhemden die Synagoge seiner Heimatstadt brandschatzte. Erst viele Jahrzehnte später sollte er erfahren, dass es sich bei den Tätern um NSKK-Kameraden von Röder handelte, die dieser einige Monate zuvor verlassen hatte...

Klaus Bohr begann von Toronto aus zu recherchieren, zu schreiben, zu telefonieren und zu diktieren. Als einer der letzten Zeitzeugen seiner Generation wollte er Zeugnis ablegen über ehemalige „Nazi-Kameraden“ in hohen Ämtern des Saarlandes. Trotz seines fortgeschrittenen Alters, kam sein Tod überraschend. Die von Bohr überlieferten fragmentarischen Texte wurden nun von Jürgen Holzhauser liebevoll überarbeitet und in einen Kontext gebracht. Das Buch enthält auch einen Kommentar von Johannes Koll und teils preisgekrönte Artikel von Julian Bernstein, Stefan Ripplinger und Erich Später.

140 Seiten, A5 im Überformat, ISBN 978-3-945996-43-0, 12,80 Euro

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
REGIONALBÜRO SAARBRÜCKEN

PETER IMANDT GESELLSCHAFT E.V.
VEREIN FÜR POLITISCHE BILDUNG UND KULTUR IM SAARLAND

Futterstraße 17-19 - 66111 Saarbrücken - Tel: 0681 5953892

Email: imandt@web.de - www.saar.rosalux.de

Skifahren im Saarland

Reinhard Wilhelm

Den meisten Menschen sind abstrakte Informationen wie statistische Erwartungswerte oder geometrische Größen intuitiv total unklar. Deshalb machen sich unsere Medien sehr verdient darin, solche abstrakten Informationen den Konsumenten durch den Rückgriff auf Bezugsgrößen begreiflich zu machen. Dabei spielt das Saarland als Bezugsobjekt eine führende Rolle. Kein Waldbrand, kein Ölteppich, ohne dass deren Größen unter Bezug auf das Saarland beschrieben werden.

»Riskant wie Skifahren im Saarland«, titelt die *Süddeutsche* Zeitung am 23. April dieses Jahres und greift damit eine Schlagzeile des *Spiegels* auf, nämlich dass einmal impfen weniger riskant sei als eine Woche Skiurlaub. Der *Spiegel* ist erstaunlich unpräzise. Er lässt nämlich offen, wo diese Woche Skiurlaub verbracht wird. Wäre das in Ischgl im Frühjahr letzten Jahres gewesen, so läge er statistisch gesehen total daneben. Da ist die *Süddeutsche* erfreulich präzise. Laut Martin Zips, ehemals in der *Süddeutschen* für das Saarland zuständig, wird die Skiwoche im Saarland verbracht. Das bringt die beiden Wahrscheinlichkeiten – die für einen Schaden durch Impfung und die für Knochen-, Gelenk- oder Bänderschaden beim Skifahren – in ein gesundes statistisches Verhältnis zueinander.

Das wäre eine tolle Gelegenheit für unsere Landesregierung, den Tourismus im Saarland anzukurbeln. Es werden ja schon seit Jahren vereinzelte Touristen im Saarland gesichtet, manche sicher beim Versuch, die Bezugsgröße zu Waldbränden, Ölteppichen und sonstigen Umweltkatastrophen sinnlich zu erfassen. Das ist aber steigerungsfähig! Daran sollte unsere Landesregierung anknüpfen! Statt eines *Saarlandrundwegs* – wie phantasielos! – könnte sie einen *Ölteppich-Rundweg* anbieten, statt eines *Jakobs-Pilgerwegs* – wie überholt! – einen *Durchmesse-einen-Waldbrand-Weg*. Statt von *Karl-May-Sulzbacher*- oder *Karl-May-Dudweiler-Schleifen* – was haben Sulzbach und Dudweiler mit Karl May zu tun? – eine *Dudweiler-Pinatubo-Krater*- und eine *Sulzbach-Eyjafjallajökull-Krater-Schleife*.

Und für ein Programm *Skifahren im Saarland für Impfgegner*, mit einem eingeschlossenen Statistikkurs, würde das Bundesgesundheitsministerium sicherlich großzügige Zuschüsse geben.

Aber das Saarland ist ja nicht nur Bezugsregion für Umweltkatastrophen, es ist ja auch Informatik-Land. Kombinieren wir doch die beiden Aspekte und setzen IT im Sektor Tourismusförderung ein. Ich stelle mir eine Ölteppich-App vor. Sie wird bei einer besonders stark vermarkteten Abendtour zum Schaumberg eingesetzt. An den Grenzen des Saarlandes werden Leuchtbaken verteilt, die natürlich mit dem Internet verbunden sind. Der Tourist kommt also nach anstrengender Tour oben auf dem Schaumberg an, wirft die Ölteppich-App an und kann dann etwa zwischen der Exxon-Valdez- oder der Deepwater-Horizon-Option wählen, und schon leuchtet eine Menge von Lichtbaken auf und macht ihm das Ausmaß der Ölteppiche sichtbar. Das wäre doch einmalig!

Wer ist eigentlich der saarländische Tourismusminister? Vermutlich der Minister für Recht, Umwelt und sonstiges Gedöns. Sein Vorgänger Jo Leinen hat mich erheblich mehr beeindruckt. Er brachte seinerzeit eine Landesradwegekarte heraus, die unmittelbar beeindruckte. Ein dichtes Netz an Radwegen, verkehrsberuhigt und bestens ausgebaut. Das Einzige, was mich beim Versuch, diesen Radwegen zu folgen, störte, war, dass es viele davon nicht gab. Aber vielleicht habe ich mich damals auch verlesen, und es war die Radwegeplanung und nicht die Radwegekarte.

Was noch gar nicht in Erwägung gezogen wurde, ist die Etablierung weiterer saarländischer Bezugsgrößen. Wie wäre es mit welchen für kulturelle und politische Tiefstleistungen, »so langweilig wie ein Saarbrücker Tatort« und »so schlecht regiert wie im Saarland unter Jamaika«.

Das waren jetzt eine Menge kostenloser Ratschläge für Tourismusförderung.

Aber ich bin mir sicher, auf mich hört ja mal wieder keiner.

Werner Brill

Politischer Stadtführer Saarbrücken

1933 bis 1945

Die 12 Jahre Saarbrückens zwischen 1933 und 1945 waren eine schwere Zeit: voller Verfolgung, Flucht, Willkür und mörderischer Gewalt.

Aber auch eine Zeit, in der viele Menschen mutig Widerstand leisteten und selbstlos anderen in Not halfen.

Der politische Stadtführer lädt ein, die Geschehnisse dieser Jahre zu erkunden: zu Fuß, barrierefrei oder mit dem Rad.

Für alle Interessierte bietet er eine reich bebilderte Einführung in dieses wichtige Kapitel Stadtgeschichte.



ISBN 978-3-945996-42-3



162 Seiten
zahlreiche Abbildungen und ein Stadtplan
9,80 Euro

erscheint im Juli 2021

Blattlaus-Verlag

Ludwigstraße 29 - 66115 Saarbrücken

bestellung@blattlausverlag.de

www.blattlausverlag.de

Die schwarze Kunst lebt!

Hochwertige Druckerzeugnisse auf außergewöhnlichen Papieren bekommt Ihr in der BLATTLAUS-Druckerei.

Wir kombinieren moderne Technik mit traditionellem Druckhandwerk.

Ob Buch, Visitenkarte,
Plakat oder Grußkarte.
Wer etwas Besonderes will,
ist bei uns richtig.



BLATTLAUS Druck und Verlag
Ludwigstraße 29 - 66115 Saarbrücken
0681 - 37 21 75
www.blattlausverlag.de

Von Wehrden in den Warndt

Dorfkneipen in Zeiten der Pandemie

Von Ekkehart Schmidt

Sie gehören zu den großen Verlierern in der Corona-Krise: Hotels und Gaststätten. Monatlang befand sich die Branche im Lockdown, reine Thekenbetriebe haben seit 14 Monaten geschlossen. Die Not ist groß: »Das Gastgewerbe, die Hotellerie kämpfen ums nackte Überleben«, sagte der Vorsitzende des Hotelerbands Deutschland, Otto Lindner, im März 2021.

Der dritte Teil dieser in *Saarbrücker Hefte 120* begonnenen Kneipen-Radtour konnte entsprechend nicht in einem Rutsch recherchiert werden und wurde durch Telefonate aktualisiert.

Ich steige in Völklingen aus dem Zug, rolle unter den Bahngleisen durch und schaue beim Weltkulturerbe nach dem »Café Umwalzer«. Als letztes Angebot eines Stammessens hängt dort das Blatt vom 19.–23. Oktober: Zuletzt gab es Backfisch mit Eiersoße, Bratkartoffeln und Salat für 7,80 Euro. Es geht über die Brücke nach Wehrden, wo ich am jenseitigen Brückenkopf frontal auf eine Reihe von Spielsalons treffe, die für Ortsfremde wenig einladend wirken. Zwei ganz andere Lokale sind einen Besuch wert – und könnten auch für Touristen wunderbar den Hüttenbesuch ergänzen.

Zum einen die »Brücken Schenke – Bingöl Grill« direkt rechter Hand am Brückenkopf. Sie ist neben dem »Karadeniz« (*Hefte 122*) eine weitere von ursprünglich aus der Türkei eingewanderten Pächtern übernommene Traditionsgaststätte. Die Schenke wurde zu einer Teestube mit Restaurant umgebaut. Es ist das einzige Lokal zwischen der Saarbrücker City und Saarlouis, das einen Blick auf die Saar



bietet. »Wir haben immer auf, wenn es geht, ohne Pause und ohne Feiertag und seit dem 24. April wieder nur zum Mitnehmen«, erzählt mir die Kellnerin.

Zum anderen die Kneipe »Zum Kraftwerk«. Wenn jemand aus Saarbrücken kommt und fragt, wie sich die hiesige Szenerie im schwierigen Strukturwandel seit Schließung der alten Hütte 1986 geändert hat, freuen sie sich. 26 Kneipen habe es hier gegeben, hörte ich, fand aber selbst nur noch vier: neben den beiden genannten noch die »Saarstube« eingangs der Schaffhauser Straße und die »Kleine Kneipe« (»Es Kneipche«) im oberen Wehrden. Die Saarstube ist wie die vielen Lokale am Ortseingang eine Automatenkneipe. Von zwei weiteren lassen sich noch Spuren finden: Aus dem großen Kino mit »Gasthaus Rupp« (ursprünglich »Gasthaus zur Sonne Nikolaus Rupp«) in der Schaffhauser Straße 8, lange Zeit »die Institution für Bierkenner«, wurde 1987 die Selimiye-Moschee. Das »Gasthaus Kurtz« (eigentlich »Schankstätte Johannes Kurtz«, später »Becker Madert« bzw. »Wehrdener Stübchen« und zuletzt »Altes Haus«) ist seit 2018/19 geschlossen.



Biegt man am großen Schild rechts in den Kern des sehr dörflichen alten Wehrden, lässt sich das rot gestrichene Lokal »Zum Kraftwerk« entdecken. Bei meinem Besuch während der Sanierungsarbeiten im Februar v. Cor. (vor Corona) stand am Haupteingang, man möge wegen der Baustelle den Hintereingang nutzen. Rückseitig fand ich mit dem »Biergarten« ein Kleinod der hiesigen Arbeiterkultur. Und fotografierte die Szenerie aus Maibaum und geschnitztem Schild der Karnevalsgesellschaft »Die Rossel Anos e. V.« (genannt »Rosselanos«) – um dann weiterzufahren. Ich wagte es nicht einzutreten und wollte ohne Aufsehen zu erregen weiterfahren. Aber da hatte mich schon ein Mann »ertappt«, der grad nach Hause gehen wollte, dann aber doch bei mir stehen blieb. So ergab sich mit ihm und Melanie Cartarius, die mit ihrem Mann Dennis das Lokal führt, ein nettes Gespräch bei einem Bitter Lemon on Ice (ich kann als Weintrinker in Bierkneipen ja nicht immer einen schlechten Espresso bestellen).

Sie freuten sich über mein Interesse. Wie alt das Lokal ist? Der Mann verwies auf Urkunden an der Wand. Auf einer davon bedankte sich 2005 die Carlsberg-Brauerei für 50 Jahre treue Belieferung. Es gebe am ersten Sonntag im Monat ein Frühstück, das gut angenommen werde. Und sonntags gutes Essen, zuletzt Rindergulasch mit Bandnudeln und Salat für 8,50 Euro. Dann kam die Rede auf die damalige Inhaberin Maria Brandt. Sie habe

morgens um 4 Uhr begonnen, Schichtenbrote zu schmieren, erzählte mein Informant und Kneipenchronist Uwe Jäger. Dies vor allem für die Junggesellen-Arbeiter, die dann gegen 5 Uhr kamen – für einen Kaffee oder schon »ei Halwie«. Dann sei die Nachtschicht aus der Hütte gekommen, »um eene zu drinke«, manchmal seien sie erst »hemme«, wenn schon die Mittagsschicht kam. Das Bier habe in vier Reihen gestanden. So sei das bis nachts um 1 Uhr gegangen.

»Für die meisten ist und war immer alles gleich«, erinnert sich Melanie Cartarius. »Gleiche Zeit, gleicher Platz, gleiche Zahl Bier. Wenn die Kneipe einmal zu war wegen einer Kommunion oder Hochzeit, habe ich mir wochenlang anhören müssen, dass sie woanders hinmussten und dort die Zwiebelchen anders auf dem Mettbrötchen lagen und das Bier nicht kalt genug gewesen sei ...«

Hans Holderbaum, ein Radfahrer, der thematische Touren wie »Von der Kohle zum Stahl« anbietet, erklärte mir später den Namen »Zum Kraftwerk«: Nördlich von hier stand das älteste Kohlekraftwerk des Saarlandes, das 2002 abgerissen worden ist. Auf der Brache entstand ein Amazon-Verteilzentrum. Es ist zwar nicht an den Ort angebunden, sondern hat einen direkten Autobahnanschluss, das sei aber wegen der rund 140 Arbeitsplätze wichtig für Wehrden. Das Lokal wird sich aber nicht in »Zum Amazon-Verteilzentrum« umbenennen.



Geislautern und Ludweiler

Ich verlasse Wehrden südwärts, vorbei an der Mündung der Rossel in die Saar, biege in Geislautern in die Ludweilerstraße ab, unterquere die Autobahnbrücke und passiere die »Rosselschenke«, die seit mindestens vier Jahren leer steht.

Der Ort mit seinen 3.000 EinwohnerInnen war ab 1572 mit der ältesten Eisenschmelze an der Saar und einer Grube ein früher und bedeutender Standort der Montanindustrie – und mit der 1891–1957 bestehenden Hanse-na Brauerei auch für die hiesige Gastronomie von Bedeutung. An der Pilsstube hängt noch immer die Getränkekarte, die verrät, dass das Verhältnis von alkoholischen zu nichtalkoholischen Getränken 33:9 betrug, darunter bei Ersteren sehr viele Varianten von Schnaps, bei Letzteren aber zum Beispiel einfach nur »Kaffee« oder »Tee«.

Die Rossel war lange Zeit eines der schmutzigsten Gewässer Deutschlands. »Rosselschenke« ist also kein wirklich romantischer Name. Aber das wird die Gäste über ihrem »Klaren« nicht irritiert haben.

Im Dorfkern von Geislautern finden sich noch Restaurants, die italienische und türkische Speisen anbieten, sowie ein Imbiss mit vietnamesischem Essen. Es gibt ein Eiscafé und eine Bäckerei, aber nur noch eine geöffnete Kneipe: den »Schlossbrunnen«. Der Name nimmt nicht etwa auf ein etwaiges

historisches Gebäude Bezug, sondern auf die Schlossbrauerei in Neunkirchen, die freilich schon seit 1987 Geschichte ist. Bei mehreren Anrufen im Mai hob niemand ab. Das Lokal ist wohl das erste Corona-Opfer dieser Tour.

Stattdessen ging ich in der Pizzeria Ristorante »La Taverna« nebenan essen. Der unscheinbare Eingang war zugeparkt, und die Fenster wirkten wenig einladend. Doch entpuppte es sich drinnen als großes, rappelvolles, sauberes und gut eingerichtetes Restaurant. Ein seit 30 Jahren erfolgreicher italienischer Familienbetrieb. Ein Jahr später rief ich noch einmal an: Man hat seit April »to go« und einen Lieferdienst angeboten.

Spuren von Bundesligaprofis und einem Kaiser

In Ludweiler – wie Geislautern ein Straßendorf mit hugenottischen Wurzeln – finden sich unterhalb der schönen, das Dorfbild prägenden evangelischen Kirche noch elf Gaststätten. Vier davon sind geschlossen. Weiter unten steht sich ein ungleiches Paar gegenüber: »Zum Briggche« und – als auffälligstes Haus in der Kurve der Hauptstraße – die »Ratsschenke«. Die beiden Unikate besuchte ich kurz vor dem ersten Lockdown – seitdem scheinen beide geschlossen zu sein. Letztere war eben erst von neuen Pächtern eröffnet worden. Tragisch.



Aber das Haus hat schon viele Geschichten erlebt. Errichtet wurde es 1790 – offenbar schon damals als Wirtschaft. Damit ist es wohl das älteste noch existierende Lokal dieser Tour. Im Heimatmuseum nebenan ist es auf einem Foto von etwa 1900 als »Gasthaus Philipp Göbel« (später Müller-Bonn) zu erkennen. Die Straße lag an einem Bächlein, das hier in den Lauterbach mündete. Um von einem Lokal zum anderen zu kommen, war ein Steg zu überqueren. In Anlehnung daran heißt das damalige »Gasthaus Kreis« heute »Zum Briggche«.

Die heutige »Ratsschänke« mit dem Wirt Helmut Müller hieß noch Anfang der 1990er-Jahre »Gasthaus Müller«. Danach wurde es als »Napoleone«, später »Enoteca Napoleon« von einem Italiener namens Paolo geführt.

Für eine SR3-Reportage unternahm Oliver Huttong 2006 »eine Reise hinter die Tapete« des Hauses. Im alten Lehmputz fanden sich Buchstaben, Zeichnungen und eine Jahreszahl: 1793. Entdeckt wurden die historischen Graffiti Anfang der 1990er von Wirt Helmut Müller. Nach Entfernung zahlloser Schichten Farbe und Verputz hatte er die ursprüngliche

Wand vor sich: »Vive le Roy« und »Vive la Republique« standen da.

Vergleichbares hat »Zum Briggche« nicht zu bieten, lohnt aber ebenso einen Besuch. Es ist völlig anders eingerichtet und hat eine andere Kundschaft als all die anderen Lokale. An der wenig einladenden Tür wird darauf verwiesen, dass fast 24 Stunden geöffnet ist – aber erst ab 18 Jahren. Eine rotlichtige Spekulunke? Das wäre – so kurz vor / hinter der französischen Grenze – aufgrund des dortigen Glücksspiel- und Bordellverbots naheliegend. Hinein also: Ich war müde vom Radeln, hatte Durst und mag gerne diese kleinen »Abenteuer«, also Erlebnisse, bei denen man vorher nicht weiß, wie es endet. Ich war der einzige Gast. Die nette Kellnerin meinte, hier sei eher abends etwas los.

Jenseits des »Imbiss Uhl's Wurstkuch«, einem Überbleibsel des in den 1930er-Jahren bestehenden »Gasthaus Uhl«, fand ich mit der »Bauernschenke Willi Huppert« das bislang authentischste alte, aber geschlossene Lokal und erlebte das Glück eines Gesprächs mit der Tochter des früheren Inhabers dieser Wirtschaft. Während ich die Jahreszahl »1851« über der Tür betrachtete, öffnete sich ein Fenster, und eine Dame schaute heraus. Sie entpuppte sich als die 83-jährige Frau Remark – die Tochter von Willi Huppert. Sie hätten das Lokal vor vier Jahren geschlossen, als ihr Mann Horst zum Pflegefall wurde. Wir hatten ein schönes, langes Gespräch, bei dem sie erzählte, wie sie sich mit 17 in einen jungen Mann verliebte, der als Fußballer Furore machte: Horst Remark. Er spielte Mitte der 1960er-Jahre beim 1. FC Saarbrücken in der Bundesliga und habe sogar vom FC Bayern ein Angebot bekommen – was er ablehnte, nachdem ihm die Stammgäste sagten, dass sie dann nicht mehr in die Wirtschaft kommen würden. Die Eltern hörten 1963 auf und verpachteten das Gasthaus erst 27 Jahre an eine »gute Köchin«, auf die weitere Pächter folgten – zuletzt jemand, der nach drei Monaten verschwand. Da entschieden sie: »Jetzt ist gut.«

Auch ihr Sohn war Fußballprofi: Thomas Remark. Es sei das erste Mal gewesen, dass der Sohn eines Bundesligaspielers diesen Sprung schaffte. Er spielte bei Hertha BSC, dann in Stuttgart und schließlich bei Olympique Lyon. Jetzt sei er Trainer einer unterklassigen Mannschaft bei Neuwied. Der zweite Sohn lebe seit 12 Jahren in Texas. Keiner von beiden

wolle die Schenke übernehmen, so steht sie jetzt zum Verkauf.

Weiter geht es, vorbei am »Eiscafé Venezia« und dem seit 1966 bestehenden Hotel und Restaurant »Warndtperle«, zum Marktplatz, an dem sich neben dem Bistro »Markt 63« noch die kleine, gemütliche alte Dorfkneipe »Altes Schoof« befindet. Die neue Inhaberin Anita Kraml änderte weder den Namen noch die Inneneinrichtung rund um eine sehr authentische Theke. Es gelang der sympathischen Frau, neue Gäste anzuziehen, ohne die Stammgäste zu vertreiben. Gut, dass sie in eine kleine Terrasse auf dem Bürgersteig investiert hat: Das rettete sie durch den Lock-down. Am 27. Mai öffnete sie wieder.

Bevor diese Radtour richtig in die Wälder geht, grüßt ein Lokal mit alter Aufschrift: »Zur Erholung«. Daraus wurde in den letzten Jahren vor allem bei Familienfeiern der Menschen arabischer und türkischer Herkunft das gut besuchte Restaurant »Konak«. Es überlebte mit Speisen zum Mitnehmen und Lieferservice und ist seit dem 1. Juni wieder außen und innen offen.

Weiter durch den Warndt

Von Ludweiler führen zwei Wege durch den Warndt in Richtung Frankreich – einer über Lauterbach, ein anderer über St. Nikolaus und Karlsbrunn. Ich nahm den Letzteren und entdeckte nach langem Anstieg in Dorf im Warndt die »Warndtschenke«. Der Name lässt an eine Ausflugsgastwirtschaft denken, in die man müde einkehrt.

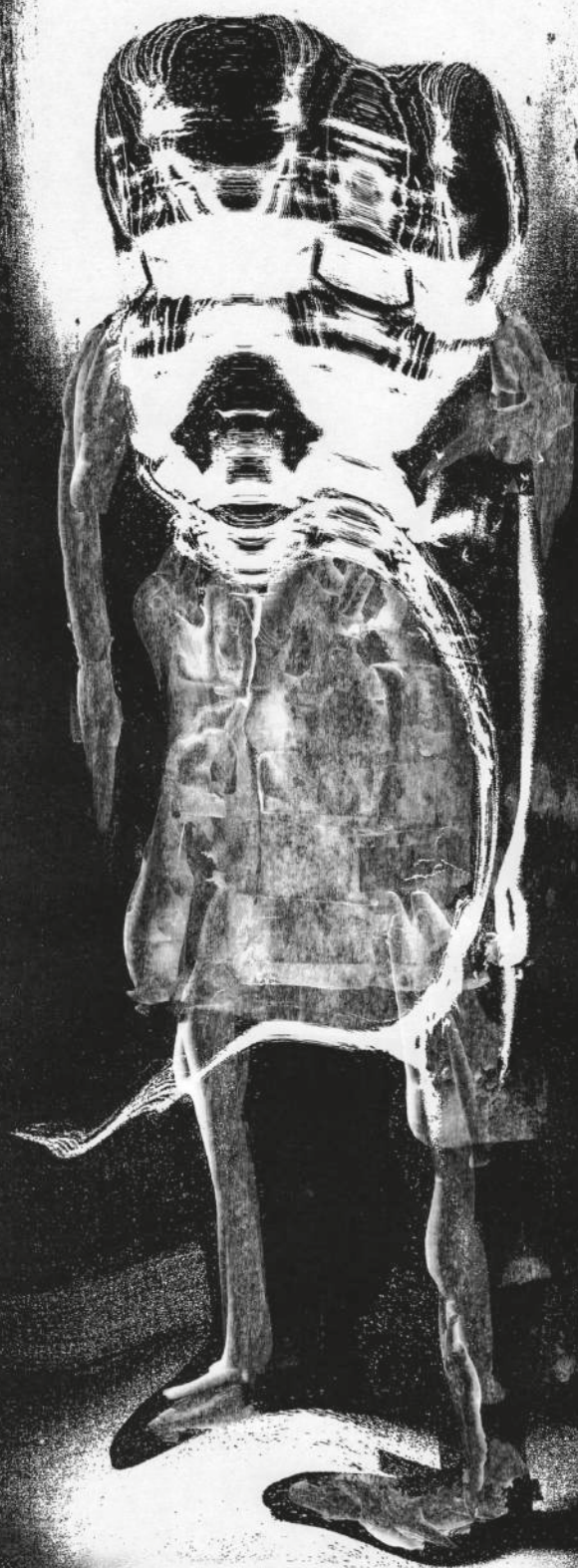
»Heute fahren die Leute mit dem Auto zum Parkplatz am Wald und steigen danach wieder ein«, sagte die Inhaberin der seit 1927 bestehenden Konditorei »Adolphs Brotladen«, dem letzten Geschäft im Ort. Der »aus gegebenem Anlass« 2020 geschlossenen »Warndtschenke« gehe es auch sonst nicht gut. Später hörte ich, dass sie endgültig schließen musste.

Als Entschädigung für die vielen Höhenmeter bergauf ging es anschließend bergab und über Karlsbrunn – wo sich nur noch zwei Wildpark-Imbissbuden befinden – nach St. Nikolaus. Dort fand ich mit »Zur Post« die einzige von fünf im Stadtverband noch sichtbaren ehemaligen Postschenken, die noch existiert, und die »Gaststätte Richard's«. Beide scheinen echte Kneipen geblieben zu sein,



in denen sich – wie auch im Lokal »Blockhaus Warndt« am See, das sich eher als Restaurant versteht – die Dorfbevölkerung trifft. In Corona-Zeiten konnte ich nur Letzteres besuchen: Das 1937 aus einem hölzernen Pavillon heraus entstandene, einzige echte Ausflugslokal der Region hat durch immer neue Investitionen des dynamischen Wirts Norbert Huber und seiner Frau Andrea überlebt. In diesem harmonischen Familienbetrieb, der seit einem Dutzend Jahren besteht, gibt es für die Gäste nicht nur »Dibbelabbes«, sondern auch »Geriwelde« oder »Kärscheplotzer«. Vor allem aber besteht seit Jahren eine überdachte heizbare Außenterrasse, die in der Corona-Krisenzeit eine teilweise Eröffnung des Lokals erlaubte, erzählte mir Norbert Huber am Telefon. Seit dem 31. Mai sei auch innen wieder geöffnet. Der lang ersehnte Sommer ist da: Also, auf in den Warndt!

Zeichnung und Fotos: Ekkehart Schmidt. Ausführliche Beschreibungen mit vielen Fotos aller genannter Lokalitäten finden sich im Blog des Autors: akihart.wordpress.com



» Zu Besuch bei Volker Schütz

Der Mann mit der Game-Boy-Kamera
Человек с game boy киноаппаратом

Von Marina Hetheier

Wie nennt man den Ort, an dem Volker Schütz seine Werke hervorbringt? Atelier, Dunkelkammer oder eher Labor? Jedenfalls stapeln sich darin unzählige Kartons und Kisten geheimnisvollen Inhalts, überall hängen Drähte heraus, technische Geräte stehen neben Farben, Bilder trocknen zwischen Platinen und dazwischen blinkt eine historische Digitalanzeige aus der Zeit vor der Mondlandung. Es wird klar: Wir befinden uns am fiktiven Lehrstuhl für Angewandte Nerdwissenschaften.

In einer Ecke des Raumes ist ein schwaches Blubbern zu vernehmen. »Darin« – in dem Topf – »befindet sich Dreck«, erklärt Schütz. Der köchelt gerade ein und ist eine Hauptzutat seiner Ghosts-Serie. Die weiteren Zutaten sind: ziemlich schnell bewegtes Licht, das bei der Aufnahme krakelige Linien und Schlieren erzeugt, digitale Kompressionsartefakte, fotografische Fragmente von Körpern, etwas Farbe und jede Menge Schwarz.

Wobei das Licht in diesem Fall ein besonderes ist, denn Licht bewegt sich immer linear. Normalerweise. Das ist eine wichtige Grundlage der Fotografie. Mithilfe einer speziellen Optik, die aus einer alten Diskolampe und biegsamen Lichtleitern besteht, lässt sich das Licht jedoch einfangen und in Kurven und Bögen führen. Zusätzlich erlangt es dadurch eine Art taktile Fähigkeit, mit der es auf das Volumen der Körper, die es abbilden soll, reagieren kann. Daraus entstehen gespenstische Bilder, fragil und zugleich stark, kapriziöse Gerippe aus Licht, gesichtslose Geister.

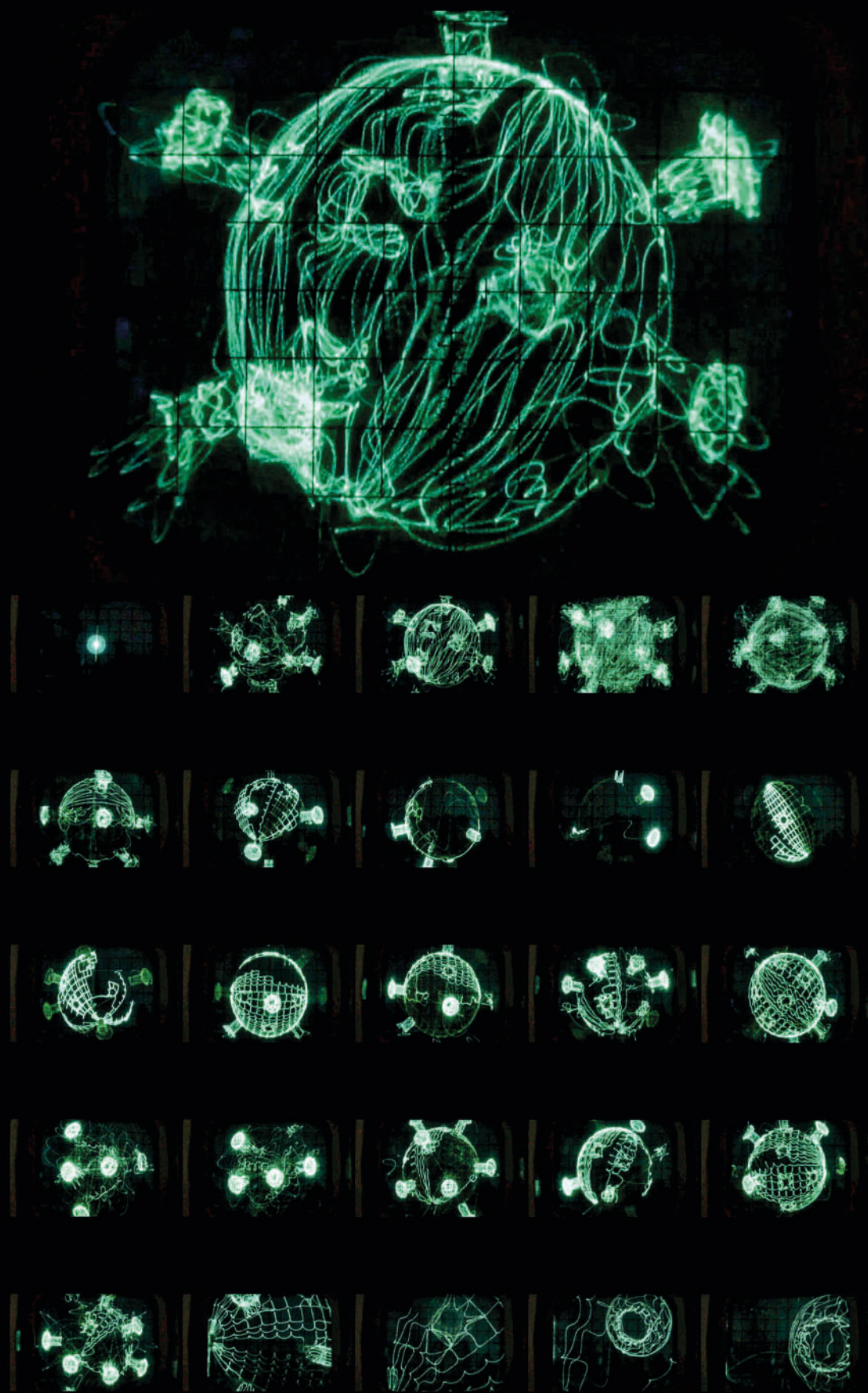
Im nächsten Raum fällt eine Reihe sorgfältig beschrifteter Aktenordner ins Auge. Darin abgeheftet sind karierte Ringbucheinlagen mit aufgeklebten Papierstreifen.¹ Das hat etwas von einer Steuererklärung. Aber nur auf den ersten Blick: Auf den Papierstreifen befinden sich zahlreiche kleine Bilder im Format 17 mal 21 Millimeter. Game-Boy-Thermodrucker-Format.

Tatsächlich gab es gegen Ende der 1990er Jahre eine digitale Schwarzweißkamera, die auf die 8-Bit-Handheld-Konsole aufgesteckt werden konnte. Und zu dieser Kamera gab es einen winzigen monochromen Drucker, der eben diese Minibildchen auf Endlospapier gedruckt hat. Die Ausdrücke kann man dann einscannen und zu einem Film zusammenmontieren. Ein gewaltiger Aufwand für ein paar Sekunden Film. Aber es lohnt sich: Durch die Handarbeit entsteht ein wunderschöner Slapstick-Charme mit wackligen Bildern, Papierfilmrissen und der Möglichkeit, jederzeit mit Edding, Tipp-Ex und Aquarellfarben in das Geschehen eingreifen zu können.

Jetzt kracht es! Elektronischer Lärm, eine asynchrone Mischung aus Brummen, Rauschen und schrägen Tönen. Auf einem Stapel alter Vogue- und Spex-Ausgaben thront ein Oszilloskop, analog – was sonst. Davor liegt ein abgegriffener Bronstein².

1 Zu sehen im Interview »Von Geistern und Filmen« von Georg Bense mit Volker Schütz, Saarbrücker Hefte 99, Frühling 2008, S.27-32.

2 Bronstein, Ilja N. und Semendjajew, Konstantin A.: Taschenbuch der Mathematik. 24. Aufl. 1989, B. G. Teubner, Leipzig.



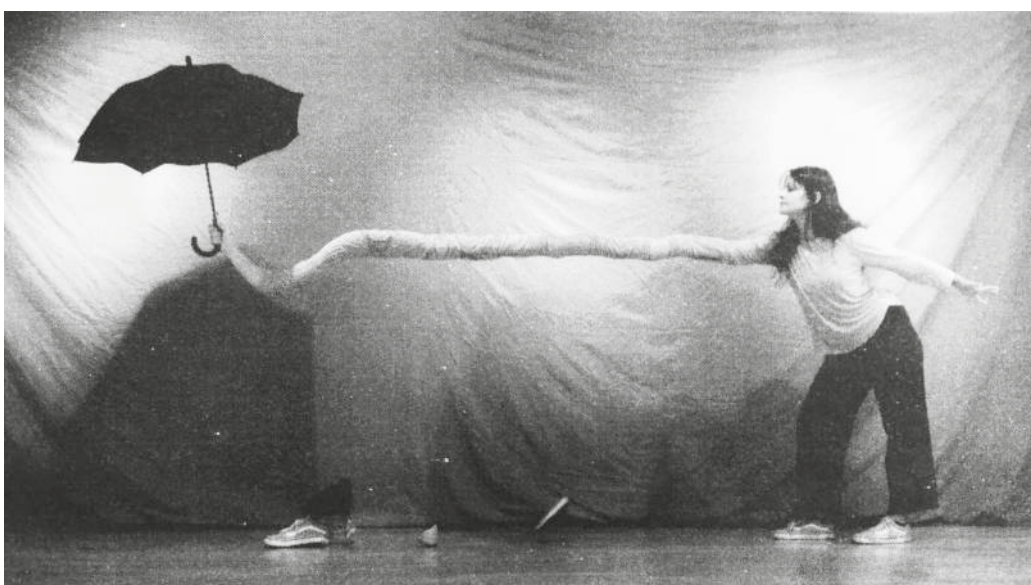
Auf dem Bildschirm mutiert in giftgrünen Vektoren ein riesiges Corona-Virus. Dazu werden mit mathematischen Algorithmen elektronische Signale generiert, in denen quasi zwei Herzen zugleich schlagen: Sie erzeugen auf dem Oszilloskop visuelle Bilder – und gleichzeitig an den Lautsprechern hörbare Töne. Das Beeindruckende dabei ist, dass die Signale in keiner Weise musikalischen Gesetzen gehorchen. Sie brummen und pulsieren und sind sehr hart, archaisch und urtümlich. Zusammen mit den Bildern entwickeln sie einen eigentümlichen Reiz, dem man sich nicht entziehen kann. Man spürt, dass man sich hier ganz, ganz nah an einer Kraft befindet, die außerhalb des Seh- und Hörbaren steht. Es handelt sich dabei nicht um die Vertonung einer Animation oder die Bebilderung einer Musik, sondern um eine neue, eigenständige Kunstform, die aus diesen Signalen besteht. Die Bilder und Geräusche werden gleichzeitig und untrennbar hervorgebracht. Jede Änderung des einen zerstört das andere. Sie sind schließlich eins.

Wenn man mit dem Saarbrücker Medienkünstler, Bildforscher und Experimentalfilmer über seine Kunst redet, hat man manchmal das Gefühl, dass er sich gerade einen Spaß mit einem erlaubt. Aber das Gefühl trügt: Volker Schütz ist ein zutiefst honoriger Mensch, und all die kühnen Methoden und Apparaturen, mit denen er seine Werke hervorbringt, existieren und funktionieren wirklich. So auch die Maschine, mit der er seine Körperteilverlängerungen erzeugt. Sie ist Schützens Lieblingsgerät. Mit ihr hatte er in den vergangenen Jahren zahlreiche Auftritte – zuletzt 2020 im Saarländischen Künstlerhaus –, bei denen er die Lieblingskörperteile seiner BesucherInnen ganz nach Belieben verlängert, verkürzt oder verknotet hat. »Sie bietet schier unendliche Variationsmöglichkeiten beim Vorgang des Abbildens«, schwärmt Schütz. Das Gerät sieht aus wie eine Mischung aus Diaprojektor und Faxgerät. »Die Wirklichkeit wird von ihr spaltenweise abgetastet, sie verbindet in ihrer Langsamkeit Bewegung und Fotografie und bringt damit ihre verschlungenen, grotesken Bilder hervor«, erläutert er.

Zusammen mit der Klangkünstlerin Sonja Hetheier beginnt Volker Schütz gerade damit, die Maschine erstmals als Filmgerät zu benutzen. Denn ihr Großformat (noch größer als DIN A4!) bietet opulente malerische Möglichkeiten – ganz wunderbar für ruhige, poetische Filmbilder. Motiv des Films wird die Stadt Saarbrücken sein – samt ihrer fliegenden Bewohner, den Tauben. Wir freuen uns schon auf die verlängerten und verknoteten Ansichten der Stadt.









Jeden Tag, direkt nach dem Aufstehen, mache ich mir Kaffee. Genug für genau drei Tassen. Die erste Tasse trinke ich vor meinem Rechner, während ich meine E-Mails und Social Media checke. In jede Tasse kommen zwei Würfel Zucker und zwei kleine Dosen Kondensmilch, wie es sie auch in Cafés gibt.

Letztes Frühjahr, als ich in meine kleine Einzimmerwohnung gezogen bin, hatte ich keinen Kühlschrank. Darum kaufte ich mir damals diese Dosen, statt frischer Milch. Auch ein Jahr später, mittlerweile mit Kühlschrank, sind die Dosen geblieben.

Nachdem ich meine Sachen am Rechner gecheckt und die erste Tasse getrunken habe, fülle ich die Hälfte des übrigen Kaffees in eine kleine Thermosflasche, damit sie heiß bleibt. Die andere Hälfte schenke ich in meine Tasse. Zwei Würfel Zucker, zwei Dosen Kondensmilch. Ich stopfe mir eine Zigarette, was günstiger ist, als sich Schachteln zu kaufen. Dann nehme ich meine Tasse und die Zigaretten und öffne die Tür zum Balkon, die direkt neben dem Schreibtisch ist.

Auf meinem Balkon steht ein alter Klapptisch, dessen Oberfläche vom Regen aufgerissen ist. Davor ein einziger Plastikstuhl. Ich besitze zwei, aber der andere wird als Küchenschrank benutzt. Auf dem Tisch steht ein Topf mit weißen Blumen, deren Namen ich vergessen habe. Daneben ein Aschenbecher. Wenn ich ehrlich bin, haben die Blumen mittlerweile einen leichten Gelbstich bekommen.

Ich schaue auf die Uhr. Es ist 9.50 Uhr. Ich zünde meine Zigarette an, stelle den Kaffee auf den Tisch und schließe die Augen. Die Sonne scheint zwischen den Dächern dieses und der umliegenden Häuser durch und mir direkt ins Gesicht. Das tut sie in diesem Winkel zu dieser Jahreszeit nur zu dieser Uhrzeit und nur für etwa zehn Minuten.

Mit geschlossenen Augen denke ich an die Balkone zu meinen Seiten. Die Wohnung rechts steht, seit ich hier eingezogen bin, leer. Der Balkon zu meiner Linken ist voll mit Müll. Alte Töpfe, Plastikplanen, ein halbleerer Kasten Bier. Ich habe noch nie jemanden dort gesehen oder etwas aus der Wohnung gehört. Das Gebäude rechts hat keine Balkone zu diesem Hof. Das Haus links nur ganze kleine, auf denen vielleicht eine Person stehen kann. Nur gegenüber gibt es Balkone wie hier. Der Hof ist ein kleines Rechteck, das nach oben die Sonne verschluckt. Als letztes Jahr Leute auf ihren Balkonen applaudierten, kamen die Geräusche von weit über mir. Es klang zwar so, als wären es viele gewesen, aber ich glaube, das ist dem Echo in diesem Rechteck geschuldet.

Nach zehn Minuten spüre ich, wie die Wärme in meinem Gesicht nachlässt. Nach weiteren fünf Minuten öffne ich die Augen. Auf dem gegenüberliegenden Balkon steht ein Tisch, nicht aus Plastik, sondern aus Holz. Auf der Fensterbank dahinter, die auf den Balkon ragt, steht ein Glas, das zur Hälfte mit Wasser gefüllt ist. Dass es mit Wasser gefüllt ist, sehe ich von hier aus zwar nicht, habe aber schon einige Male das Zischen gehört, wenn eine Zigarette ins Glas fällt oder die Person auf der anderen Seite hineinascht. Dann steht das Glas allerdings auf dem Tisch und eine Hand kommt hinter dem Mauerwerk hervor. Das Fenster ist mit einem Tuch verhangen. Die rechte obere Ecke des Tuches, die instabilere von den beiden Ecken, hat sich vor einigen Wochen gelöst, aber wurde nicht wieder richtig angebracht.

Letztes Jahr um diese Zeit saß ich das erste Mal mit geschlossenen Augen auf diesem Balkon. Ich wollte das bisschen Sonne tanken, das ich hier abbekam. Ich hatte

mir vorgenommen, dafür in Zukunft früher aufzustehen, Regelmäßigkeit und Rhythmus in mein Leben zu bekommen. Ich hörte das Klacken eines Feuerzeugs, zog mit geschlossenen Augen an meiner Zigarette und fühlte die Wärme und das Licht auf meinen Augenlidern. Dann hörte ich ein Zischen, aber ich dachte mir nichts dabei. Ich wusste damals schon von diesem Echo, das die Geräusche aus den oberen Etagen zu mir nach unten trug. Als ich die Augen dann schlussendlich öffnete, sah ich, wie sich die Balkontür mir gegenüber schloss.

Im Laufe des Tages ging mir dieses Zischen dann nicht mehr aus dem Kopf. Wieso hatte ich nicht gehört, wie jemand den Balkon betreten hatte, oder hatte ich die Person einfach übersehen? Das erste Mal hatte ich in einer der Wohnungen zum Hof eine Person wahrgenommen, nicht nur körperloses Klatschen, und es beschäftigte mich. Im Laufe des Tages ging ich öfter auf den Balkon zum Rauchen, als ich das normalerweise tat, aber ich sah niemanden auf der anderen Seite. Abends schmerzte mein Hals etwas von den Zigaretten.

Am nächsten Tag verschlief ich. Ich wachte erst nach zehn auf, machte trotzdem die drei Tassen Kaffee und ging direkt mit der ersten auf den Balkon. Ich trank auch die zweite da, mit einem Buch in der Hand. Aber ich konnte mich nicht aufs Lesen konzentrieren, sondern schaute bei jedem kleinen Geräusch auf. Ich trank den dritten Kaffee direkt danach und mir wurde schlecht. Zu viele Zigaretten und zu viel Kaffee direkt hintereinander auf leeren Magen. Ich sagte die erste Zoom-Konferenz für den Tag ab und lag stattdessen mit einer Wärmflasche im Bett.

Am nächsten Tag wurde ich etwas zu früh wach. Ich verbrachte Zeit auf Twitter, schaute mir die neuen Stellenausschreibungen auf academics.de an und beantwortete die eine neue WhatsApp-Nachricht von meiner Mutter. *Hey, ja alles gut soweit.*

Um 9.30 Uhr stand ich dann auf, startete meinen Laptop und die Kaffeemaschine. Um 9.45 Uhr saß ich mit meinem Kaffee und einer Zigarette auf dem Balkon. Ich hatte damals noch nicht die perfekten Zeiten internalisiert und wunderte mich, wo die Sonne blieb.

Ich nahm den Balkon wieder in den Blick, wie am Vortag. Das Mauerwerk war etwas höher als auf meiner Seite. Dahinter sah ich dann doch Rauch aufsteigen. Das Glas stand nicht mehr auf der Fensterbank, sondern auf dem Tisch aus Holz und eine Hand hob sich hinter dem Mauerwerk hervor. Das Zischen von vorgestern, etwas leiser. Ich kniff meine Augen zusammen und konnte dann endlich Haare ausmachen. Sie waren grob in einem Dutt zusammengebunden. Dunkle, dicke Locken fielen aus diesem Konstrukt, teilweise unterbrochen von einzelnen schneeweißen Strähnen.

Eine Person, die also, genau wie ich, vormittags um zehn zu Hause war. Auf ihrem Balkon auf dem Boden saß und eine Zigarette rauchte. Von der Hand und den Haaren konnte man nicht viel erfahren. Ich erkannte nur etwas, das glänzte wie ein Armband in Weiß. Die Haare halfen mir auch nicht, ein klareres Bild vor meinen Augen zu bekommen. Ich trug meine tatsächlich ganz ähnlich kurz nach dem Aufstehen.

Ich überlegte aufzustehen, um besser hinter das Mauerwerk schauen zu können, aber mir kam der Gedanke, dass das merkwürdig aussehen würde. Ich würde der Person und mir vorkommen wie ein Stalker. Vielleicht war sie auch einer dieser Menschen, die nackt herumlaufen, wenn sie alleine in ihrer Wohnung sind, und saß deshalb auf dem Boden und nicht auf dem Stuhl. Vielleicht wollte sie auch einfach keinen Kontakt zu irgendwelchen Nachbarn aufbauen.

In den Wochen davor hatten meine zwischenmenschlichen Begegnungen darin bestanden, der Kassiererin bei Rewe zu sagen, dass ich gerne mit Karte zahlen würde, und gelegentlichen Workshops, in denen ich mittelalten Herren dabei zuhörte, wie sie zu bestimmten Themen standen. Ich sehnte mich nach einem ungezwungenen Gespräch mit einer Person, die ich nicht verpixelt auf meinem Bildschirm sah.

Während ich nachdachte, wie ich vorgehen sollte, hatte sich die Sonne langsam auf mein Gesicht gelegt und ich ganz unwillkürlich und in Gedanken meine Augen geschlossen. Ich hörte das Zischen und riss sie wieder auf. Einen Arm konnte ich noch

erhaschen, während sich die gegenüberliegende Tür vor meinen Augen schloss. Die Person hatte ein Tattoo auf dem linken Unterarm, das konnte ich ganz genau sehen. Ein Drache vielleicht? Ich ging an dem Tag noch einige Male auf den Balkon eine rauchen, aber ich sah nur das Glas auf der Fensterbank stehen.

Am nächsten Tag fing es an zu regnen. Ein angenehmer, kühler Regen, der die ganze Woche anhalten würde. Die Sonne schien mir nicht mehr ins Gesicht, da sie sich hinter den Wolken versteckte. Dennoch verbrachte ich jeden Morgen ab 9.50 Uhr auf dem Balkon. Die Tatsache, dass die andere Person nicht erschien, verstärkte meine Vermutungen, dass sie wahrscheinlich nackt in ihrer Wohnung war und die Nässe und Kälte des Regens ihr zu unangenehm waren. Vor drei/vier Monaten begann ich auch, nackt in meiner Wohnung herumzulaufen. Nach meinen drei Morgenkaffees und nur, wenn ich keinen Termin über Zoom habe.

In dieser Regenwoche sah ich einmal diesen linken Arm mit dem Drachen-Tattoo, wie er das Tuch hinter dem Fenster wieder richtig einhakte. Es war an der rechten Seite abgerutscht.

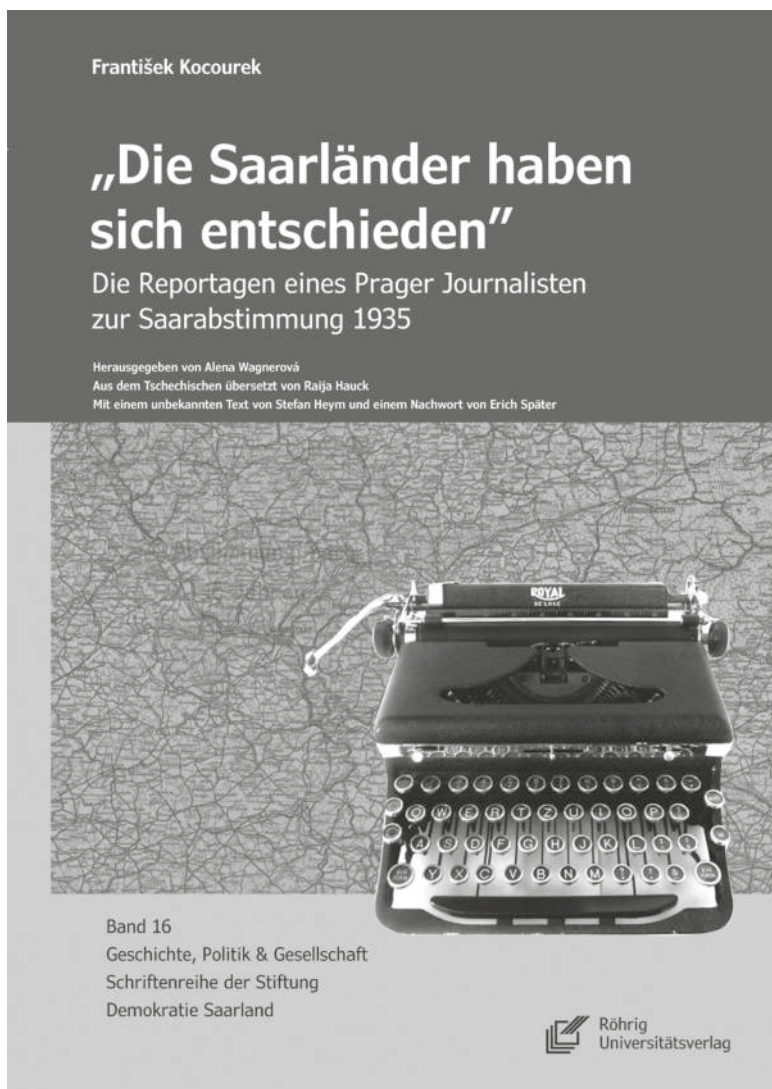
Nachdem der Regen sich gelegt hatte, überlegte ich, ein Pappschild aufzustellen. Ich hätte »Hey« oder »Hey, wie geht's dir?« draufgeschrieben. Vielleicht auch »Hey, cooles Tattoo. Ist das ein Drache?« oder »Hey, das ist ein schönes Armband. Btw, ich trage die Haare auch oft so!«

Ich dachte viel über potentielle Schilder nach, während ich meinen zweiten Kaffee trank. Ich machte mir Gedanken darüber, wie die Person wohl da drüben leben würde. Vielleicht genauso alleine wie ich? Vielleicht überlegte sie genau wie ich, ob sie mir ein Schild basteln sollte? Vielleicht versuchte sie herauszufinden, wann ich auf dem Balkon wäre, ohne dass die Sonne mich blendet?

Ich sah sie nur noch einmal. Es war bereits spät abends, die Sonne untergegangen und das Rechteck im Hof war finster. Ich ging auf den Balkon, um die letzte Zigarette vor dem Schlafengehen zu rauchen, genoss die kalte Luft auf meiner Haut. Ich hörte Geschirr, das irgendwo weit über mir gewaschen wurde. Hörte verzerrtes Kinderlachen, das von den Dächern zu kommen schien. Und hörte ein Schluchzen. Das leise, sanfte Geräusch einer Person, die kurz davor war loszuweinen. Dann ein Zischen. Das Glas auf der anderen Seite stand auf dem Tisch und für einen Moment sah ich, wie an einer Zigarette gezogen wurde, da auf dem anderen Balkon. Die Glut erhellte das Gesicht dahinter. Dunkle Augen sahen mich geradewegs an. Sie glänzten ganz feucht. Dann ein sanftes Zischen und das Zufallen einer Tür.

Seit damals habe ich mir angewöhnt, meinen zweiten Kaffee um Punkt 9.50 Uhr auf dem Balkon zu trinken, um vielleicht noch einmal diesen Unterarm mit dem Tattoo oder diesen direkten Blick zu sehen.

Ab sofort im Buchhandel erhältlich:



František Kocourek zählte zu den bedeutendsten, bekanntesten und beliebtesten Journalisten der ersten Tschechoslowakischen Republik. Zu seiner Professionalität gehörten auch viele Reisen durch Europa; nach Saarbrücken kam František Kocourek im Januar 1935. Er wußte, worum es bei der Volksabstimmung gehen wird, um über die Situation in dem »letzten Teil des freien Deutschlands«, wie er das Saarland bezeichnete, zu berichten.

ISBN/EAN: 9783861107644



Stiftung Demokratie Saarland
Europaallee 18, 66113 Saarbrücken





Ursache und Wirkung: Ein kleines, aber feines Detail

Heidemarie Ertle (Hg.) »Gestern war ein sehr schwerer Tag für uns hier in St. Ingbert« – Das Kriegstagebuch von Ruth Schier. Softcover, 203 Seiten. Conte Verlag, St. Ingbert 2020. 17 Euro.

Die St. Ingberter Kaufmannstochter Ruth Schier (1921–2018) hat zwischen Juni 1944 und dem 8. Mai 1945 ihre Kriegserinnerungen in Form eines Tagebuchs festgehalten. Dr. Heidemarie Ertle, seit Juli 2020 Leiterin des Stadtarchivs St. Ingbert, hat das Dokument in der archiveigenen Schriftenreihe *Ingobertina* beim örtlichen Conte Verlag herausgegeben. Die Aufzeichnungen, das vorab, richten sich nicht an eine Öffentlichkeit, sondern an den Ehemann. Der ist als Offizier in Frankreich stationiert, nach neun Monaten Ehe reißt die Korrespondenz zwischen dem Paar im Mai 1944 ab. Ob Otto Schier noch lebt, ist über Monate hinweg unklar. Von Hoffnung getragen, beginnt die junge Frau daraufhin, ihre Erlebnisse und Gefühle dem Tagebuch anzuvertrauen: »Was ich niederschreibe, ist eigentlich für Dich, lieber Otto. Vielleicht wirst Du sie einmal lesen.«¹

Geschildert wird vor allem die Monotonie des persönlichen Kriegsalltags, geprägt von Sehnsucht, Ängsten und stetigem Bombenalarm. Verzweifelte Versuche der St. Ingberter Bevölkerung, Kontakt zu ihren Angehörigen an der Front und im »Reichsinneren« herzustellen. Redundantes und Persönliches wie auch Schnittmengen aus beidem. Eine Weisheitszahn-Operation, ein überfahrener Hund, Kinobesuche. Eben alles, was Ruth Schier in der fraglichen Zeit umtreibt. Der Klappentext kündigt einen Zwiespalt der Autorin zwischen Einflüssen nationalsozialistischer Propaganda und Zweifeln an der Sinnhaftigkeit des Kriegs an. Tatsächlich lassen sich neben der Hoffnung auf »den Sieg unserer Soldaten« leise Misstöne vernehmen. Unangenehm berührt zeigt sie sich angesichts der Kolonnen an Kriegsgefangenen, die im Dezember 1944 von Deutschen zu Fuß, teilweise barfuß, ins Reichsinnere getrieben werden: »Wie tief ist die Menschheit gesunken, dass dies möglich ist, dass so etwas geschehen

kann.«² Schon im September 1944 schildert Ruth Schier die »große Angst« vor den eigenen Leuten. Nicht etwa der von ihnen vertretenen, menschenverachtenden NS-Ideologie wegen, sondern weil sie mögliche Plünderungen fürchtet. Eine an anderer Stelle formulierte Angst vor möglichen Rachebedürfnissen »der Russen« lässt implizit Schiers Wissen um die Grauen der NS-Verbrechen durchscheinen. Auch spricht sie an einer Stelle die Existenz von Konzentrationslagern an.³ Was derlei »Details« mit dem Bombardement zu tun haben, wird freilich ausgespart.

Die Seiten widmen sich vielmehr fast ausschließlich dem eigenen Leid, der Angst und Pein der deutschen Bevölkerung. »Sie« haben jeden Deutschen zum Soldaten gemacht, externalisiert Schier die Verantwortung: »Unser ganzes Volk muss daran glauben, es muss verbluten.«⁴ Und weiter: »Wie ich sie verabscheue, diese Nazis«⁵, sei doch das deutsche Volk über die Lage an der Front getäuscht worden. Das typische Narrativ der naiven, aber unschuldigen Deutschen als eigentliche Opfer des eigenen Angriffskriegs also – entscheidend ist, was nicht gesagt wird: Die originären Opfer, die vom deutschen NS-Terror massenhaft Verfolgten und Vernichteten, spielen keine Rolle. Weder die Verbrechen der Wehrmacht, der eliminatorische Antisemitismus oder die euphorische Zustimmung der SaarländerInnen für Hitler und den Nationalsozialismus werden auch nur ansatzweise adäquat thematisiert. Wohl gemerkt auch nicht in den Begleittexten. Lediglich gegen Ende von Schiers Ausführungen zeigt sich eine zarte Einsicht hinsichtlich Ursache und Wirkung: dass die zahllosen verschleppten Zwangsarbeiter so unzureichend mit Nahrung versorgt worden seien, »war ein ganz großes Verbrechen«⁶. Von der eigenen Unschuld und der des deutschen Kollektivs bleibt sie aber bis zum Schluss felsenfest überzeugt:

»Das Kriegsgeschehen musste wohl in einer Niederlage der Deutschen enden. Ich sehe darin die Gerechtigkeit Gottes, denn ein solches Regime wie das unsere konnte nicht weiter bestehen. Sicherlich werden wir leiden müssen, obwohl wir unschuldig sind. Wollen wir es als Sühne für die Verbrechen der anderen tragen, die sie ohne unser Wissen und Wollen in unserem Namen ausführten.«⁷

»Welches Leid, welche Not ist über uns gekommen! Es ist zum Verzweifeln, wenn man sieht, wie unsere schönen Städte in Schutt und Asche gelegt werden«⁸, klagt die Chronistin. Nun gut. Es handelt sich letztlich um ein Ego-Dokument aus der Perspektive einer NS-Anhängerin. Was der Verlag sich dabei gedacht hat, diesen Quellentext ohne kritische Edition, ohne jegliche Einbettung in einen historischen Kontext zu veröffentlichen, das muss er sich fragen lassen. Weder im Vorwort noch in zwei Nachworten wird die Bombardierung St. Ingberts als Konsequenz des Raub- und Vernichtungskriegs des nationalsozialistischen Deutschlands eingeordnet.

Der Schreiberin des Kriegstagebuchs kann man die selektive Wahrnehmung und Bedienung des deutschen Opfermythos‘ heute schwerlich vorhalten. Der Leiterin des St. Ingberter Stadtarchivs, Dr. Heidemarie Ertle, die es nicht für notwendig hält, in ihrem Vorwort kleine, aber feine Details wie die Frage von Ursache und Wirkung zumindest kurz zu erwähnen, aber sehr wohl. Saarländische Archive fallen derweil nicht zum ersten Mal durch derartige Fragwürdigkeiten auf. Man denke an den Leiter des Saarbrücker Stadtarchivs, Hans-Christian Herrmann, und Peter Wettmann-Jungblut, seines Zeichens Landesarchivar, die sich in der von Julian Bernstein und Erich Später in den *Saarbrücker Heften* angestoßenen Röder-Debatte vergeblich an der Reinwaschung des Ex-Ministerpräsidenten vom Makel der NS-Vergangenheit versuchten und dabei keine gute Figur abgaben.

Der ganze Tenor der Veröffentlichung bedient das Entlastungsnarrativ, nach dem sich Deutsche als die eigentlichen Opfer des deutschen Angriffskriegs oder mindestens als moralisch ebenbürtig imaginieren. Das ist eine symptomatische Tendenz der zeitgenössischen Erinnerungskultur. Allen voran in Dresden, aber auch in der Region hat diese Geschichtsklitterung ihre Entsprechung. Ein Blick nach Zweibrücken: Dort zieht traditionell einmal

jährlich der »Nationale Widerstand Zweibrücken«, eine neonazistische Kameradschaft, mit einem Fackelmarsch an der alten Synagoge vorbei durch die Innenstadt, um an die Bombardierung Zweibrückens durch die Alliierten 1945 zu erinnern und das besiegte Deutschland zu betrauern. Als vermeintliches Kontrastprogramm boten die Stadt und das »Bündnis Buntes Zweibrücken« in den letzten Jahren eine eigene Gedenkveranstaltung für die zerstörte Stadt und die »Opfer« der Alliierten an – der Nazikameradschaft ist es mit-hin gelungen, einem demokratischen Bündnis ihr Verständnis von Erinnerungskultur aufzuoktroyieren. Und niemand vor Ort stört sich daran. Die Gedenkfeierlichkeiten der Ludwigskirche anlässlich des 75. Jahrestags der Bombardierung Saarbrückens bliesen im Oktober 2019 in ein ähnliches Horn: Kein Wort auf der Homepage der Evangelischen Kirchengemeinde Alt-Saarbrücken, dass der Angriff britischer Bomber auf die Stadt auch einen Grund hatte. Geschweige denn, was die Befreiung durch die Alliierten für die Massen an der durch die Volksgemeinschaft geschundenen Opfer bedeutete.

Als historische Quelle hat das Dokument an sich zweifellos einen gewissen Wert. Den hätte es als schlichte Archivalie aber ebenso. Die Veröffentlichung in dieser Form hingegen, der Umstand, dass das St. Ingberter Stadtarchiv und der Conte Verlag diese, polemisch gesprochen, selbstmitleidige Litanei ohne jegliche historische Einordnung veröffentlichen, ist im Grunde eine Frechheit. Eine wertvolle Quelle für die Stadtgeschichte sei diese Veröffentlichung, behauptet der Klappentext. Das stimmt sogar – für künftige HistorikerInnen, die sich für den Umgang mit der NS-Vergangenheit 75 Jahre nach Kriegsende interessieren werden, dürfte der Titel aufschlussreich sein.

Klara-Katharina Bost

Anmerkungen:

- 1 S. 8.
- 2 S. 105.
- 3 Vgl. S. 145.
- 4 S. 138.
- 5 S. 163.
- 6 S. 183.
- 7 S. 197.
- 8 S. 10.

Von der Kunst stehen zu bleiben

Milena Jesenská: »Prager Hinterhöfe im Frühling. Feuilletons und Reportagen 1919–1939«. Herausgegeben von Alena Wagnerová, aus dem Tschechischen von Kristina Kallert, Wallstein Verlag, Göttingen 2020, 416 Seiten, 32,00 Euro.

Milena Jesenská begegnete mir zum ersten Mal auf der Frankfurter Buchmesse 1990: als hübsche, etwas verträumte junge Frau auf einer Postkarte und als Autorin ihrer Feuilletons und Reportagen, die unter dem Titel »Alles ist Leben« im Verlag Neue Kritik erschienen. Mir gefielen vor allem Jesenskás kurze Skizzen, die ausgehend von genauen Beobachtungen des alltäglichen Lebens philosophische Fragen und Erkenntnisse entwickeln.

Nun hat die in Saarbrücken lebende Schriftstellerin und Kulturpublizistin Alena Wagnerová im Wallstein Verlag eine umfassendere Auswahl aus den Texten von Milena Jesenská in neuer Übersetzung herausgegeben, pünktlich zum 125. Geburtstag der Autorin am 10. August 2021. Dafür wählte sie 79 Texte aus der Edition Jiráskovás sowie vier Berichte über die Werkbundaustellung in Stuttgart aus. Damit geht der Umfang über den der Edition von Dorothea Rein im Verlag Neue Kritik hinaus. Beide Editionen unterscheiden sich auch in der Auswahl der Texte sowie in der Übersetzung. Wegen der Texte, die nicht bei Wagnerová enthalten sind, ist auch Reins Edition immer noch lesenswert. (Milena Jesenská: Alles ist Leben. Feuilletons und Reportagen 1919–1939. Herausgegeben und mit einer biographischen Skizze versehen von Dorothea Rein, Frankfurt/Main 1984, zurzeit lieferbar in der 5. Auflage von 2008.)

In ihrem Vorwort geht Wagnerová ausführlich auf die Rezeption des Werks ein, ordnet die Texte nach Schaffensperioden und kommentiert sie. Zum Beispiel erläutert sie, warum Milena Jesenská lange als Adressatin der Briefe von Franz Kafka auf eine Statistinnenrolle verengt wurde. Kafkas »Briefe an Milena«, erstmals 1952 erschienen, sind Gegenstand zahlreicher Artikel und Studien. Jesenskás eigenes Werk dagegen verschwand aus dem öffentlichen Gedächtnis, weil sie während der kommunistischen Herrschaft in der

Tschechoslowakei als Trotzkinistin geächtet war. Die genannte deutsche Auswahl von Dorothea Rein schloss diese Lücke.

In Tschechien wurden die Texte zugänglich gemacht durch Marie Jirásková. Ihre Bibliografie umfasst 1.091 Artikel, Feuilletons und Reportagen für tschechische Tages- und Wochenzeitungen sowie 73 Übersetzungen, davon 7 Bücher. Ihre Auswahl aus Jesenskás Werk, die 2016 unter dem Titel »Křižovatky« (Kreuzungen) erschien, besteht aus 355 dieser Texte. Ihr folgten in den Neunzigerjahren die Edition der Briefe von Milena Jesenská durch Alena Wagnerová, die ebenso eine sorgfältig recherchierte Biografie Jesenskás verfasst und ihre Lebenszeichen aus dem KZ Ravensbrück herausgegeben hat.

In der Darstellung des Werks von Jesenská folge ich der von Wagnerová vorgenommenen Einteilung in drei Schaffensperioden. Von 1919 bis 1924 lebt Milena Jesenská mit ihrem ersten Mann, dem österreichischen Literaturkritiker Ernst Pollak, in Wien und schreibt für die Zeitungen *Tribuna* und *Národní listy* Artikel über die Wiener Mode, Skizzen aus dem Alltagsleben im Wien der Nachkriegszeit und sozialkritische Reportagen über Armut und Elend nach dem Zusammenbruch der Monarchie. »Die Kinder in Wien« (1920) beobachtet die Kinder der Vorstädte, die »vor der Zeit gealterten kleinen Bürger« und ihre harte Lebensrealität. »Meine Freundin« (1921) porträtiert eine Zimmerwirtin. Die amüsierte Ironie der Ich-Erzählung kontrastiert mit der handfesten, unsentimentalen Fürsorge der Zimmerwirtin, durch die sie die Erzählerin am Leben erhält. »Der Teufel am Herd« (1923) plädiert dafür, die Ehe als Solidargemeinschaft statt als Glücksversprechen zu sehen.

Jesenskás Texte entsprechen dem, was sie später als »Die Rolle des Journalismus in der heutigen Literatur« (1926) formuliert: »Ein Journalist [...] ist ein Miniaturenzeichner,

aber in seinen Details trifft er die Wirklichkeit. Er interessiert sich für unauffällige Kleinigkeiten, und auf einmal zeigt sich deren große Wichtigkeit.« Immer wieder erstaunt Jesenskás unverblümete, direkte und zugleich mitfühlende, zarte Darstellungsweise. Im genauen und schonungslosen Blick auf die Beziehungen zwischen Menschen zeigen sich ihre Hellsichtigkeit und ihre Unabhängigkeit von Konventionen. Die Wertschätzung der Sorge ist heute, wo sie als Care-Arbeit bezeichnet wird, so wichtig und aktuell wie damals – und zugleich so prekär.

Zurück in Prag findet Milena Jesenská ihre geistige Heimat in der tschechischen Avantgarde. Begeistert ist sie von der internationalen Werkbundausststellung »Die Wohnung« in Stuttgart 1927. In dieser Zeit ist sie in zweiter Ehe verheiratet mit dem Architekten Jaromír Krejcar, mit dem sie 1928 ihre Tochter Jana bekommt. Auch wenn sie lange die Frauenseite verantworten und über Mode schreiben muss, vertritt Jesenská ein modernes Frauenbild. Der Artikel »Ein dekorativer Gegenstand?« (1925) wehrt sich gegen die »Pflicht, dekorativ zu sein« und sich zu schminken.

»Ich weiß nicht, wie wir uns als Dekoration im Leben ausnehmen würden, ich denke, es stünde uns nicht zu Gesicht. Wir würden uns dabei auch fürchterlich langweilen. [...] Da ist es besser, nach der erstbesten Arbeit zu greifen, die einem unter die Finger gerät, dann nach einer anderen und wieder einer neuen und lieber auf menschliche Weise und im Wirbel des Lebens altern und ein Gesicht voller Falten und Fältchen bekommen, die sich so fröhlich zu einem Lächeln fächern wie ein gestärkter Fältelkragen und uns dereinst zu einer rührigen und vielleicht ja auch heiteren und modernen Großmutter machen!«

In den letzten beiden Jahren ihres Schaffens, von 1937 bis 1939, bekommt Milena Jesenská die Gelegenheit, für die unabhängige politische Wochenzeitschrift *Přítomnost* (Gegenwart) Reportagen zu politischen Themen zu schreiben. Sie berichtet so engagiert wie differenziert über die Situation in den sudeten-deutschen Gebieten Tschechiens sowie die Schicksale der Emigranten. Nach der Besetzung der Tschechoslowakei kritisiert Jesenskás Artikel »Adieu, Jules Romains!« (1939), eine Entgegnung auf einen vorangehenden Beitrag des französischen Schriftstellers, den Verrat Frankreichs. In den Artikeln »... sein Glück

anderswo suchen?« (1939) und »Die Kunst stehen zu bleiben« (1939) erklärt sie, warum sie ihre Aufgabe darin sieht, in der Tschechoslowakei zu bleiben. »Man muss stehen bleiben können. Mit entblößtem Kopf und einer brennenden Liebe im Herzen, in großer Würde, offen und aufrecht stehen bleiben können an der Seite all dessen, was tschechisch ist.« Auch wenn heute vielleicht die nationalistische Tönung dieser Worte irritiert: Jesenská engagiert sich zugleich auch ganz praktisch im Widerstand. Sie schreibt für die illegale Zeitung *V Boy* (Auf zum Kampf) und ist Mitglied einer Gruppe, die Gefährdeten zur Flucht nach Polen verhilft. Im November 1939 wird sie verhaftet und 1940 ins KZ Ravensbrück gebracht, wo sie am 17. Mai 1944 stirbt.

Überlebt hat ihr Werk. Milena Jesenskás feuilletonistische Skizzen und politische Reportagen bestechen durch ihre oft schonungslose und zugleich mitfühlende Beschreibung, ihre gedankliche Klarheit und ihre aufrechte Haltung. Sie haben nichts von ihrer Strahlkraft verloren.

Alena Wagnerová macht nun einem deutschen Publikum weitere, unbedingt lesenswerte Texte aus dem Werk Jesenskás zugänglich und leistet mit ihrem Vorwort eine kenntnisreiche Einordnung und Kommentierung.

Am Ort des Treffens von Milena Jesenská mit Franz Kafka in der Kleinstadt Gmünd/České Velenice an der Bahnlinie Wien-Prag wird es vom 22.–25. Juli 2021 das Kulturfestival ÜBERGÄNGE PŘECHODY geben, sowie ein Internationales Symposium, zu dem auch Alena Wagnerová geladen ist.

Anne Lehnert

Immer im Wandel! Ständig in der Krise?

Rezension: Dr. Hans-Christian Herrmann (Hg.): »Die Strukturkrise an der Saar und ihr langer Schatten – Bilanz und Perspektiven von Montanregionen im europäischen Vergleich«, 354 Seiten, etliche Abbildungen. Conte Verlag, St. Ingbert 2020. 24,90 Euro.

»Geboren auf der Kohle, gebrannt in Eisen« unter diesem fast schon theatralischen Motto fand im November 2019 ein Kolloquium des Saarländischen Archivverbandes statt, dessen Beiträge in überarbeiteter Version in dem Buch *Die Strukturkrise an der Saar und ihr langer Schatten* gut ein Jahr später von Dr. Hans-Christian-Herrmann, dem Leiter des Saarbrücker Stadtarchivs und Vorsitzenden des Saarländischen Archivverbandes, herausgebracht wurden. Anlässlich der enormen Herausforderungen, vor denen die für das Saarland noch immer stark gewichtige Industrie (v.a. Automotive und Stahl) aktuell durch außenwirtschaftliche Probleme, Digitalisierung und Automatisierung sowie Dekarbonisierung und notwendige klimapolitische Umstellungen in der Produktion steht, wird ein Blick auf die vergangenen Strukturkrisen und Wandelprozesse von Kohle und Stahl an der Saar gerichtet. Durch die aus den historischen Hintergründen bestenfalls entstehenden Erkenntnisgewinne könnten die aktuell handelnden AkteurInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zum einen lernen, Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und zum anderen damalige erfolgreiche Strategien in derzeitige und zukünftige Handlungsoptionen mit einzubeziehen. Insofern sollte das Werk nicht nur historisch interessierte Menschen ansprechen.

Das im St. Ingberter Conte Verlag erschienene Buch gibt auf über 350 Seiten in zwölf Beiträgen einen Überblick über Ursachen und Verlauf der industriellen Strukturwandelprozesse sowie über die damaligen Ansätze und Strategien zur Lösung der Krisen. Dabei wird ein Vergleich mit anderen Regionen gezogen und die Auswirkungen der Strukturkrisen auf ehemalige saarländische Montanstädte analysiert.

Den ersten Beitrag liefert der Herausgeber selbst: In seinem Einführungs- bzw.

Überblickstext gibt Herrmann eine umfassende Einordnung über die in den weiteren Beiträgen behandelten Themen sowie Problemstellungen und stellt den Aktualitätsbezug in Hinblick auf ökonomische wie auch soziale und demokratische Herausforderungen her. Die folgenden beiden Beiträge befassen sich tiefergehend mit der Strukturkrise im Saarland: Zunächst gibt der Wirtschaftshistoriker Prof. Dr. Ralf Banken (Goethe-Universität) einen Überblick über die Entwicklung des Montansektors an der Saar zwischen 1914 und 1960. Daran anschließend erläutert erneut Herrmann den saarländischen Strukturwandel von Ende der 1950er Jahre bis heute.

Um dem Untertitel des Buches »Bilanz und Perspektiven von Montanregionen im europäischen Vergleich« zu entsprechen, wird danach der Analyse Raum über das Saarland hinaus ausgeweitet: Prof. Dr. Stefan Goch von der Ruhr-Universität Bochum beleuchtet den Strukturwandel im Ruhrgebiet, der Luxemburger Historiker Marc Birchen widmet sich dem im Großherzogtum Luxembourg. Die Betrachtung der Umbrüche in Lothringen erfolgen in zwei getrennten Beiträgen: zur Stahlkrise (Pascal Raggi, Historiker der Université de Lorraine) und zur Kohlekrise (Barbara Hesse, Leiterin des Centre des archives industrielles et techniques de la Moselle). Im weiteren Buchverlauf folgt ein Beiträge-Block mit Blick auf (ehemalige) Montanstädte an der Saar, verfasst von den jeweiligen StadtarchivarInnen: Völklingen (Dr. Michael Röhrig), St. Ingbert (Dr. Heidemarie Ertle), Neunkirchen (Christian Reuther) und Saarbrücken-Burbach (Dr. Herrmann).

Der abschließende Beitrag stammt aus der Feder von Dr. Frank Hirsch, Leiter des Dokumentationszentrums der Arbeitskammer des Saarlandes, welcher die zentrale Rolle der Mitbestimmung (insbesondere der Montanmitbestimmung) und die Wichtigkeit des

Einbezug der Interessenvertretungen von Arbeitnehmenden in Krisensituationen und bei Entscheidungsprozessen aufzeigt.

Ein Autorenverzeichnis oder sonstige Hinweise über die VerfasserInnen der Beiträge sind in dem Buch leider Mangelware bzw. gar nicht erst vorhanden – Hintergründe zu den AutorInnen oder Information über deren Referenzen muss sich der/die daran interessierte Lesende anderweitig in Eigenrecherche erarbeiten.

Die verschiedenen dargelegten Perspektiven zeigen, dass die Strukturwandelprozesse je nach Region, Epoche und Rahmenbedingungen zum Teil sehr unterschiedlich verliefen und nicht immer unmittelbar miteinander vergleichbar sind. Dennoch lässt sich über alle Beiträge folgende Erkenntnis gewinnen: Sobald sich Strukturkrisen abzeichnen (wie bspw. die Stahlkrise bereits in den 60er Jahren) oder ein Problembewusstsein über krisenempfindlichen Monostrukturen (wie bspw. die einseitige Abhängigkeit vom Montanbereich) entsteht, sollten frühzeitig vorausschauende wirtschaftspolitische Aktivitäten erfolgen, insbesondere von Seiten der öffentlichen Hand. Stefan Goch formuliert in seinem Beitrag über das Ruhrgebiet pointiert, dass »struktureller Wandel ökonomisch, halbwegs sozial vertretbar und ökologisch« nur durch staatliches Eingreifen zu bewältigen sei (Vgl. S.148).

Wenn den im Saarland handelnden (bzw. nicht-handelnden) AkteurInnen – in diesem Zusammenhang beispielhaft an der Stahlkrise der 1970er Jahre – industriepolitische Konzeptlosigkeit (S.272), fehlende Einsicht in wirtschaftliche Realität (S.22) oder zu zögerliches Investitionsverhalten bei den Umstellungsprozessen traditioneller Produktionsmethoden (S.79) vorgeworfen wird, kann man sich durchaus an heute geäußerte Bedenken zum Verlauf der Wandlungsprozesse in der Automobilindustrie bei der Umstellung des Verbrennungsmotors auf andere Antriebsformen erinnern fühlen.

Als ein weiterer zentraler Faktor zur Bewältigung von Strukturkrisen bzw. zur Lösung von Konflikten wird im Buch an verschiedenen Stellen die Bedeutung einer funktionierenden Sozialpartnerschaft hervorgehoben (z.B. S.106, S.168f, S.354) – für das Saarland insbesondere die spezifische Form der paritätischen Mitbestimmung (S.335). Industrielle Arbeitsplätze konnten dadurch zum Teil

erhalten bleiben und soziale Härten verringert werden, wie Frank Hirsch in seinem Beitrag herausstellt. Er betont aber auch: »Gleichwohl gingen tausende Arbeitsplätze verloren und die immensen Kosten belasten das Saarland noch heute.« (S.354).

Dies sind die titelgebenden »langen Schatten« im Sinne einer gesellschaftlich destabilisierende Wirkung von Strukturkrisen, welche in den meisten Beiträgen des Buches aber leider etwas zu kurz kommen. Zwar wird von dem Herausgeber Herrmann aufgezeigt, dass Kohle und Stahl »nicht nur wirtschaftlich, sondern auch eine die Gesellschaft prägende Rolle gespielt« (S.37) haben, in den übrigen Beiträgen wird sich aber überwiegend auf die wirtschaftsstrukturellen Auswirkungen fokussiert. Immerhin Herrmann stellt insbesondere in seinem Beitrag zur Entwicklung in Burbach dar, welche gravierenden psychischen und sozialen Auswirkungen Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit für ehemalige IndustriearbeiterInnen mit sich bringen (S.315). Burbach sei zu einem »Stadtteil der Resignation, Enttäuschung und Wut« (S.327) geworden. Die Folge laut Herrmann: die Kumulation sozialer Nöte in ehemaligen Hütten- und Zechenstädten kommt durch eine massiv zurückgehende Wahlbeteiligung sowie enorm hoher Zustimmungswerte für rechtsextreme Parteien wie der AfD zum Ausdruck (S.46ff).

Wenn man in Hirschs Beitrag erfährt, dass die paritätische Montanmitbestimmung in der Kohle- und Stahlindustrie als eine Lehre aus der NS-Diktatur eingeführt wurde (S.335), drängt sich der Gedanke auf, dass auch heute Formen der Demokratisierung von wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen wieder bzw. weiter verstärkt werden sollten. Dies gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass zentrale Mitbestimmungsakteure bereits in der Stahlkrise frühzeitig neue Konzepte forderten und Modernisierungen durchsetzen konnten – so bspw. 1977, als auf Betreiben der IG Metall für den Standort Völklingen neue Zukunftsperspektiven durch den Bau eines neuen Blasstahlwerks eröffnet werden konnten, was im Aufsichtsrat gegen den Willen der Arbeitgeberseite durchgesetzt wurde (S.341f). Aber auch heute spielen Betriebsräte und Gewerkschaften als regionalwirtschaftliche Akteure bei Transformationsprozessen eine bedeutende Rolle – so wurde z.B. bei Bosch am Standort Homburg die Fertigung der Brennstoffzelle

für die stationäre Anwendung auf Initiative von Beschäftigten entwickelt und ohne Auftrag des Unternehmens mit viel Engagement vorangetrieben. Es scheint auf der Hand zu liegen, dass Arbeitnehmende und deren Interessensvertretungen auch bei den aktuellen Strukturwandelprozessen frühzeitig mit eingebunden werden sollten.

Wenn die heute verantwortlichen EntscheidungsträgerInnen nach der Lektüre des Buches zu der Erkenntnis kommen, Mitbestimmungsstrukturen stärken und ausbauen zu wollen, kann das Werk zur Bewältigung der derzeitigen und kommenden Strukturkrisen einen wichtigen Beitrag leisten – dies gilt vor allem vor dem Hintergrund von Neuansiedlungen von Unternehmen, bei denen die Mitbestimmungsstrukturen unklar sind (wie bspw. bei SVolt), die als eher gewerkschaftsfeindlich eingeschätzt werden wie bspw. Amazon (seit Oktober 2020 mit einem Verteilerzentrum in Völklingen) oder auch bei einer starken Fokussierung von Wirtschaftsförderung auf Sektoren wie bspw. dem IT-Bereich, in denen klassischen Mitbestimmungsstrukturen eher wenig etabliert sind.

Jonas Boos



saarlouis

Der kritische Blick des
Künstlers auf die
Gesellschaft seiner Zeit

**2. Mai bis
29. August 2021**

**LUDWIG GALERIE
S A A R L O U I S**

Alte-Brauerei-Straße, 66740 Saarlouis
Tel.: 06831/69898-11
LudwigGalerie@saarlouis.de
Ludwig-Galerie.saarlouis.de

Öffnungszeiten:
Di–Fr 10–13 und 14–17 Uhr
Sa, So und an Feiertagen: 14–17 Uhr

Dr. C. und M. Hochdörffer Stiftung
Barteldesplatz 2, 01309 Dresden

RUDOLF HESSE

Zwischen Sonntagsidylle und Kriegsnot

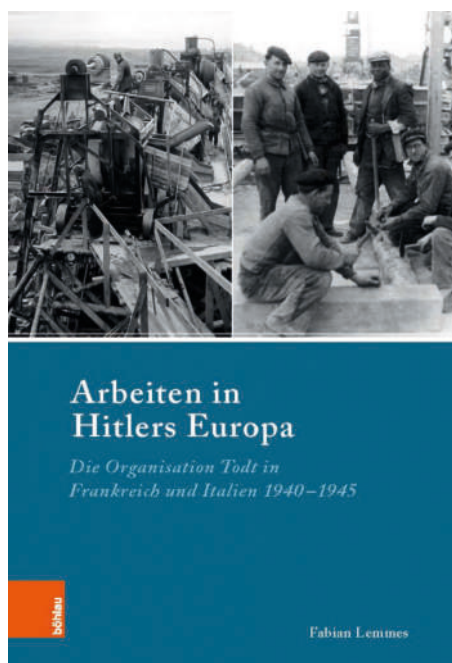


Kathreiner's Malakaffee (Plakatentwurf), undatiert; Aquarell, Bleistift, Tusche auf Papier,
Nachlass Rudolf Hesse – Kreisstadt Saarlouis, Foto: Susanne Kocks

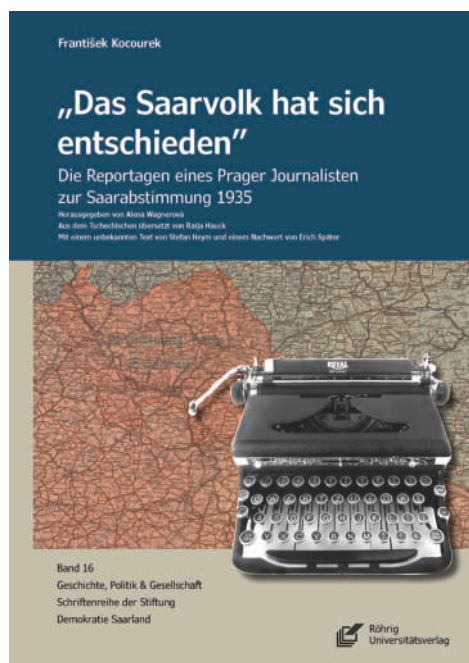
Neue Bücher unserer AutorInnen



Milena Jesenská, Prager Hinterhöfe im Frühling
Feuilletons und Reportagen 1919-1939
Herausgegeben von Alena Wagnerová
Aus dem Tschechischen von Kristina Kallert
416 S., Wallstein Verlag, Göttingen 2020
ISBN 978-3-8353-3827-2



Fabian Lemmes: Arbeiten in Hitlers Europa
Die Organisation Todt in Frankreich und
Italien 1940-1945
770 S., Böhlau, Köln 2021
ISBN 978-3-412-51390-0



Kocourek, František: Die Reportagen eines Prager
Journalisten zur Saarabstimmung 1935
Herausgegeben von Alena Wagnerová
188 S., Röhrig Universitätsverlag, St. Ingbert 2021
Übersetzer: Hauck, Rajja
ISBN/EAN: 9783861107644

» Autorinnen und Autoren

Isabelle Bastuck, geb. 1994, Studium der Germanistik, Philosophie sowie Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft.

Jonas Boos lebt und arbeitet in Saarbrücken. Studium der Volkswirtschaftslehre (Diplom) an der Universität Trier.

Klara-Katharina Bost beschäftigt sich derzeit sowohl wissenschaftlich als auch journalistisch mit der Kritik irrationaler Weltanschauungen, von Antisemitismus über Esoterik und religiösen Fundamentalismus bis zu Verschwörungsphantasmen.

Bernhard Dahm, geb. 1953, Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Asyl- und Ausländerrecht.

Bülent Gündüz, Kunsthistoriker, geboren 1971 in Saarbrücken. Volontariat und Redakteur beim Kunstmagazin *ArtsJournal*. Seit 2001 arbeitet er als Kunstkritiker für verschiedene Medien und schreibt Katalogbeiträge zur Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts. Er veröffentlicht Bücher zu Kunsttheorie und Kunstgeschichte, darunter auch die 2013 im Parthas Verlag verlegte Biografie zu Jackson Pollock. Seit 2019 ist er Mitglied des Kunstkritikerverbandes AICA.

Johanna Henkel, geb. 1997 in Saarlouis. Abitur 2015 in Merzig und Bachelor der Politikwissenschaft in Berlin. Seit 2019 Masterstudium Demokratische Politik und Kommunikation in Trier.

Marina Hetheier lebt in Saarbrücken und arbeitet als Korrektorin, Lektorin und freie Textschaffende. Studium der Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft, Germanistik und Philosophie. Faible für Textgestaltung und -entwicklung sowie medienübergreifende Projekte in Kunst, Film und Musik. Lektorat des Buches *Ein Hauch Vergangenheit* (2014) von Mohsen Ramazani-Moghaddam, Text und Redaktion der Porträtserie *Malstatter Menschen* (2018).

Sadija Kavgić, Journalistin und Übersetzerin. Geboren in Tuzla, Jugoslawien. Infolge der Belagerung von Sarajevo 1992 bis 1996 kam sie nach Deutschland. Publiziert in Deutschland und Bosnien und Herzegowina. Lebt in Saarbrücken.

Anne Lehnert, Studium der Germanistik und Katholischen Theologie. Buchhändlerin und Publizistin in Saarbrücken.

Werner Ried, geb. 1965, Diplomgeograph Dr. phil., Dissertation zum grenzüberschreitenden Schienenverkehr SaarLorLux. Er arbeitet für die DB Fernverkehr AG in Frankfurt und das saarländische Bahnunternehmen BahnLog GmbH. Ehrenamtlich ist er im Saarland Vertreter der Allianz Pro Schiene und Vorstandsvice des Verkehrsclubs Deutschland (VCD).

Ekkehart Schmidt, geb. 1964, Volkswirt und Journalist, aufgewachsen in Teheran und Köln, seit 1994 im Saarland, bis 2008 wissenschaftlicher Angestellter für Migrationsfragen beim isoplan-Institut, seitdem beim Verein etika in Luxemburg in der nachhaltigen Finanz tätig.

Ralph Schock, geb. 1952, von 1987 bis 2017 Literaturredakteur beim Saarländischen Rundfunk. Journalistische, wissenschaftliche und literarische Veröffentlichungen.

Volker Schütz, Saarbrücker Medienkünstler, arbeitet gerne mit alten technischen Geräten, liebt Pilze und veganes Essen. Veranstaltet in pandemiefreien Jahren zusammen mit Rachel Mrosek die »Nacht der Schönen Künste«.

Gertrud Selzer ist selbstständige Buchhändlerin und Gründungs- und Vorstandsmitglied der Aktion 3. Welt Saar e.V. (www.a3wsaar.de). Sie hat an der Flugschrift »Fairer Handel – Ist eine bessere Welt käuflich« mitgewirkt, die in einer Auflage von 120.000 Exemplaren erschien und u. a. der *taz* beilag.

Oliver Siebisch, Jahrgang 1983, studierte Geschichte, Neuere deutsche Literaturwissenschaft und Kunstgeschichte in Saarbrücken und Tübingen. Er wurde 2018 mit einer wissenschaftsgeschichtlichen Arbeit über einen Frühneuzeit-Germanisten promoviert.

Erich Später, geb. 1959, ist Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung Saar. Er publiziert in der Monatszeitschrift *konkret*. Letzte Buchveröffentlichungen: *Villa Waigner. Hanns Martin Schleyer und die deutsche Vernichtungs-elite in Prag*, Konkret Literatur Verlag Hamburg; *Der dritte Weltkrieg – die Ostfront 1941–45*, Conte Verlag St. Ingbert.

Jan Thul, geb. 1992 in Neunkirchen (Saar). Lebt und arbeitet in Hildesheim, wo er »Literarisches Schreiben und Lektorieren« studierte. Veröffentlichungen digital auf litradio.net und litfutur.de sowie analog in den Anthologien *Landpartie 2019*, *Freie Fälle* und anderen.

Wilfried Voigt, geb. 1951, zehn Jahre Redakteur bei der *Frankfurter Rundschau*, 18 Jahre *Spiegel*-Korrespondent (Inland), Wächterpreisträger 1986, freier TV-Journalist, mehrere Buchveröffentlichungen (u. a. *Die Jamaika Clique – Machtspiele an der Saar*).

Laura Weidig, geb. 1984 in Saarbrücken, Studium der Germanistik (B.A.), der historischen Anthropologie sowie der Kultur- und Mediengeschichte.

Reinhard Wilhelm, geb. 1946 im Sauerland. Er studierte Mathematik, Physik und Informatik in Münster, München und Stanford, promovierte 1977 an der TU München und war von 1978 bis 2014 Professor für Informatik an der Universität des Saarlandes. Von 1990 bis 2014 war er Wissenschaftlicher Direktor des Leibniz-Zentrums für Informatik in Schloss Dagstuhl. Von 1989 bis 2008 war er Mitglied der Redaktion der *Saarbrücker Hefte*.

**In Krisenzeiten brauchst du
eine starke Gewerkschaft.**
Gemeinsam sind wir stark!



Werde Mitglied!





saarbrueckerhefte.de